

Entwicklung der Armutsgefährdung in Nürnberg

1. Einleitung

Leitbild der kommunalen Jugend-, Familien-, Bildungs- und Sozialpolitik in Nürnberg ist die Gestaltung einer solidarischen und zukunftsfähigen Stadtgesellschaft. Das Referat für Jugend, Familie und Soziales bringt die Schwerpunkte und Herausforderungen durch den *Orientierungsrahmen für eine nachhaltige Jugend-, Familien-, Bildungs- und Sozialpolitik in Nürnberg* zum Ausdruck. Der Orientierungsrahmen formuliert zehn strategische Leitlinien. In der Leitlinie 5 – *Armut bekämpfen, Chancen eröffnen* – fließen Aktivitäten und Maßnahmen zur Armutsprävention und Armutsbekämpfung zusammen.¹

Armut ist ein Thema, das gesellschaftlich, politisch und medial mit großer Aufmerksamkeit verfolgt wird. Dabei wird die Armutsdiskussion häufig sehr emotional geführt, was vor allem aus der Sicht der Betroffenen nachvollziehbar ist. Sinngemäß lautet der formulierte Vorwurf dabei: *Armut in einem reichen Land wie Deutschland! Das ist ein Skandal!*

Auslöser der Debatten sind vor allem die jährlichen Veröffentlichungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder zur Entwicklung der regionalen Armutsgefährdungsquoten. Der Paritätische Wohlfahrtsverband greift diese Daten in einer eigenen Aufbereitung ebenfalls regelmäßig auf. Vor diesem Hintergrund und als Reaktion auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 21.12.2017 soll mit dem vorliegenden Bericht ein differenziertes Bild von Armut und Armutsgefährdung in Nürnberg gezeichnet werden.

Es werden nachfolgend einschlägige Studien aufbereitet und Erklärungsfaktoren zur Entwicklung von Armutsphänomenen diskutiert. Im Anschluss wird skizziert, welche Anstrengungen in Nürnberg zur Armutsprävention und Armutsbekämpfung unternommen werden. Einige zentrale Punkte sollen vorweggenommen werden:

- Armut ist ein vielschichtiges Phänomen und sollte daher auch differenziert dargestellt werden. Ein Blick nur auf die Armutsgefährdungsquote wird dem nicht gerecht. Die Armutsgefährdungsquote misst eher Einkommensungleichheit als Armut. Ebenso verstellen einseitig vermittelte Bilder von Armut den Blick für die unterschiedlichen Dimensionen und ihre Vielschichtigkeit.
- Armut und Armutsfolgen sind auch in Nürnberg zweifelsohne zu beobachten und begründen jede Anstrengung zur Prävention und Bekämpfung. Eine Einordnung stark gestiegener Armut greift vor dem Hintergrund positiver Entwicklungen von Transferleistungsbezügen und von Arbeitsmarktdaten allerdings zu kurz.
- Verfügbare Statistiken stoßen an Grenzen, wenn es darum geht neue und mitunter problematische Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt zu beschreiben.
- Der Nürnberger Ansatz, Teilhabechancen zu erhöhen ist richtig. Zentrale Punkte sind hier z. B. das Arbeitsprogramm gegen Kinderarmut, der Nürnberg-Pass und das Verfahren der BuT-Leistungen. Gleichwohl gibt es Potenziale, noch konsequenter zu agieren.
- Auch der Ansatz einer „positiven Diskriminierung“ im Sinne einer gezielten Ausstattung von Einrichtungen in besonders betroffenen Stadtteilen, ist richtig.
- Es gibt vielfältige und bewährte Beratungsangebote und Netzwerke, die jedoch mit Blick auf Wirkungen und Strukturen kontinuierlich zu reflektieren sind.
- Eine kritische Reflexion soll sich auch auf die Fragen beziehen, ob und wie Zielgruppen stärker unterstützt werden können, die keine Leistungen beziehen, jedoch faktisch unter Armutsfolgen (z. B. in Form von Teilhabebeeinträchtigungen) leiden. Das Arbeitsprogramm gegen Kinderarmut ist ein Positivbeispiel für einen solchen Ansatz.

¹ Stadt Nürnberg, Referat für Jugend, Familie und Soziales 2016

2. Anmerkungen zum Armutsbegriff

Der Armutsbegriff ist nicht einheitlich definiert, bzw. er muss zumindest mit einiger Differenzierung betrachtet werden. Armut ist *ein* Ausdruck sozialer Ungleichheit.

Soziale Ungleichheit

„Soziale Ungleichheit bezeichnet jenen Zustand der sozialen Differenzierung, in dem die ungleiche Verteilung von Ressourcen, Positionen und Rängen ein gesellschaftliches Problem ist.“²

Damit wird deutlich, dass sich eine Diskussion um soziale Ungleichheit auf verschiedene Kriterien bezieht. Als solche Kriterien gelten in modernen Gesellschaften:³

- Bildung
- Beruf und Beschäftigung
- Einkommen
- Vermögen
- Macht

Armutsphänomene können sich in den verschiedenen Kriterien sozialer Ungleichheit äußern. Definitionen zum Armutsbegriff selbst sind zahlreich. So heißt es bei Burmester:

„Armut bezieht sich im Ausgangspunkt auf eine wirtschaftliche Mangellage: Die eigenen Mittel reichen nicht aus, um den angemessenen Bedarf zu decken. Was angemessen ist, entscheidet sich im gesellschaftlichen Diskurs. [...] Der Umfang von Armut in einer Gesellschaft wird stark vom Ausmaß sozialer Ungleichheit beeinflusst, er hängt aber auch von den Messverfahren und Regelungen zur Bestimmung ab, für die normative Setzungen notwendig sind.“⁴

Amartya Sen sieht Armut als Mangel an elementaren Verwirklichungschancen. Eine nach wie vor häufig zitierte Definition stammt vom Rat der Europäischen Gemeinschaften:

Armut

(Beschluss d. Rates vom 19.12.1984 über gezielte Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut auf Gemeinschaftsebene)

„Im Sinne dieses Beschlusses sind verarmte Personen Einzelpersonen, Familien und Personengruppen, die über so geringe (materielle, kulturelle und soziale) Mittel verfügen, daß sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedstaat, in dem sie leben, als Minimum annehmbar ist.“⁵

Mit der letztgenannten Definition werden zwei wesentliche Aspekte eines Armutsbegriffs betont: 1) Wenn in modernen Gesellschaften von Armut gesprochen wird, dann liegt dem ein relativer Armutsbegriff zu Grunde. 2) Armut ist mehrdimensional.

Zu 1) „Armut ist relativ“

Absolute Armut im Sinne einer Gefährdung des physischen Existenzminimums gilt in wohlfahrtsstaatlich organisierten Gesellschaften als überwunden. Niemand muss in einem wohlfahrtsstaatlich organisierten Land wie Deutschland verhungern oder ohne ein Dach über dem Kopf leben. Der relative Armutsbegriff orientiert sich dagegen an gesellschaftlichen Mindeststandards, also soziokulturellen Wohlstandsniveaus einer Gesellschaft. Solche Mindeststandards, etwa auch in Form einer Diskussion um Teilhabechancen, verändern sich im Laufe der Zeit und sind Gegenstand intensiver Auseinandersetzungen. Der Umstand sich verändernder Mindeststandards kommt auch durch Verfahren der Ermittlung und Erhöhung von Regelbedarfsstufen zum Ausdruck, oder auch durch das Konzept der Armutsgefährdung, das Armutsgefährdung an einem sich regelmäßig verändernden bedarfsgewichtetem Pro-Kopf-Einkommen, dem sog. Äquivalenzeinkommen, festmacht.

² Schäfers 1998, S. 230

³ Hobmaier 2014, S. 297; Dangschat 2017, S. 813

⁴ Burmester 2017, S. 58

⁵ Rat der Europäischen Gemeinschaften 1985, S. 24

Ein relatives Armutsverständnis bedeutet, das sich mit Armut verbundene Problemlagen im Laufe der Zeit verändern und so auch permanent über die Frage angemessener Lösungen und Maßnahmen in öffentlicher Verantwortung reflektiert werden muss. Das bedeutet aber auch, dass Armut im Sinne eines solchen relativen Verständnisses nicht verschwindet, sondern sich im Laufe der Zeit verändert.

Zu 2) „Armut ist mehrdimensional“

Wenn von Armut die Rede ist, dann sind häufig zunächst materielle Mängel gemeint. Tatsächlich – und das ist bisher schon mehrfach angeklungen – geht Armut jedoch weiter: Sei es im Sinne eines Mangels an Verwirklichungschancen oder im Sinne eines Lebenslagenansatzes eingeschränkte Teilhabechancen auch in sozialen, gesundheitlichen und kulturellen Lebenslagen.⁶ Wenn es so ist, dass Armut mehrdimensional ist, dann erscheint eine Diskussion anhand nur eines Indikators zu kurz gegriffen. Tatsächlich dreht sich die öffentliche Armutsdiskussion jedoch im Kern um die Frage der Einkommensarmut und beruft sich hierbei auf die Armutsgefährdungsquote.

Es gibt eine Vielzahl von Konzepten zur Messung von Armut. Häufig wird zwischen folgenden grundsätzlichen Ansätzen unterschieden:⁷

- Ressourcenansatz Mangel an verfügbaren finanziellen Mitteln. Häufig Abbildung über Einkommen. Vergleichsweise leicht zu erheben.
- Institutioneller Ansatz Bezug staatlicher Transferleistungen.
- Lebensstandard-ansatz Mehrdimensionale Ausstattung bzw. Unterversorgung mit bestimmten Gütern und Dienstleistungen. Fokus auf materielle Unterversorgung. Anspruchsvolle Datenerhebung.
- Lebenslagenansatz Mehrdimensionales Verständnis, bei dem Benachteiligungen nicht nur materiellen Lebensstandard umfassen, sondern auch immaterielle Ressourcen wie Bildung, Gesundheit und soziale Netzwerke. Anspruchsvolle Datenerhebung.

Das Wichtigste zusammengefasst:

- ➔ Armut ist *ein* Ausdruck sozialer Ungleichheit.
- ➔ Wenn in modernen Gesellschaften von Armut die Rede ist, dann liegt dem ein relativer Armutsbegriff zu Grunde. Daraus folgt, dass sich Armut und Armutsphänomene im Laufe der Zeit verändern und Armut nicht verschwindet.
- ➔ Armut ist mehrdimensional und geht über monetären Mangel hinaus. Ein Blick nur auf die Armutsgefährdungsquote wird dem nicht gerecht.
- ➔ Die öffentliche Diskussion ist häufig auf einen Ausschnitt von Armut beschränkt, nämlich der Entwicklung von Einkommensarmut. Dadurch wird der Blick für die unterschiedlichen Dimensionen und ihre Vielschichtigkeit verstellt.
- ➔ Das Konzept zur Armutsmessung gibt es nicht. Alle gängigen Konzepte haben Vor- und Nachteile.

⁶ Vgl. AWO 2012; Laubstein et al. 2016, Holz 2011

⁷ Vgl. Beste 2017, S. 27 ff.; Burmester 2017, S. 59; Voges et al. 2003; Engels 2008

3. Befunde zur Armutsentwicklung

3.1 Armut und Armutsgefährdung in Nürnberg

→ Armutsgefährdung

Statistische Befunde zur Armutsentwicklung in Nürnberg wurden und werden regelmäßig an verschiedenen Stellen zur Diskussion gestellt.⁸ Nachstehend werden einige relevante Daten aufbereitet.

Besondere Aufmerksamkeit haben in der Diskussion einerseits Daten zum Bezug von Transferleistungen und andererseits die Armutsgefährdungsquote als eine Messgröße für relative Einkommensarmut. Nach der gängigen EU-Definition gelten dabei Personen als armutsgefährdet, deren Einkommen (genauer: deren gewichtetes Nettoäquivalenzeinkommen) unterhalb von 60 Prozent des Medians⁹ des mittleren Einkommens (genauer: der Nettoäquivalenzeinkommen) der Gesamtbevölkerung liegt.¹⁰ Für einen Einpersonenhaushalt beläuft sich diese Armutsgefährdungsschwelle auf Basis des mittleren Bundeseinkommens im Jahr 2016 auf 969 Euro (Datenquelle = Mikrozensus). Für einen Vierpersonenhaushalt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren beläuft sich der Wert auf 2.035 Euro. D. h. bewegen sich die monatlichen Einkommen unterhalb dieser Schwellen, gelten die Haushalte als armutsgefährdet.

Nach diesem Konzept wird für Nürnberg einerseits regelmäßig auf Grundlage der städtischen Wohnungs- und Haushaltserhebung (WoHaus) als auch jährlich auf Basis des Mikrozensus eine Armutsgefährdungsquote errechnet. Die Ergebnisse beider Datenquellen weichen aus methodischen Gründen (unterschiedliche Datenquellen, Erhebungskonzepte) leicht voneinander ab. Gleichwohl weisen beide Erhebungen darauf hin, dass die Armutsgefährdung in Nürnberg in den letzten Jahren zugenommen hat.

Dass unterschiedliche Datenquellen und Abweichungen in Erhebungskonzepten zu Unterschieden in Ergebnissen führen können, wird auch deutlich, wenn man für die Bundesebene verfügbare Datenquellen vergleicht. Dazu exemplarisch die folgende Aufstellung für das Jahr 2014, in dem für die drei aufgeführten Quellen Daten vorliegen:¹¹

Datenquelle	Armutsgefährdungsquote Deutschland 2014	Armutsrisikoschwelle <u>Deutschland</u> Einpersonenhaushalt 2014
Mikrozensus	15,4%	917 Euro
SOEP	15,8%	1.056 Euro
EU-SILC	16,7%	1.033 Euro

Auf Basis des bundesweiten Vergleichseinkommens gelten im Jahr 2016 – gemessen am mittleren Bundeseinkommen auf Basis des Mikrozensus – gut 23% der Nürnbergerinnen und Nürnberger als armutsgefährdet. Die Armutsgefährdungsquote auf Basis des Bundesmedians hat sich demnach in den letzten sechs Jahren um ein knappes Fünftel erhöht. Auf Basis des städtischen Medians sind dagegen nur geringe Schwankungen zu beobachten.¹² Die städtische WoHaus-Befragung kommt im Jahr 2015 auf eine Armutsgefährdungsquote von 24%, allerdings auf Basis des städtischen Medians (vgl. Abbildung 1).

⁸ Zu nennen sind für Nürnberg u. a.: Bericht im Sozialausschuss vom 13.10.2016; Bericht im Sozialausschuss vom 06.02.2014; Bericht im Sozialausschuss vom 26.04.2013; Stadt Nürnberg, Referat für Jugend, Familie und Soziales 2004

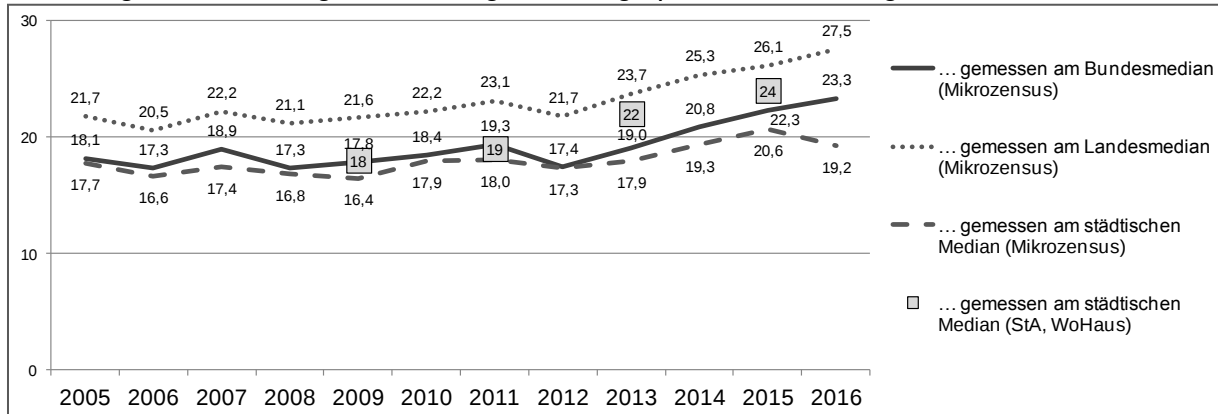
⁹ Zur genaueren Definition des Konzepts der Armutsgefährdungsquote und zu Armutsgefährdungsschwellen vgl. Anhang 1.1. Der Median ist der mittlere Wert eines der Größe nach geordneten Datenbündels. Die eine Hälfte der Werte liegt somit unterhalb des Medians und die andere Hälfte oberhalb. Vgl. dazu auch erklärende Grafik in Anhang 1.2.

¹⁰ Zur genaueren Definition vgl. Anhang 1.1

¹¹ Niehues 2017, S. 129

¹² Zu beachten ist, dass das der Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW) zu den 2016er Daten selbst schreibt: „Durch Effekte der Umstellung auf eine neue Stichprobe sowie durch Sondereffekte im Kontext der Bevölkerungsentwicklung ist die Vergleichbarkeit der Mikrozensusergebnisse für das Berichtsjahr 2016 mit den Vorjahren eingeschränkt.“ <http://www.amtliche-sozialberichterstattung.de/A1armutsgefaehrungsquoten.html> (Abrufdatum: 11.01.2018)

Abbildung 1: Entwicklung der Armutsgefährdungsquoten in Nürnberg



Quelle: Amtliche Sozialberichterstattung; WoHaus, StA; eigene Darstellung

Die geschilderte Armutsgefährdungsquote ist inzwischen fester Bestandteil der öffentlichen Debatte. Ihr Vorteil ist, dass sie vergleichsweise leicht zu erheben ist, mit dem Blick auf laufende Einkommen einen armutsrelevanten Aspekt abbildet und dass über den Zeitverlauf Aussagen über Entwicklungen einzelner Bevölkerungsgruppen möglich sind. Allerdings gelten diese Vorteile vor allem für die Bundes- und Landesebene und weniger für regionale Auswertungen. So „sollten nur deutliche Unterschiede zwischen der Armutsgefährdungsquote verschiedener Regionen oder Bevölkerungsgruppen bzw. über einen längeren Zeitraum stabile Entwicklungen inhaltlich interpretiert werden. Für die kommunale Sozialberichterstattung kann die Armutsgefährdungsquote nicht herangezogen werden, da auch die Fallzahlen des Mikrozensus nicht ausreichen, um kleinräumige Auswertungen zu ermöglichen“.¹³

Bei der Interpretation der Armutsgefährdungsquote sind weitere Punkte zu bedenken:¹⁴

- Armutsgefährdung ist nicht zwingend gleichzusetzen mit tatsächlicher Armut. Es handelt sich um ein Konzept, dass auf laufende Einkommen schaut und insofern eher Einkommensungleichheit bzw. -verteilung statt Armut misst.¹⁵ Vermögen und Eigentum bleiben unberücksichtigt, was zu einer Überschätzung von Armutslagen führen kann.
- Armutsphänomene können jedoch auch unterschätzt werden, weil etwa Verschuldung oder Überschuldung nicht abgebildet werden.
- Die „Kostensituation“ einer Großstadt wird nicht berücksichtigt.
- Das Konzept berücksichtigt Arbeitsmarktchancen und Einkommensperspektiven von Zielgruppen nicht: So werden Auszubildende und Studierende mit aktuell geringen, aber künftig zu erwartenden überdurchschnittlichen Einkommen rechnerisch genauso behandelt, wie Ungelernte mit Niedrigsteinkommen oder Langzeitarbeitslose.
- Es handelt sich bei den Armutsgefährdungsquoten nicht um eine Geschäftsstatistik, bei der Daten im Rahmen des Verwaltungsvollzugs erhoben werden oder anfallen und somit als „Vollerhebung“ statistisch aufbereitet werden können. Es handelt sich um eine Quote auf Basis einer Stichprobenbefragung. Zweifelsohne genügen die Daten wissenschaftlichen Qualitätsstandards. Dennoch sollte man die Ergebnisse eher als Trends interpretieren und geringfügige Schwankungen (v. a. zwischen zwei Jahren) nicht als deutliche Veränderungen interpretieren. Einordnungen, wie sie etwa das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut der Hans-Böckler Stiftung (WSI) 2017 vorgenommen hat, erscheinen vor diesem Hintergrund methodisch hinterfragbar. So werden die Ergebnisse des Mikrozensus für Deutschland u. a. wie folgt beschrieben:¹⁶
 - „Armut“ bei Personen ohne Migrationshintergrund ist von 12,5 im Jahre 2015 auf 12,1 Prozent (2016) gesunken (Hinweis: es müsste *Armutsgefährdung* heißen)

¹³ Munz-König 2013, S. 124

¹⁴ vgl. auch ebd.; Cremer 2016, S. 22 ff.; <http://www.wiwo.de/politik/deutschland/soziale-lage-waechst-die-armut-in-deutschland-wirklich/11700870.html> (Abrufdatum: 12.01.2018); Tophoven et al. 2016, S. 10f.

¹⁵ Vgl. Grabka/Goebel 2017, S. 78 (Fußnote 27); Schneider 2018

¹⁶ WSI 2017a

- Eine Zunahme der Armutsgefährdungsquote unter Kindern wird von 19,0 auf 19,7 (von 2014 auf 2015) wird als „deutlicher Anstieg“ interpretiert.

Ohne verharmlosen zu wollen und zu dürfen, so erscheinen Schwankungen von unter einem Prozentpunkt und zwischen zwei aufeinanderfolgenden Jahren nicht geeignet, um von *deutlicher Zu- oder auch Abnahme* reden zu können.

- Die zu Grunde liegende 60%-Schwelle ist eine EU-Konvention und keine objektiv-wissenschaftliche Armutsgefährdungsschwelle. Das gleiche gilt für die veranschlagten Äquivalenz- bzw. Bedarfsgewichte der einzelnen Haushaltsmitglieder.¹⁷ Eine im Februar 2018 veröffentlichte Studie der Ruhr-Universität Bochum in Auftrag der Bertelsmann Stiftung setzt an dieser Kritik zu den Äquivalenzgewichten an und erarbeitet eine einkommensabhängige Äquivalenzskala.¹⁸ Im Ergebnis steigen die errechneten Armutsgefährdungsquoten. Auch wenn dieser Ansatz in eine richtige Richtung geht, bleibt die 60%-Schwelle als Konvention bestehen und auch die einkommensabhängigen Äquivalenzskalen sind nicht abschließend objektiv ermittelbar.
- Es handelt um einen auf das Einkommen beschränkten Blick. Weitere Probleme werden nicht abgebildet, sind aber für eine Auseinandersetzung mit Armutsgefährdung wichtig. Zugespielt könnte man sagen: Wären monetäre Probleme von heute auf morgen gelöst, dann wären nicht-monetäre Armutsfolgen – nämlich mangelnde Teilhabe, Bildungschancen, Stigmatisierungen etc. – nicht auf Anhieb gleichermaßen gelöst.

Vor dem Hintergrund der genannten Einschränkungen in der regionalen Datennutzung muss die Interpretation erfolgen. Hier zeigt sich mit Blick auf die obige Abbildung 1, dass die Armutsgefährdungsquote in Nürnberg über lange Jahre recht konstant war, allerdings seit 2013 eine Zunahme zu beobachten ist. Auch wenn ein Städtevergleich auf Grund der eingeschränkten regionalen Interpretierbarkeit nur bedingt möglich ist, so zählt Nürnberg seit 2014 zu der Gruppe der fünf Großstädte mit den höchsten Armutsgefährdungsquoten. Einordnungen, dass Nürnberg bei der Armutsgefährdungsquote – gemessen am gesamtdeutschen Durchschnittseinkommen – im Jahr 2016 im Kreis der Großstädte nur von Dortmund übertroffen wird¹⁹, sind somit zunächst einmal richtig, sollten jedoch zumindest weiter differenziert werden:

- Zum einen ist die Aussagekraft der Armutsgefährdungsquote im Zeit- und Städtevergleich methodisch einzuordnen. Dazu führen Experten der jeweiligen statistischen Landesämter selbst aus:
 - „Durch Effekte der Umstellung auf eine neue Stichprobe sowie durch Sondereffekte im Kontext der Bevölkerungsentwicklung ist die Vergleichbarkeit der Mikrozensus-ergebnisse für das Berichtsjahr 2016 mit den Vorjahren eingeschränkt.“²⁰
 - „Ein Ranking in der Logik von einzelnen Plätzen ist aus den skizzierten Einschränkungen der Daten auf regionaler Ebene methodisch nicht haltbar, da sich zufallsbedingt im Vergleich zweier aufeinanderfolgender Jahre immer Unterschiede ergeben können. Nur über einen längeren Zeitraum beobachtbare stabile Entwicklungen sollten inhaltlich interpretiert werden.“²¹

¹⁷ „Das Äquivalenzeinkommen ist ein bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen je Haushaltsmitglied, das ermittelt wird, indem das Haushaltsnettoeinkommen durch die Summe der Bedarfsgewichte der im Haushalt lebenden Personen geteilt wird. Nach EU-Standard wird zur Bedarfsgewichtung die neue OECD-Skala verwendet. Danach wird der ersten erwachsenen Person im Haushalt das Bedarfsgewicht 1 zugeordnet, für die weiteren Haushaltsmitglieder werden Gewichte von < 1 eingesetzt (0,5 für weitere Personen im Alter von 14 und mehr Jahren und 0,3 für jedes Kind im Alter von unter 14 Jahren), weil angenommen wird, dass sich durch gemeinsames Wirtschaften Einsparungen erreichen lassen.“ (<http://www.amtliche-sozialberichterstattung.de/glossar.html#Aequivalenzeinkommen>, Abrufdatum: 08.02.2018)

¹⁸ Vgl. Garbuszus et al. 2018. Es werden höhere Äquivalenzgewichte niedriger Einkommenshaushalte, geringere Äquivalenzgewichte höherer Einkommen ermittelt. Dem liegt die Analyse zu Grunde, dass finanzielle Belastungen für Familien mit geringeren Einkommen höher sind als für wohlhabende Familien.

¹⁹ Nürnberger Nachrichten, 30.08.2017; Nürnberger Nachrichten, 19.02.2018; im Detail Anhang 2

²⁰ Fußnote der Datentabellen, veröffentlicht vom Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW) zu den 2016er Daten <http://www.amtliche-sozialberichterstattung.de/A1armutsgefaehrungsquoten.html> (Abrufdatum: 11.01.2018)

²¹ Munz-König 2013, S. 124

- Nimmt man die Armutsgefährdungsquote auf Basis des jeweiligen städtischen Einkommensmedians, so hat Nürnberg im Jahr 2016 unter den 15 Großstädten mit einer Armutsgefährdung von gut 19% statt ca. 23% „nur“ noch die sechsthöchste Armutsgefährdung und ist die Stadt mit der dritthöchsten *Abnahme* der Armutsgefährdung im Vergleich zum Vorjahr.²²
- Zur thematischen Einordnung sind auf kommunaler Ebene weitere Daten hinzuzuziehen. Dies wird in den nachfolgenden Abschnitten getan.

Vor dem Hintergrund der skizzierten Argumente sollte die Aussagekraft der jährlich aktualisierten Armutsgefährdungsquote eingeordnet werden. Die regelmäßigen Veröffentlichungen der einschlägigen Zahlen werden in der öffentlichen Debatte vielfach plakativ aufgegriffen, wie die folgende Auswahl an Schlagzeilen verdeutlicht:

- „Armutsbericht 2017: Anstieg der Armut in Deutschland auf neuem Höchststand“ (<http://www.der-paritaetische.de/schwerpunkte/armutsbericht/pressekonferenz/>, Abrufdatum: 12.01.2018)
- „Neuer Höchststand erreicht: Die Deutschen werden immer ärmer“ (https://www.focus.de/finanzen/armutsbericht-neuer-hoechststand-deutsche-werden-immer-aermer_id_6730143.html, Abrufdatum: 12.01.2018)
- „Armutszeugnis für Nürnberg“ (*Nürnberger Nachrichten*, 30.08.2017, S. 2)
- „Nürnberg - ein Hort der Armut im reichen Bayern?“ (*Nürnberger Nachr.*, 19.02.2018, S. 9)
- „Studie sieht Rekord-Armut in Deutschland“ (https://www.saarbruecker-zeitung.de/politik/themen/studie-sieht-rekord-armut-in-deutschland_aid-1461997, Abrufdatum: 12.01.2018)

Kritiker fordern eine sachlichere Auseinandersetzung mit der Armutsgefährdungsquote und eine angemessene Interpretation. Es sei schwer vermittelbar, dass ein Bild massenhafter und ungebremster Armut gezeichnet wird, dass nahezu absolute Armut suggeriert, wenn gleichzeitig die Steuereinnahmen sprudeln, die Arbeitslosigkeit auf einem Tiefststand sei und die absoluten Armutsgefährdungsschwellen in Euro in der Logik eines relativen Messkonzepts von Jahr zu Jahr steigen.²³ Außerdem werden Armutsgefährdung und Armut nicht ausreichend voneinander unterschieden. Im Gegenteil: Es werde häufig von Armut gesprochen, wo eigentlich (Einkommens)Armutsgefährdung gemeint sei. Diese Skandalisierung – so die Kritiker – führe nicht weiter, und helfe vor allem nicht den Betroffenen. Vielmehr sei eine Abstumpfung die Folge. Vielseitigen Handlungsbedarf gäbe es dabei durchaus. Auch wenn zunehmende Armutsgefährdungsquoten nicht zwingend von steigender Armut zeugen, so durchaus aber von wachsender (Einkommens)Ungleichheit, was an sich schon problematisch genug sei. Außerdem solle die Chance genutzt werden, immer wieder über Ansätze zur Unterstützung verschiedener Zielgruppen nachzudenken.²⁴

Für das Bundesgebiet wird vor allem für folgende Personengruppen eine besonders hohe Armutsgefährdungsquote (über der Armutsgefährdungsquote von 15,7% für Deutschland) identifiziert: Erwerbslose (56,9%), Alleinerziehende (43,6%), Personen mit niedrigem Qualifikationsniveau (40,2%), Ausländer/innen (35,5%), Menschen mit Migrationshintergrund (28,0%) aber auch Einpersonenhaushalte (26,3%) und Kinder und Jugendliche (u. 18 J. = 20,2%; 18 bis u. 25 J. = 25,5%).²⁵

Für Nürnberg sind fallzahlenbedingt auf Basis des Mikrozensus nicht alle Haushaltstypen auswertbar. In Anhang 3 sind für ausgewählte Bevölkerungsgruppen Entwicklungen der Armutsgefährdungsquoten dargestellt. Besonders hoch sind die Armutsgefährdungsquoten in der Darstellung vor allem bei Personen mit niedrigem Qualifikationsniveau, Ausländerinnen und Ausländern, Menschen mit Migrationshintergrund und Nichterwerbspersonen sowie Kindern und Jugendlichen. Die geringste Armutsgefährdung haben naheliegender Weise Erwerbstätige. Allerdings ist auch bei dieser Gruppe im Zeitverlauf eine Zunahme der Armutsgefährdung zu beobachten.

²² vgl. Anhang 2

²³ vgl. Darstellung in Anhang 1.3. Hier wird als Annäherung auch deutlich, dass die Armutsgefährdungsschwellen stärker steigen als der Verbraucherpreisindex des Statistischen Bundesamtes.

²⁴ Cremer 2016, S. 46 ff., Bauer et. al 2015, S. 123 ff., Süddeutsche Zeitung, 12.02.2016; <http://www.tagesspiegel.de/politik/armut-in-deutschland-caritas-chef-warnt-vor-skandalisierung/14578314.html> (Abrufdatum: 12.01.2018); <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/armut-paritaetischer-wohlfahrtsverband-spielt-mit-dem-feuer-a-1078831.html> (Abrufdatum: 12.01.2018)

²⁵ www.amtliche-sozialberichterstattung.de/Tabellen_Excel/A1.1.0%20DE_Bund.xlsx (Abrufdatum: 20.12.2017)

Das Wichtigste zusammengefasst:

- ➔ Die Armutsgefährdungsquote misst nicht Armut, sondern Einkommensungleichheit.
- ➔ Die Einkommensungleichheit in Nürnberg ist – gemessen am gesamtdeutschen Durchschnittseinkommen – relativ hoch. Demnach gelten 2016 23% der Nürnberger Bevölkerung als „armutsgefährdet“. Gemessen am Nürnberger Durchschnittseinkommen ist die Ungleichheit geringer (2016 = 19%).
- ➔ Zahlreiche armutsrelevante Phänomene (z. B. Schulden, Vermögen, Kostenentwicklung, Teilhabe, ...) werden durch die Armutsgefährdungsquote nicht abgebildet. Diese muss somit in der Diskussion zumindest um weitere Daten ergänzt werden.
- ➔ Als Indikator für ein relatives Armutssverständnis liegt es in der Natur der Armutsgefährdungsquote, dass Armut nicht „verschwindet“. Nur bei völliger Einkommensgleichheit würde es keine Armutsgefährdung geben.
- ➔ Die Armutsgefährdungsquote basiert auf Haushaltsbefragungen. Die Nutzbarkeit dieser Daten auf der kommunalen Ebene gilt in der Literatur als eingeschränkt.

➔ Einkommensentwicklung

Die Armutsgefährdungsquote misst Einkommensarmut bzw. -ungleichheit. Der wichtigste Faktor für das Zustandekommen von Einkommensungleichheit ist die Entwicklung der erzielten Markteinkommen. Hier soll der Blick auch mit Hilfe anderer Datenquellen geweitet werden. Die Entwicklung der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner wurde in einem Bericht der Nürnberger Zeitung vom 28.11.2017 aufgegriffen. Dort wurde beschrieben, dass Nürnberg im mittelfränkischen Vergleich eine Sonderstellung einnimmt, da die verfügbaren Einkommen von 2012 bis 2015 entgegen dem Trend gesunken sind. Auch wenn dieser Befund zunächst korrekt ist, so soll er doch etwas ausführlicher im Vergleich der Großstädte eingeordnet werden (ausführliche grafische Darstellung in Anhang 4):

- In Nürnberg beliefen sich die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner in 2012 auf 21.704 Euro. 2015 waren es 21.648 Euro. Allerdings sind die verfügbaren Einkommen nach dem Rückgang von 2012 auf 2013 wieder angestiegen. Kurzfristige Schwankungen sind auch in anderen Städten immer wieder zu beobachten, so vor allem im Krisenjahr 2008/2009 und besonders deutlich in Bremen.
- Im Vergleich mit 13 Großstädten und dem Wert für Deutschland zeigt sich, dass sich Nürnberg seit Jahren im oberen Mittelfeld der Höhe der verfügbaren Einkommen bewegt. Ein Widerspruch zu einer überdurchschnittlichen Armutsgefährdungsquote in Nürnberg ist das nicht unbedingt, da die Werte für die verfügbaren Einkommen Durchschnittswerte sind und keine Aussage über die Verteilung von Einkommen und Einkommensungleichheiten sind (dazu siehe unten).
- Zu beachten ist jedoch, dass die prozentuale Zunahme der verfügbaren Einkommen in Nürnberg unterdurchschnittlich ist und nur für Essen in der Zeit von 2000 bis 2015 eine geringere prozentuale Zunahme konstatiert werden kann (Anhang 5).

Ergänzt werden kann diese Diskussion noch um die Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitsstunde der Arbeitnehmer (grafisch in Anhang 6). Hier zeigt sich:

- Die durchschnittlichen Bruttolöhne je Arbeitsstunde haben in allen Großstädten seit 2000 mehr oder weniger kontinuierlich zugenommen. Der Einbruch von 2012 auf 2013 bei den verfügbaren Einkommen zeichnet sich hier nicht ab. Allerdings ist die prozentuale Zunahme in Nürnberg auch hier leicht unterdurchschnittlich. Nürnberg wird hier nur von den Städten Dortmund, Essen und Köln unterboten (Anhang 5).

Auch die städtische WoHaus-Befragung und die Daten des Mikrozensus liefern Anhaltspunkte für die Einkommensentwicklung in Nürnberg:

- Die WoHaus-Daten von 2009 bis 2015 weisen darauf hin, dass (gemessen am jeweiligen Durchschnittswert des Jahres) die niedrigen Einkommensklassen im Zeitvergleich leicht zunehmen. Die mittleren Einkommensklassen haben mit Schwankungen leicht abgenommen. Die beiden höchsten Einkommensklassen weisen dagegen im Zeitvergleich nur derart geringe Veränderungen auf, dass hier faktisch von unveränderten Anteilen gesprochen werden muss (Anhang 7).
- Die Daten des Mikrozensus zeigen für Nürnberg in einer etwas anderen Sichtweise im Zeitvergleich mit Augsburg, München, dem Bezirk Mittelfranken und dem Freistaat Bayern folgendes Bild (vgl. Anhang 8): Nürnberg hat die geringste prozentuale Besetzung der höheren Einkommensklassen und die geringste Zunahme von 2010 bis 2015. Auf der anderen Seite hat Nürnberg die höchste Besetzung der unteren Einkommensklassen, deren Anteile jedoch nicht spürbar zugenommen haben. Ein Widerspruch zu den vorab skizzierten WoHaus-Analysen liegt hier nicht unbedingt vor, da die WoHaus-Analysen vom städtischen Medianeinkommen ausgehen, während die diskutierten Mikrozensus-Daten fixe Einkommensklassen in Euro ausweisen.

Das Wichtigste zusammengefasst:

- ➔ Nürnberg liegt im Großstadtvergleich im Mittelfeld der Einkommensentwicklung, allerdings mit einer unterdurchschnittlichen Zunahme in den letzten Jahren, was sich auch auf die Entwicklung von Armutsgefährdungsquoten – v. a. gemessen am Bundesmedian – auswirken kann.

➔ Kaufkraftarmut

Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass die Armutsgefährdungsquote unter anderem keine Aussagen über Kostenbelastungen zulässt. Auch die Berechnung auf Basis des jeweiligen städtischen Medianeinkommens lässt bestenfalls nur indirekte Schlüsse auf regionale Preisniveaus zu. Regionale Hinweise zu Kostenbelastungen in Verbindung mit Armutsgefährdung liefert eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW Köln).

Definition: relative Kaufkraftarmut:

„Im Unterschied zur relativen Einkommensarmut wird in der Studie der nationale Einkommensarmutsschwellenwert an das Preisniveau der Region angepasst und wird so zum Schwellenwert für Kaufkraftarmut. Sind die Lebenshaltungspreise in einer Region beispielsweise 10 Prozent höher als im Bundesdurchschnitt, wird auch der Schwellenwert für diese Region um 10 Prozent angehoben, damit er das gleiche Kaufkraftniveau wie im Bundesdurchschnitt widerspiegelt. Unter relativer Kaufkraftarmut ist somit eine Armutsgefährdung mit Preisberücksichtigung zu verstehen.“²⁶

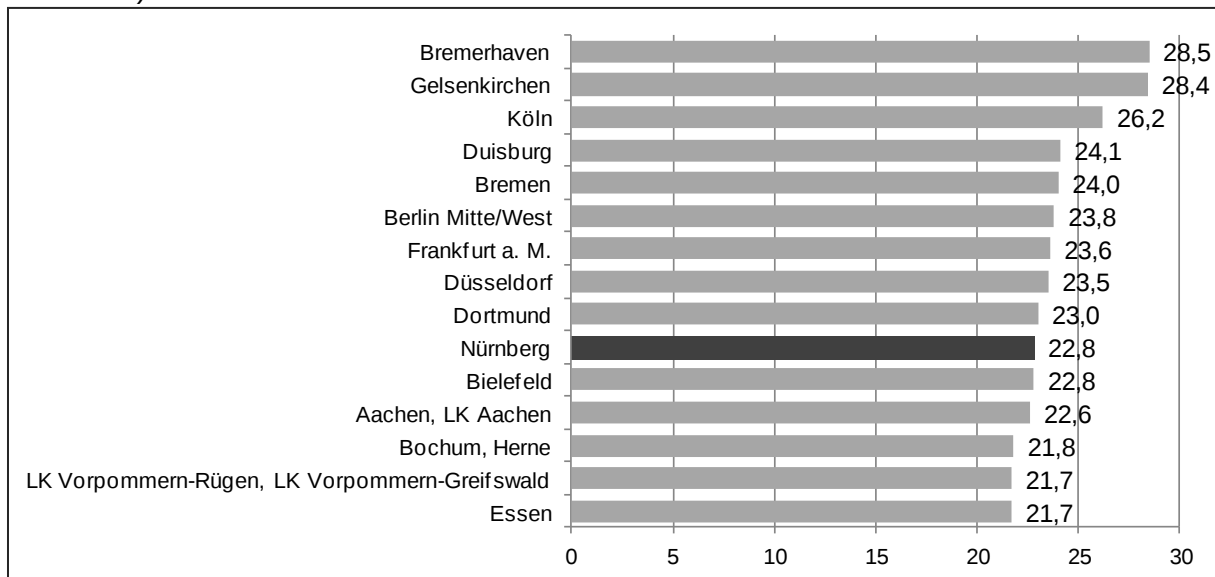
Mit anderen Worten: Anders als bei der gängigen Armutsgefährdungsquote berücksichtigt die relative Kaufkraftarmut unterschiedliche Preisniveaus der Regionen. Somit variiert bei der relativen Kaufkraftarmut die Einkommensarmutsschwelle zwischen Regionen mit unterschiedlichen Preisniveaus. In dieser Logik kann in einer peripheren, ländlichen Region ein Einkommen in einer bestimmten Höhe durchaus auskömmlich sein, während dasselbe Einkommen in einer Großstadt bzw. einem Ballungsraum nicht ausreicht und dort dann von Kaufkraftarmut gesprochen werden könnte.

Die Studie zeigt zum einen, dass in dieser Betrachtung im Analysejahr 2014 für Nürnberg die relative Kaufkraftarmut mit einem Wert von 22,8 noch über der Einkommensarmutsgefährdung von 20,8 liegt. Nürnberg ist im Jahr 2014 damit deutschlandweit unter den betrachteten Regionen die Region mit der zehnthöchsten Kaufkraftarmutsgefährdung. Jedoch zeigt sich in Abbildung 2, dass in einigen Großstädten die Kaufkraftarmut höher als in Nürnberg ist. Gleichwohl tauchen andere Großstädte in der Liste der 15 Regionen mit der höchsten relati-

²⁶ Röhl/Schröder 2017, S. 14

ven Kaufkraftarmut auch gar nicht auf (z. B. München, Hannover, Dresden, Leipzig, Stuttgart, Hamburg).²⁷

Abbildung 2: Ranking Regionale Kaufkraftarmut 2014 (15 Regionen mit der höchsten Kaufkraftarmut)



Quell: IW Köln, Röhl/Schröder 2017, S. 21; eigene Darstellung

Zur Frage finanzieller Belastungen liegen mit den Daten der jährlichen WoHaus-Befragungen weitere Informationen für Nürnberg vor. Die Anteile der Befragten, die die Frage „*Gab es in den letzten 12 Monaten einmal eine Situation, in der es für Ihren Haushalt schwierig war, die Ausgaben für Lebensmittel, Miete und andere Rechnungen zu bezahlen?*“ bejahen, haben sich im Zeitverlauf durchaus verändert. Seit 2007 nehmen die Ja-Anteile nur leicht, aber doch kontinuierlich ab und belaufen sich zuletzt für 2015 auf 26% (2007 = 31%).²⁸ In den letzten Jahren gestiegene finanzielle Belastungen durch Armutslagen spiegeln sich hier nicht. Das muss kein Widerspruch sein, da die Armutgefährdungsquote – wie skizziert – ein relatives Armutskonzept darstellt. So können die Gefährdungsquoten steigen, obwohl gleichzeitig die Armutgefährdungsschwellen in Euro ebenfalls gestiegen sind (vgl. Anhang 1.3).

Wenn von Kaufkraft und Kostenbelastung die Rede ist, dann ist in den letzten Jahren gerade in Großstädten und so auch in Nürnberg v. a. „Wohnen“ Gegenstand der Diskussion. Eine Annäherung eines Städte- und Zeitvergleichs bietet das Städteranking von IW Consult:²⁹

- Der mittlere Mietpreis für Immobilien in Nürnberg liegt laut Städteranking von IW Consult 2017 mit 9,30 Euro je m² auf Durchschnittsniveau der Großstädte (9,18 Euro).³⁰ Die Zunahme zwischen 2013 und 2016 ist mit +23% allerdings erkennbar über dem Durchschnitt der betrachteten Großstädte von +17%. Höher ist die prozentuale Zunahme in Berlin, München und Stuttgart. Datengrundlage sind die durchschnittlichen Nettokalt-Bestandsmieten aus dem dritten Quartal, die bei ImmobilienScout24 angeboten wurden. Sozialwohnungen werden insofern berücksichtigt, wenn Sie bei ImmobilienScout24 gelistet sind.
- Der Kaufpreis je m² liegt für Immobilien 2017 in Nürnberg mit 2.732 Euro ebenfalls nahe am großstädtischen Durchschnittswert von 2.717 Euro. Die prozentuale Preisent-

²⁷ Die Datengrundlage für einen Zeit- und Städtevergleich liegt der Stadtverwaltung Nürnberg nicht vor.

²⁸ StA, Wohnungs- und Haushaltserhebung

²⁹ www.iwconsult.de

³⁰ Der Mietspiegel Nürnberg wird auf Grundlage der WoHaus-Daten ermittelt. Damit handelt es sich um eine andere Datenquelle, die für den hier angestrebten Städtevergleich naheliegender Weise nicht nutzbar ist. Vergleichsgröße für die hier aufbereiteten Daten von IW Consult sind folgende Städte: Nürnberg, Hamburg, Bremen, Düsseldorf, Duisburg, Essen, Köln, Dortmund, Frankfurt a. M. Stuttgart, München, Berlin, Dresden und Leipzig. Hier ohne Hannover.

wicklung 2013-2017 fällt in Nürnberg mit +30% etwas unterdurchschnittlich aus (Durchschnitt +33%).

- Auch bei der Frage, wie viel Prozent des Einkommens in verschiedenen Städten und Regionen für Wohnkosten aufgewendet werden müssen (EIMX Erschwinglichkeitsindex), rangiert Nürnberg im Mittelfeld. Der Wert beläuft sich 2017 auf 21,4% und liegt knapp über dem Durchschnittswert der Großstädte in Höhe von 20,6%. Allerdings ist die prozentuale Zunahme der Belastung des Einkommens von 2014 bis 2017 in Nürnberg überdurchschnittlich gestiegen (+20% ggü. 12% im Mittel). Damit nimmt Nürnberg bei der prozentualen Entwicklung des Indexwertes zusammen mit Stuttgart den Spitzenplatz ein.

Die Statistik der Baulandverkäufe der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder zeigt:³¹

- Der durchschnittliche Kaufwert je m² Bauland³² betrug in Nürnberg 2016 gut 417 Euro und liegt damit im großstädtischen Vergleich unter dem Durchschnittswert³³ von ca. 640 Euro. Die prozentuale Preisentwicklung von 2010 bis 2016 entspricht in Nürnberg mit +48,2% faktisch dem großstädtischen Durchschnittswert (+47,6%).
- Ähnlich ist es beim durchschnittlichen Kaufwert je m² für baureifes Land³⁴. Hier liegt Nürnberg 2016 mit ca. 675 Euro unter dem Vergleich der Großstädte von ca. 731 Euro, allerdings mit überdurchschnittlicher prozentualer Preisentwicklung (+86% ggü. +56%).

Eine ursächliche Erklärung für die Zunahme einer Armutsgefährdung – die sich auf laufende Einkommen bezieht! – ist hier nicht zu finden. Allerdings: Die Armutsgefährdung erhält zusätzlichen Problemdruck, wenn bei ohnehin geringeren durchschnittlichen Einkommen die Zunahme der Einkommensbelastung durch Wohnen überdurchschnittlich hoch ist. Dies könnte auch dazu beitragen, dass sich Bevölkerungsgruppen bei stagnierenden Einkommen zunehmend nach Wohneigentum im Umland umschauen. Statistische Belege für diese mögliche Entwicklung liegen uns jedoch nicht vor.

Es sei aber nochmals betont: Preisentwicklungen und Kostenbelastungen wirken sich methodisch nicht auf das Konzept der Armutsgefährdungsquote aus, die auf laufende Einkommen schaut. Das geschilderte Konzept der relativen Kaufkraftarmut, das jedoch bisher nicht routiniert vorliegt, versucht diesen blinden Fleck zu erhellen.

Das Wichtigste zusammengefasst:

- ➔ Mit Hilfe des Indikators Kaufkraftarmut wird die Armutsgefährdungsquote um die Perspektive unterschiedlicher regionaler Preisniveaus ergänzt.
- ➔ Nürnberg ist 2014 unter den betrachteten Regionen die Region mit der zehnthöchsten Kaufkraftarmutsgefährdung. Jedoch zeigt sich, dass in einigen Großstädten die Kaufkraftarmut – anders als bei der Armutsgefährdungsquote – höher als in Nürnberg ist.
- ➔ Der Indikator der relativen Kaufkraftarmut liegt bisher nicht regelmäßig vor. Hier sollte geprüft werden, ob und wie eine künftige Erhebung umsetzbar ist.
- ➔ Ein wichtiger Faktor in der Diskussion um Kostenbelastungen ist auch in Nürnberg das Thema Wohnen. Verfügbare Daten weisen auf folgende Punkte hin:
 - Der mittlere Mietpreis ist in Nürnberg auf Durchschnittsniveau der Großstädte, jedoch mit einer überdurchschnittlichen prozentualen Zunahme in den letzten Jahren.
 - Die Kaufpreise für Immobilien sind nahe am großstädtischen Durchschnitt mit einer

³¹ www.regionalstatistik.de

³² Die Summe des Baureifen Landes, Rohbaulandes und des sonstigen Baulandes.

³³ Vergleichsgröße sind folgende Städte: Nürnberg, Hamburg, Düsseldorf, Duisburg, Essen, Köln, Dortmund, Frankfurt a. M. Stuttgart, München, Berlin. Hier ohne Dresden, Leipzig und Bremen

³⁴ Baureifes Land sind Flächen, die nach öffentl.-rechtl. Vorschriften baulich nutzbar sind. Dazu gehören Grundstücke und Grundstücksteile, die von der Gemeinde für die Bebauung vorgesehen sind, bei denen die baurechtl. Voraussetzungen für eine Bebauung vorliegen und deren Erschließungsgrad die sofortige Bebauung gestattet. Baureifes Land liegt im allg. an endgültig oder vorläufig ausgebauten Straßen und ist in der Regel bereits in passende Bauparzellen eingeteilt.

leicht unterdurchschnittlichen Zunahme. Überdurchschnittlich ist jedoch die Entwicklung der Kaufwerte für baureifes Land.

- Die prozentuale Zunahme der Belastung des Einkommens durch Wohnkosten war von 2014 bis 2017 in Nürnberg überdurchschnittlich. Ein gutes Fünftel des Einkommens muss in Nürnberg für Wohnzwecke aufgebracht werden.

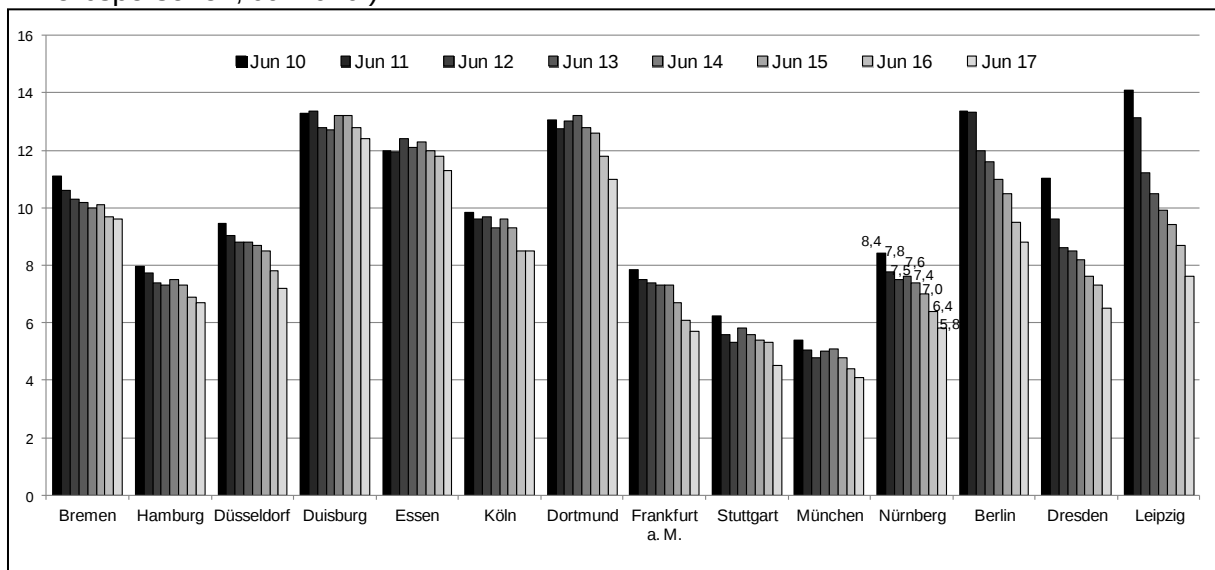
3.2 Erklärungsansätze zur Entwicklung der Armutsgefährdung in Nürnberg

→ Arbeitsmarkt

Arbeit und Beschäftigung ist der wirksamste Schutz vor (Einkommens)Armut. Abbildung 3 zeigt, dass die Arbeitslosenquoten in Nürnberg im Betrachtungszeitraum nicht nur gesunken sind, sondern auch im Vergleich der Großstädte zu den niedrigeren gehören.

Weitet man den Blick und betrachtet nicht nur die Arbeitslosenquote, sondern auch die Unterbeschäftigungsquote³⁵, so zeigt sich auch hier im Großstadt- und Zeitvergleich ein ähnliches Bild: In Nürnberg hat die Unterbeschäftigungsquote in den letzten Jahren kontinuierlich abgenommen und sie liegt im Vergleich der Großstädte im unteren Bereich. Gestiegene Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung als Erklärung für die Zunahme einer Armutsgefährdung scheiden somit als zentrale Erklärungen für eine Zunahme der Armutsgefährdungsquote in Nürnberg aus.

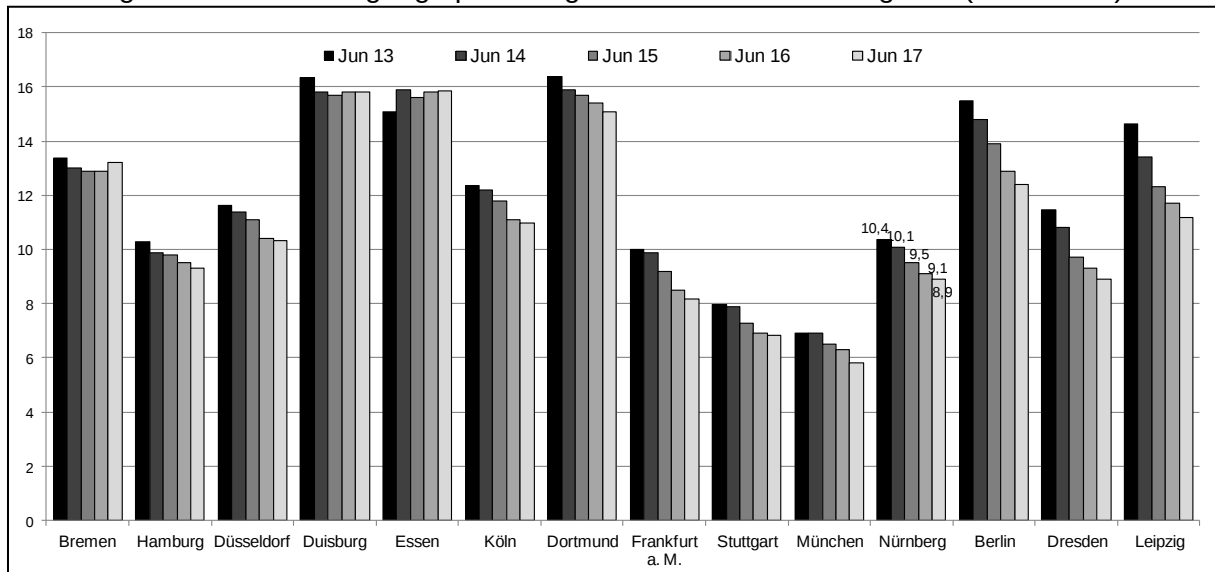
Abbildung 3: Arbeitslosenquote insgesamt im Großstadtvergleich (bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen, Juni d. J.)



Anmerkung: Hannover wird hier nicht ausgewiesen, da nur Daten für die Region Hannover verfügbar sind.
Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, eigene Darstellung

³⁵ „In der Unterbeschäftigung werden zusätzlich zu den registrierten Arbeitslosen auch die Personen abgebildet, die nicht als arbeitslos gelten, weil sie Teilnehmer an einer Maßnahme der Arbeitsmarktpolitik oder in einem arbeitsmarktbedingten Sonderstatus sind. Diese Personen werden zur Unterbeschäftigung gerechnet, weil sie für Menschen stehen, denen ein reguläres Beschäftigungsverhältnis fehlt. Es wird unterstellt, dass ohne den Einsatz dieser Maßnahmen bzw. ohne die Zuweisung zu einem Sonderstatus die Arbeitslosigkeit entsprechend höher ausfallen würde. Mit dem Konzept der Unterbeschäftigung werden Defizite an regulärer Beschäftigung umfassender erfasst und realwirtschaftliche bedingte Einflüsse auf den Arbeitsmarkt besser erkannt. Zudem können die direkten Auswirkungen der Arbeitsmarktpolitik auf die Arbeitslosenzahlen nachvollzogen werden.“ (Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarktreport für Kreise und kreisfreie Städte)

Abbildung 4: Unterbeschäftigungsquote insgesamt im Großstadtvergleich (2013-2017)

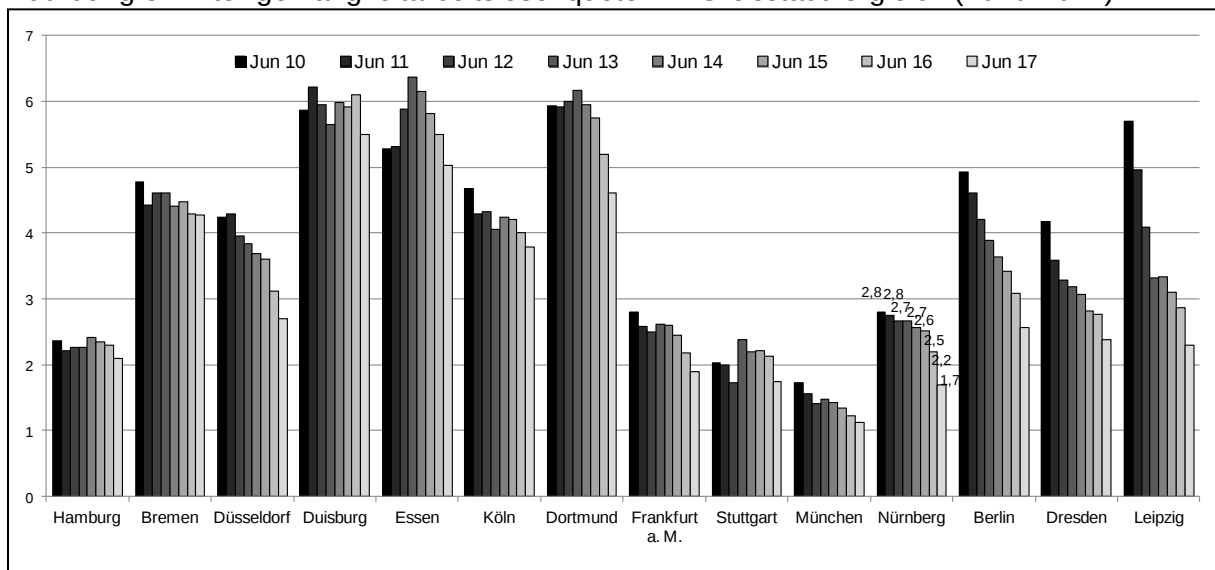


Anmerkung: Hannover wird hier nicht ausgewiesen, da nur Daten für die Region Hannover verfügbar sind.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, eigene Darstellung

Auch die Entwicklung der Langzeitarbeitslosenquote im Großstadtvergleich zeigt ein ähnliches Bild. Die anteilige Langzeitarbeitslosenquote in Nürnberg hat von 2010 bis 2017 (in unterschiedlicher Dynamik) abgenommen und war stets unter der Langzeitarbeitslosenquote der meisten anderen Großstädte (Abbildung 5). Geht man aus einem anderen Blickwinkel der Frage nach, wie hoch der Anteil der Langzeitarbeitslosen an den Arbeitslosen insgesamt ist, so hat Nürnberg hier zwar ebenfalls niedrigere Anteile als die meisten anderen Großstädte, die Unterschiede sind jedoch weniger groß und die Anteile im Zeitverlauf leicht schwankend. Zuletzt waren im Juni 2017 knapp 30% der Arbeitslosen in Nürnberg Langzeitarbeitslose (Abbildung 6). Zweifelsohne ist und bleibt gerade die Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit auch in Nürnberg zentrale sozialpolitische Aufgabe. Gute Quoten im Städtevergleich sind kein „Auftrag zum Ausruhen“. Für eine wesentliche Erklärung der Armutsgefährdungsquote in Nürnberg kommt jedoch auch die Langzeitarbeitslosigkeit nicht in Betracht.

Abbildung 5: Anteilige Langzeitarbeitslosenquote* im Großstadtvergleich (2010-2017)

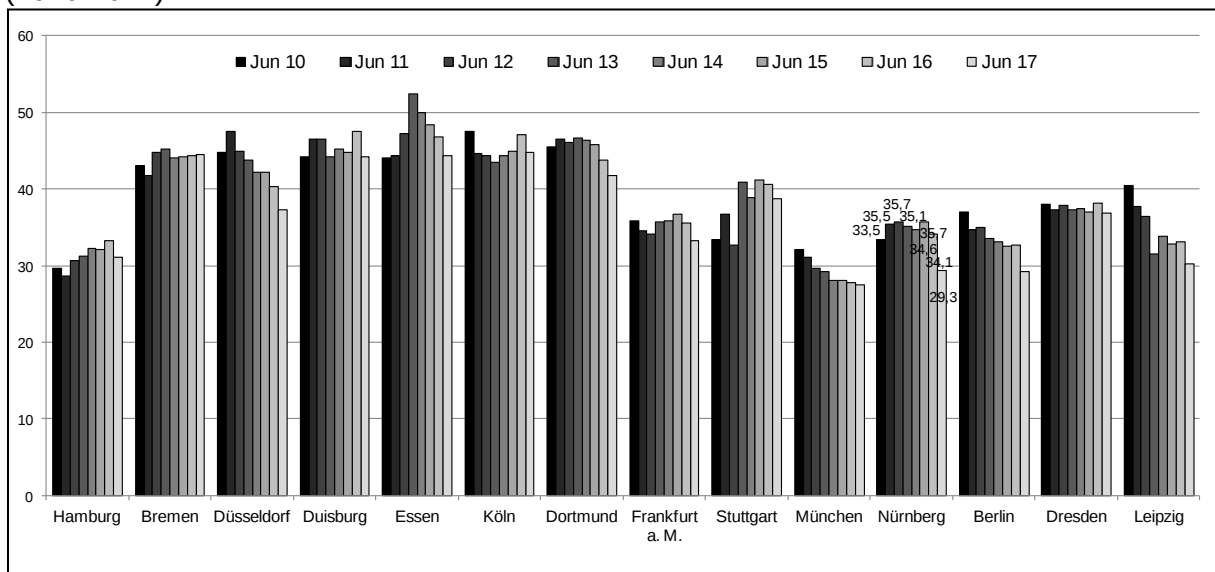


* Bei der anteiligen Langzeitarbeitslosenquote werden die Langzeitarbeitslosen auf alle zivilen Erwerbspersonen bezogen.

Anmerkung: Hannover wird hier nicht ausgewiesen, da nur Daten für die Region Hannover verfügbar sind.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, eigene Darstellung

Abbildung 6: Anteil Langzeitarbeitslose an Arbeitslosen insgesamt im Großstadtvergleich (2010-2017)

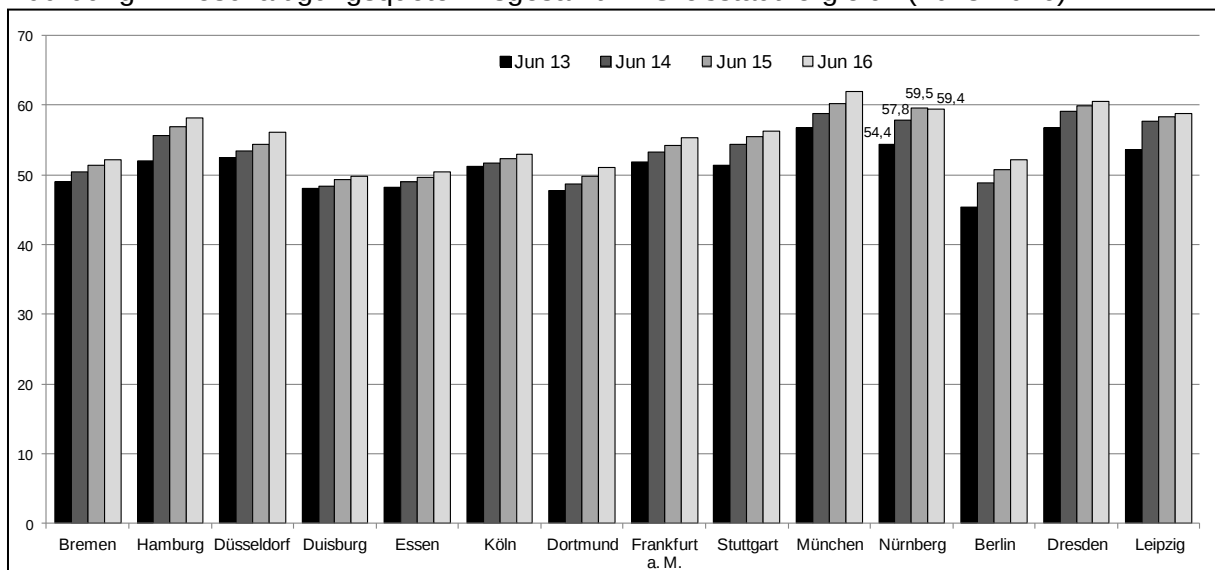


Anmerkung: Hannover wird hier nicht ausgewiesen, da nur Daten für die Region Hannover verfügbar sind.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, eigene Darstellung

Schaut man nicht über Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung auf den Arbeitsmarkt, sondern in einer – gewissermaßen – positiven Lesart, so zeigt sich, dass die Beschäftigungsquote³⁶ in Nürnberg in den letzten Jahren ebenfalls gestiegen, bzw. nicht gesunken ist und über den Beschäftigungsquoten der meisten anderen Großstädte liegt (Abbildung 7).

Abbildung 7: Beschäftigungsquote* insgesamt im Großstadtvergleich (2013-2016)



* Die Beschäftigungsquote im Rahmen der Beschäftigungsstatistik gibt den Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von 15 bis unter 65 Jahren an der gleichaltrigen Bevölkerung an.

Anmerkung: Hannover wird hier nicht ausgewiesen, da nur Daten für die Region Hannover verfügbar sind.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, eigene Darstellung

Zwar macht die Beschäftigungsquote keine Aussage über Arbeitsvolumina, da Personen in Vollzeit- und in Teilzeitbeschäftigung gleichermaßen gezählt werden, gleichwohl sind ver-

³⁶ Die Beschäftigungsquote ist ein Schlüsselindikator zur Beurteilung des Beschäftigungsstandes in einer Region. Welcher Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgeht, unterliegt ebenfalls vielfältigen, regional unterschiedlich ausgeprägten Einflüssen. Dazu gehören die Erwerbsneigung in der Bevölkerung, die Wirtschaftslage der Unternehmen sowie qualitative Aspekte des Zusammenspiels von Arbeitskräfteangebot und -nachfrage, darunter auch die Arbeitsmarktpolitik. (Quelle: <https://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Grundlagen/Berechnung-von-Beschaeftigungsquoten/Berechnung-von-Beschaeftigungsquoten-Nav.html>, Abrufdatum: 22.01.2018)

gleichsweise niedrige Arbeitslosen- und Unterbeschäftigungsquoten gepaart mit vergleichsweise hohen Beschäftigungsquoten, Hinweise auf einen robusten Arbeitsmarkt. Schaut man auf die Nürnberger Entwicklung vom Juni 2014 bis Juni 2017, so zeigt sich für folgende Beschäftigtenarten (nach dem Wohnortprinzip):

- Im Juni 2017 waren insgesamt 210.968 Personen mit Wohnort Nürnberg auch in Nürnberg beschäftigt. Im Juni 2014 waren es noch 194.388 Personen.
- Entwicklung der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten: +8,5%
- Entwicklung der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten - Vollzeit: +6,8%
- Entwicklung der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten - Teilzeit: +16,4 %
- Entwicklung der Zahl der ausschließlich geringfügig entlohten Beschäftigten: -7,3%

Das Beschäftigungswachstum ab 2014 geht somit in Nürnberg vor allem auf eine Zunahme der Teilzeitbeschäftigung zurück. Teilzeitbeschäftigung führt für die Beschäftigten zu geringeren Einkommen und kann somit prinzipiell die Höhe der rechnerischen Armutsgefährdungsquote beeinflussen. Aussagen zum Umfang der Beschäftigung sind nur näherungsweise möglich, da hier wiederum auf andere Datenquellen Bezug genommen werden muss. Laut Mikrozensus arbeiten in Nürnberg im Jahr 2016 knapp 74% der Erwerbstätigen im (vollzeitnahen) Umfang von 32 Wochenarbeitsstunden oder mehr. Dieser Anteil ist in der Rücksschau seit 2010 nahezu stabil und hat sich nur im Bereich von ca. einem Prozentpunkt verringert. Aussagen zu den Anteilen einer Wochenarbeitszeit von 21 bis unter 32 Stunden sind auf Grund geringer Fallzahlen (v. a. bei den männlichen Erwerbstätigen) zu unsicher. Die Anteile der Erwerbstätigen mit einer Wochenarbeitszeit von unter 21 Stunden haben sich von 2010 bis 2016 um 1,4 Prozentpunkte auf 15,5% erhöht.

Unklar bleibt bei den verfügbaren Daten, ob sich innerhalb dieser Arbeitszeitkategorien Verschiebungen hin zu geringeren Umfängen ergeben haben. Dieser Aspekt wird in Zusammenhang mit der Bekämpfung von Erwerbsarmut diskutiert, wonach der Beschäftigungsumfang eine zentrale Stellschraube sei.³⁷ Für eine Bewertung, ob eine Zunahme der Teilzeitbeschäftigung als eine Zunahme „atypischer Beschäftigung“ gewertet werden kann, müsste darüber diskutiert werden, ob es sich um Teilzeitbeschäftigung in – aus Sicht der Beschäftigten – unerwünscht niedrigem Umfang handelt. Dazu liegen jedoch keine Daten vor.

Eine andere Betrachtung weist darauf hin, dass die Zunahme von Teilzeitbeschäftigung als Erklärung für die Zunahme der Armutsrisikoquote in Nürnberg eher ausscheidet: Zum einen ist der Anteil an Teilzeitbeschäftigung in Nürnberg im Großstadtvergleich nicht auffallend hoch. Zum anderen ist die Entwicklung der Teilzeitbeschäftigung von 12/2013 bis 06/2017 im Vergleich der Großstädte in Nürnberg leicht unterdurchschnittlich (vgl. Anhang 9).

Weitere oft angeführte Merkmale atypischer Beschäftigung sind Befristung und geringfügige Beschäftigung. Die ausschließlich geringfügige Beschäftigung hat in Nürnberg von Juni 2014 bis Juni 2017 um -7,3% Prozent abgenommen (s. o.). Die Anteile Erwerbstätiger mit befristeten Arbeitsverträgen haben laut Mikrozensus von 2013 bis 2016 von 10% auf knapp 7% abgenommen (2010 waren es noch ca. 13%). Auch diese beiden Indikatoren drängen sich somit nicht als unmittelbare Erklärungen für eine gestiegene Armutsgefährdung auf.

Ein anderer Indikator, der in Zusammenhang mit atypischer Beschäftigung regelmäßig aufgeführt wird, ist die Zahl der Beschäftigten in Leiharbeit/Arbeitnehmerüberlassung.³⁸ Im Juni 2017 wurden für Nürnberg laut Statistik der Bundesagentur für Arbeit 15.295 Personen im Bereich Arbeitnehmerüberlassung gezählt. Im Juni 2013 waren es 13.037 Beschäftigte in diesem Bereich. Zwar spricht mit diesen Zahlen durchaus etwas dafür, dass eine Zunahme der Arbeitnehmerüberlassung sich auch auf die Entwicklung von Durchschnittseinkommen auswirken kann, allerdings ist hier eine wichtige methodische Besonderheit zu beachten: Bei der Statistik zählt der Firmensitz des Unternehmens/Personaldienstleisters und nicht der Einsatz-/Wohnort des überlassenen Arbeitnehmers. Insofern kann dieser Indikator für die Stadt Nürnberg nur eingeschränkt interpretiert werden, auch wenn ein gewisser Einfluss

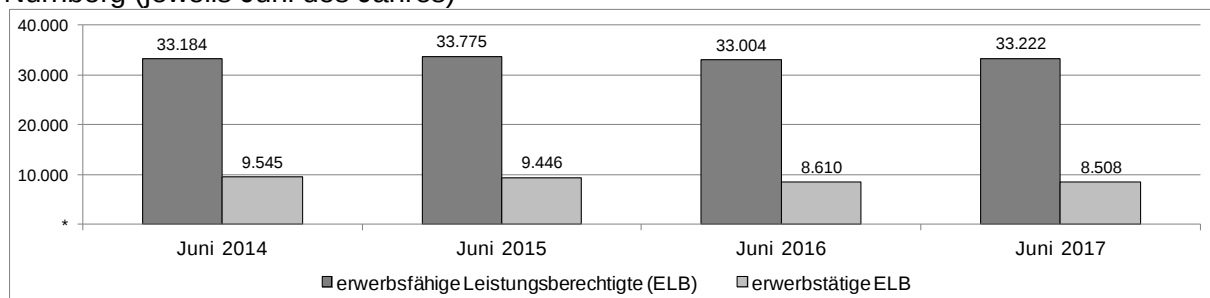
³⁷ Vgl. Schneider 2018. Im Übrigen zeigen Analysen des WSI, dass im europäischen Vergleich in Deutschland die Erwerbsarmut zwischen 2004 und 2014 besonders stark angestiegen ist (Spannagel et al. 2017, S. 6 ff.).

³⁸ Vgl. WSI 2017b

plausibel ist. Die Beschäftigungsstatistik bildet hier somit regional bedeutsame Entwicklungen des Arbeitsmarktes, die auch und gerade für Armutsdiskussionen relevant sind, nur bedingt ab. Dies gilt für weitere Phänomene wie Scheinselbstständigkeit, Schwarzarbeit, *crowd work*, *digitale Tageslöhner* und *Clickworker*.³⁹ Zwar gibt es eine Vielzahl amtlicher Statistiken, die sich an vielen Stellen sinnvoll ergänzen und Planung vor Ort erleichtern (Beschäftigtenstatistik, Erwerbstätigenrechnung im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, Mikrozensus, ...), dennoch stoßen gerade neuere und tendenziell prekäre Arbeitsmarktentwicklungen nach wie vor vergleichsweise schnell an die Grenzen regionaler Datenverfügbarkeit.⁴⁰ Haushaltserhebungen als eine wichtige Datengrundlage (z. B. Mikrozensus) sind Stichprobenerhebungen, beruhen auf Selbstauskünften und können – so bspw. die These von Steven Hill – die Komplexität von Erwerbsarbeit nicht mehr erfassen.⁴¹

Zum Thema Erwerbsarmut, das vorab im Zusammenhang mit der Frage des Beschäftigungsumfangs gefallen ist, lohnt der Blick auf die erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (ELB), bzw. die erwerbstätigen ELB im SGB II. Erwerbstätige ELB sind nach allgemeinem Verständnis Personen, bei denen das Einkommen durch Arbeitslosengeld II „aufgestockt“ wird. Allerdings ist die „Aufstockung“ nur eine mögliche Variante. Bei der Mehrzahl der ELB wird vielmehr das Arbeitslosengeld II durch Erwerbseinkommen ergänzt, wodurch ein Beitrag zu einer Verringerung der Hilfebedürftigkeit erfolgt.⁴² Abbildung 8 zeigt, dass die Zahlen der erwerbstätigen ELB in Nürnberg in den letzten Jahren abgenommen haben. Erwerbsarmut in diesem Sinne ist weiterhin ernst zu nehmen und muss auch durch kommunale Aktivitäten bekämpft werden. Sie muss jedoch differenziert analysiert werden. Eine Schlussfolgerung umfassend gestiegener Erwerbsarmut erscheint aus den Daten gleichwohl nicht ableitbar.

Abbildung 8: Zeitreihe erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB) und erwerbstätige ELB in Nürnberg (jeweils Juni des Jahres)



Quelle: SGB II – Cockpit, Jobcenter Nürnberg-Stadt, eigene Darstellung

Wenn Arbeitslosigkeit und Beschäftigungsquoten im Städtevergleich relativ positiv ausfallen, die Einkommen und damit letztlich auch die Armutsgefährdungsquote jedoch ungünstiger ausfallen, dann liegt es nahe eine Erklärung in der Branchenstruktur des Nürnberger Arbeitsmarktes und den dort erzielten Löhnen und Gehältern zu suchen. Ein abschließender Beweis ist dies jedoch nicht, da die Zusammensetzung der Haushalte ein wesentlicher Einflussfaktor für die Armutsgefährdungsquote ist. Eine Annäherung an diese Frage stellen die Aufstellungen in Anhang 10 dar. Dazu einige zusammenfassende Bemerkungen:

- Als Annäherung an die Branchenstruktur werden die Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort, nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) hinzugezogen. Damit werden auch Beschäftigte gezählt, die in Nürnberg arbeiten, aber

³⁹ Die Begriffe bezeichnen die Praxis von Unternehmen Aufträge an eine anonyme Menge potenzieller Anbieter (Privatpersonen) zu vergeben, die ihrerseits durch die technischen Möglichkeiten Aufgaben erledigen können, für die früher eine professionelle Infrastruktur nötig war. Vergleiche auch Leimeister et al. 2016. Zu statistischen Repräsentation neuer Formen der Arbeit, die v. a. in der Internet-Ökonomie relevant sind vgl. Hill 2017.

⁴⁰ Scheinselbstständigkeit wird bspw. bisher auch nicht im Fragenkatalog des Mikrozensus berücksichtigt (Wingerter 2009, S. 1082). An anderer Stelle heißt es: „Aufgrund der Komplexität des Tatbestandes, der spezifischen Abfrageproblematik in Haushaltsbefragungen und der generellen Sensibilität des Themas „Scheinselbstständigkeit“ kommen hierfür allenfalls Spezialerhebungen auf Grundlage des § 7 BStatG in Frage.“ (Lüken 2002, S. 445)

⁴¹ Hill 2017, S. 169 ff.

⁴² Statistik der Bundesagentur für Arbeit 2017

nicht wohnen. Allerdings wird so die Branchenstruktur näherungsweise deutlich. Daten für die Beschäftigten am Wohnort sind nach Branchen nicht unmittelbar verfügbar.

- Um Unterschiede in den Verdienststrukturen der Wirtschaftszweigen aufzudecken, wird die alle vier Jahre erscheinende Verdienststrukturerhebung für Bayern genutzt, die in der aktuellsten Fassung für das Berichtsjahr 2014 vorliegt.
- Das Gastgewerbe als der Wirtschaftszweig mit den geringsten durchschnittlichen Bruttonomatsverdiensten hat von Juni 2013 bis Juni 2017 in Nürnberg den dritthöchsten prozentualen Zuwachs zu verzeichnen (+22%), allerdings ist der Anteil dieses Wirtschaftszweiges an der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung insgesamt mit 3,2% nach wie vor gering. Den größten Zuwachs in absoluten Zahlen weisen die Wirtschaftszweige „Immobilien, freiberufliche wissenschaftliche und technische Dienstleistungen“ (+4.852) und „Information und Kommunikation“ (+3.921) auf. Hierbei handelt es sich um zwei der vier Wirtschaftszweige mit den höchsten Bruttonomatsverdiensten.
- Der Zuwachs der Beschäftigtenzahlen von Juni 2013 bis Juni 2017 erfolgt zu 37% durch die drei Wirtschaftszweige mit den niedrigsten durchschnittlichen Bruttonomatsverdiensten⁴³ und zu 16% durch die drei Wirtschaftszweige mit den höchsten durchschnittlichen Bruttonomatsverdiensten⁴⁴.

Es deutet sich an, dass die Entwicklung der Beschäftigungsstruktur nach Wirtschaftszweigen eine von mehreren Erklärungen für die Entwicklung der Einkommensstruktur und somit auch der Armutsgefährdungsquoten in Nürnberg sein kann. Allerdings bleiben mit den verfügbaren Daten unweigerlich auch Fragen offen. So machen die Daten aus Anhang 10 keine Aussagen über tatsächliche Gehälter und Beschäftigungsumfänge in Nürnberg. Außerdem gibt es nur relativ geringe Verschiebungen bei den Anteilen der jeweiligen Wirtschaftszweige an den Beschäftigten insgesamt. Die größte Verschiebung gibt es im Wirtschaftsbereich „C - Verarbeitendes Gewerbe“. Hier arbeiteten im Juni 2013 noch 17,5% der Beschäftigten, während es im Juni 2017 noch 15,6% waren. Dies entspricht einer Differenz von 1,9 Prozentpunkten. Wünschenswert wären ebenfalls Daten für die Beschäftigten am Wohnort und dies im Vergleich der Großstädte. Hier sehen wir weiteren Forschungsbedarf.

In der Diskussion um Arbeit und Beschäftigung werden zunehmend auch die Auswirkungen der Zahl von Berufspendlern diskutiert. Auswertungen von StA zeigen weiter gestiegene Pendlerverflechtungen mit dem Umland.⁴⁵ Bei der Analyse der Pendlerbewegungen⁴⁶ zeigt sich im Vergleich der westdeutschen Großstädte⁴⁷ und Berlin zwischen 2013 und 2016:

- Die Einpendlerzahlen (aus dem Bundesgebiet) haben in Nürnberg von 2013 bis 2016 leicht unterdurchschnittlich zugenommen (Zunahme um +6% statt durchschnittlich +7%).
- Die Auspendlerzahlen in Nürnberg haben von 2013 bis 2016 leicht überdurchschnittlich zugenommen (Zunahme um +14% statt durchschnittlich +13%).
- Nürnberg hat – wie alle Großstädte – einen Einpendlerüberschuss. Im Großstadtvergleich ergibt sich 2016 der dritthöchste gewichtete Pendlersaldo⁴⁸ (nur übertroffen von Frankfurt a. M. und Düsseldorf). Auf 1.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort kommen in Nürnberg rechnerisch 308 Einpendler mehr als Auspendler.
- Nürnberg hat im Großstadtvergleich 2016 die dritthöchste Einpendlerquote⁴⁹. Sie beläuft sich auf 53% ggü. durchschnittlich 46%. D. h. von 100 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort Nürnberg pendeln 53 Beschäftigte über die Kreisgrenze zur Arbeit nach Nürnberg. Die Einpendlerquote wird im Großstadtvergleich nur von Frankfurt

⁴³ „H Verkehr und Lagerei“, „I Gastgewerbe“, „N sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen“

⁴⁴ „J Information und Kommunikation“, „K Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen“, „P Erziehung und Unterricht“

⁴⁵ StA 2017

⁴⁶ Ein- und Auspendler über Kreisgrenze, jeweils 30.06. des Jahres, nur Bundesgebiet sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

⁴⁷ Vergleich zwischen: Nürnberg, Hamburg, Bremen, Düsseldorf, Duisburg, Essen, Köln, Dortmund, Frankfurt a. M. Stuttgart, München und Berlin. Hier ohne Hannover, Leipzig und Dresden

⁴⁸ Einpendler minus Auspendler (Pendlersaldo) relativ zu je 1.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort.

⁴⁹ Anteil der Einpendler an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die in der betrachteten Region arbeiten (Arbeitsortsprinzip).

a. M. und Düsseldorf übertroffen. Seit 2013 ist die Einpendlerquote in Nürnberg praktisch stabil (2013-2015 = 52%).

Nürnberg weist somit im Großstadtvergleich durchaus starke Pendlerbewegungen auf, allerdings mit leicht unterdurchschnittlichen prozentualen Zunahmen in den letzten Jahren. Die These, wonach Beschäftigte der „Mittelschicht“ - offensichtlich oft in der Familienphase - ins Umland ziehen und häufiger pendeln und die Beschäftigten, die in Nürnberg arbeiten und wohnen eher die sind, die entweder geringere oder aber höhere Einkommen erzielen, was sich wiederum auf Einkommensstrukturen und somit auch Armutsgefährdungen auswirkt, kann mit der verfügbaren Datenlage nicht geprüft werden. Daten zu Ursachen und subjektiven Motiven von Wohnortwechseln liegen nicht vor.

Interessant ist in diesem Zusammenhang ein von StA zitierter Ansatz des Bundesinstituts für Bau-, Stadt-, und Raumforschung zu *Schwarmstädten*. *„Der Grundüberlegung nach sind solche Städte besonders für junge Erwachsene so attraktiv, dass sie nach ihrer Ausbildung lieber in der Stadt verbleiben und an einen Arbeitsort pendeln als dorthin zu ziehen. Sollte sich der beobachtete Trend in den entsprechenden Altersjahrgängen fortsetzen, käme dies einer Reurbanisierung einiger Altersgruppen gleich. Laut der o. g. Untersuchung zählt Nürnberg zu den jungen Schwarmstädten in Deutschland.“*⁵⁰

Ein Zwischenfazit der bisherigen Analysen lautet:

- Der Nürnberger Arbeitsmarkt entwickelt sich im Großstadtvergleich gut. Zweifellos gibt es andauernden vielschichtigen Handlungsbedarf zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, aber eine zentrale Erklärung für eine Zunahme der Armutsgefährdung liegt hier nicht vor.
- Wenn viele Menschen am Arbeitsmarkt tätig sind, die Armutsgefährdung (auf Basis der laufenden Einkommen!) gleichwohl recht hoch ist, dann müssen die Löhne und Gehälter in Nürnberg offenbar im Vergleich geringer ausfallen. Hinweise darauf sind:
 - Geringere Armutsgefährdungsschwelle laut Mikrozensus auf Basis des städtischen Durchschnittseinkommens: Durchschnittseinkommen → Nürnberg = 1.504 Euro; Bund = 1.615 Euro; Bayern = 1.731 Euro; Großstädte = 1.616 Euro (jeweils mittleres Einkommen für Einpersonenhaushalte im Jahr 2016)
 - Die durchschnittliche Höhe verfügbarer Einkommen in Nürnberg bewegt sich im Großstadtvergleich im Mittelfeld, jedoch mit unterdurchschnittlichen prozentualen Zunahmen in den letzten Jahren.
 - Ebenfalls unterdurchschnittlich im Großstadtvergleich ist die prozentuale Zunahme der Bruttolöhne je Arbeitsstunde, wenngleich Nürnberg sich hier in der absoluten Höhe im oberen Mittelfeld bewegt.
 - Mikrozensus-Daten zeigen für Nürnberg eine vergleichsweise geringe Besetzung und Zunahme höherer Einkommensklassen und eine recht stabile und hohe Häufigkeit unterer Einkommensklassen.

Das Wichtigste zusammengefasst:

- ➔ Arbeit und Beschäftigung sind der wirksamste Schutz gegen Armut.
- ➔ Der Nürnberger Arbeitsmarkt entwickelt sich alles in allem in den letzten Jahren positiv – auch im Großstadtvergleich. Sowohl Arbeitslosenquote, Unterbeschäftigungsquote, anteilige Langzeitarbeitslosenquote als auch der Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen sind in Nürnberg abnehmend und im Großstadtvergleich gering. Die Beschäftigungsquote ist hoch und steigt.
- ➔ Der Beschäftigungszuwachs der letzten Jahre ist vor allem auf eine Zunahme an Teil-

⁵⁰ StA 2017, Beiblatt 2

zeitbeschäftigung zurückzuführen.

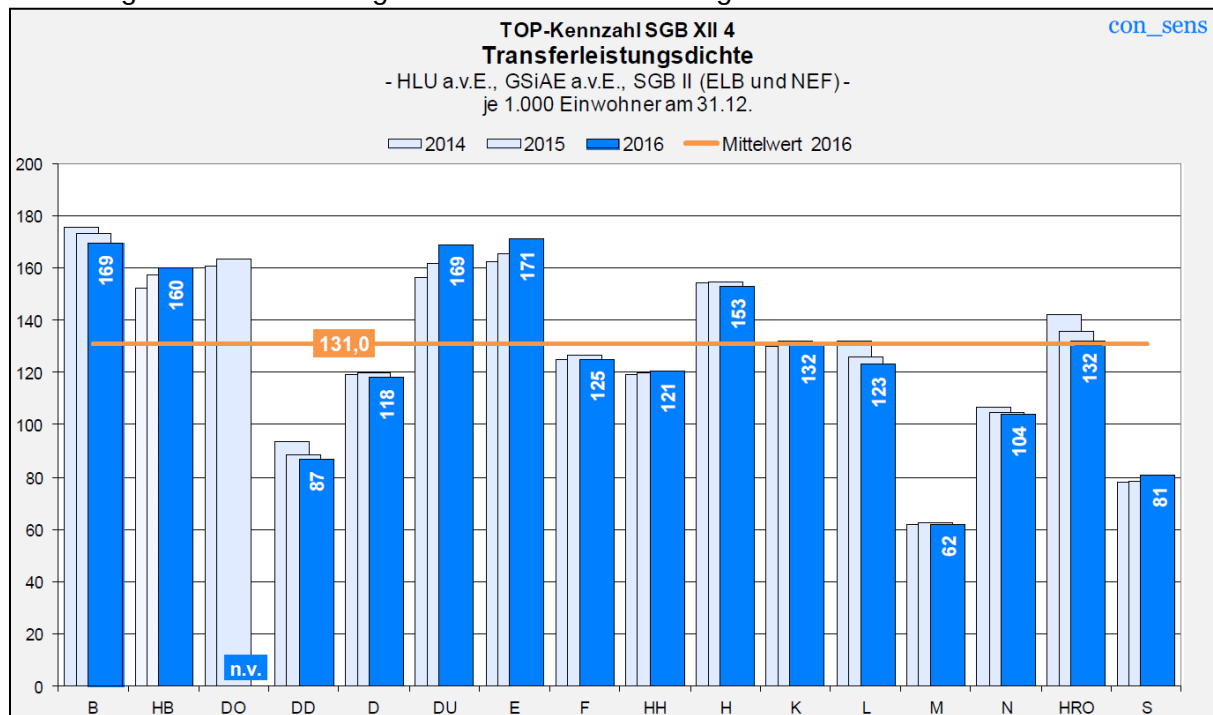
- ➔ Teilzeitbeschäftigung führt zu geringeren Einkommen und kann Armutsgefährdungsquoten beeinflussen. Es liegen jedoch nur unzureichende Daten zum tatsächlichen Beschäftigungsumfang vor und dazu, inwiefern der Teilzeitumfang gewollt/nicht gewollt ist.
- ➔ Die ausschließlich geringfügige Beschäftigung hat in Nürnberg von Juni 2014 bis Juni 2017 um -7,3% Prozent abgenommen. Die Anteile Erwerbstätiger mit befristeten Arbeitsverträgen haben von 2013 bis 2016 von 10% auf knapp 7% abgenommen (2010 waren es noch ca. 13%). Diese beiden Indikatoren atypischer Beschäftigung sind weiterhin Anlass kritisch zu diskutieren, wie weitere Verbesserungen erreicht werden können. Die Entwicklung der Daten weist hier jedoch nicht auf eine unmittelbare Erklärung für eine gestiegene Armutsgefährdung hin.
- ➔ Im Juni 2017 wurden für Nürnberg laut Bundesagentur für Arbeit ca. 15.300 Personen im Bereich Arbeitnehmerüberlassung gezählt. Zwar spricht durchaus etwas dafür, dass eine Zunahme der Arbeitnehmerüberlassung sich auch auf die Entwicklung von Löhnen und Gehältern auswirkt, allerdings zählt in der Statistik der Firmensitz des Unternehmens und nicht der Einsatz-/Wohnort des überlassenen Arbeitnehmers. Insofern kann dieser Indikator für atypische Beschäftigung für die Stadt Nürnberg nur eingeschränkt interpretiert werden, auch wenn ein gewisser Einfluss plausibel ist.
- ➔ Eine These lautet, dass die Komplexität von Erwerbsarbeit durch Arbeitsmarktstatistiken zunehmend nicht mehr erfasst wird. Dies gilt u. a. für Phänomene wie Scheinselbstständigkeit, Schwarzarbeit, crowd-work, digitale Tageslöhner und Clickwork.
- ➔ Die Zahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (ELB) im SGB II nehmen in Nürnberg in den letzten Jahren – mit Schwankungen – leicht ab. Die prozentuale Abnahme in Nürnberg ist im Großstadtvergleich überdurchschnittlich. Erwerbsarmut in diesem Sinne ist zweifelsohne weiterhin sehr ernst zu nehmen und muss auch durch kommunale Aktivitäten bekämpft werden. Sie muss jedoch differenziert analysiert werden.
- ➔ Wenn Arbeitslosigkeit und Beschäftigungsquoten im Städtevergleich relativ positiv ausfallen, Einkommen und damit letztlich auch die Armutsgefährdungsquote jedoch ungünstiger, dann liegt es nahe eine Erklärung in der Branchenstruktur des Nürnberger Arbeitsmarktes und den dort erzielten Löhnen und Gehältern zu suchen. Hier deutet sich eine von mehreren Erklärungen für die Entwicklung der Einkommensstruktur und somit auch der Armutsgefährdungsquoten in Nürnberg an. Allerdings erlauben die verfügbaren Daten nur eine Annäherung. Hier besteht weiterer Forschungsbedarf.

➔ Transferleistungsbezug und Mindestsicherung

Es ist deutlich geworden, dass die Entwicklung der Arbeitslosigkeit keine zentrale Erklärung für die Armutsgefährdung in Nürnberg sein kann. In einem nächsten Schritt stellt sich die Frage, ob der Transferleistungsbezug eine zunehmende Armutsgefährdung begründet.

Da die Einwohnerzahl Nürnbergs in den letzten Jahren stark gewachsen ist, sind mit Blick auf die Entwicklung des Leistungsbezugs absolute Zahlenentwicklungen allein nicht ausreichend. Entscheidend ist die Entwicklung der Transferleistungsdichte (Leistungsempfänger/innen je 1.000 Einwohner). Hier zeigt der Blick auf Abbildung 9, dass Nürnberg im Großstadtvergleich in den letzten Jahren eine deutlich unterdurchschnittliche und abnehmende Transferleistungsdichte vorweist (vgl. auch SozA vom 05.10.2017).

Abbildung 9: Transferleistungsdichten im Großstadtvergleich



Quelle: con_sens 2017, S. 42

Zweifelsohne müssen Entwicklungen unterschiedlicher Leistungssysteme und damit unterschiedlicher Zielgruppen detailliert beobachtet werden – was auch geschieht. An dieser Stelle ist jedoch festzuhalten, dass eine Zunahme der Armutsgefährdungsquote nicht auf entsprechend angestiegene Transferleistungsdichten zurückzuführen ist.

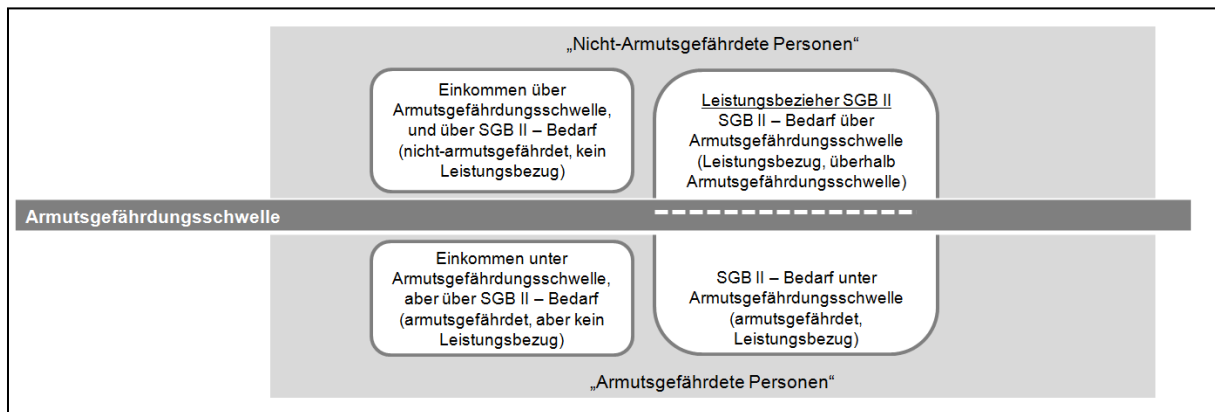
Die Beobachtung einer unterdurchschnittlichen Transferleistungsdichte für Nürnberg ist nicht neu und wurde in der Rückschau bis zum Jahr 2011 auch im Benchmarkingbericht der Großstädte zum Berichtsjahr 2015 bereits deutlich. Im entsprechenden Bericht von con_sens heißt es dazu mit Blick auf die Armutsgefährdung: „Auch in Nürnberg zeigt sich eine relativ hohe Dichte an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sowie eine niedrige Unterbeschäftigungsquote bei zugleich überdurchschnittlicher Armutsgefährdungsquote. Dies ist darauf zurückzuführen, dass zwar relativ viele Menschen in Arbeit sind, im Durchschnitt aber nur vergleichsweise geringe steuerpflichtige Einkommen erzielt werden.“⁵¹

Wenn man die Daten zur Armutsgefährdungsquote ernst nimmt und dem die Erkenntnisse zur Entwicklung der Transferleistungsdichten gegenüberstellt, so liegt der Schluss nahe, dass es zu einer gewissen Entkoppelung von Armutsgefährdung und Leistungsbezug gekommen sei, wonach es Menschen jenseits der Leistungsberechtigung gibt, die gleichermaßen nur über Einkommen verfügen, die unterhalb der Armutsgefährdung liegen. Hier ist jedoch noch einmal deutlich darauf hinzuweisen, dass sich die methodischen Konzepte bzw. Kriterien zu Armutsgefährdung und Leistungsberechtigung voneinander unterscheiden und die zu Grunde liegenden Datenquellen ebenfalls unterschiedlich sind. Im einen Fall handelt es sich um eine Befragung im Rahmen einer Zufallsstichprobe, im anderen um Ergebnisse von Geschäftsstatistiken. Eine unmittelbare Vergleichbarkeit ist somit nicht unproblematisch.

Abbildung 10 zeigt, dass es nicht unbedingt der Fall sein muss, dass Leistungsbezieher zwingend eine (rechnerische) Teilmenge der armutsgefährdeten Personen sind. Anders formuliert kann es durchaus Konstellationen geben, in denen Leistungsbeziehende über den – an anderer Stelle und in anderer Logik – definierten Armutsgefährdungsschwellen liegen.

⁵¹ con_sens 2016, S. 36

Abbildung 10: Schematische Darstellung Armutsgefährdung – Leistungsbezug



Quelle: eigene Darstellung

Um der Frage genauer nachzugehen, wie groß eine potenzielle Lücke zwischen SGB II - Leistungsbezug und den einschlägig definierten Armutsgefährdungsschwellen ausfällt, ist im GB Ref. V eine Analyse typischer „Fallkonstellationen“ vorgenommen worden. Dabei wurden folgen fünf Haushaltskonstellationen näher analysiert:

- Einpersonenhaushalt
- Alleinerziehende (1 Kind, 2 Jahre)
- Alleinerziehende (2 Kinder, 6-13 Jahre + 14-17 Jahre)
- Zweipersonenhaushalt (ohne Kinder)
- Zweipersonenhaushalt (2 Kinder, 5 + 10 Jahre)

Für jede Haushaltskonstellation wurden für das Analysejahr 2016 folgende Informationen gegenübergestellt:

1. Höhe des durchschnittlichen Einkommens laut Mikrozensus
Dabei wird einmal das durchschnittliche Einkommen als Bundesmedian und einmal als Nürnberger Median dargestellt. Das durchschnittliche Nürnberger Einkommen liegt für jede Haushaltskonstellation unterhalb des Bundesdurchschnitts.
2. Höhe der Armutsgefährdungsschwellen
Auch hier werden sowohl die am Bundesmedian als auch die am Nürnberger Median gemessenen Armutsgefährdungsschwellen berechnet. Analog zum Durchschnittseinkommen fällt die Armutsgefährdungsschwelle gemessen am Nürnberger Medianeinkommen niedriger aus als bei einer Bezugnahme auf den Bundesmedian.
3. Für jede Haushaltskonstellation wird daraufhin in zwei Säulen der SGB II-Bedarf dargestellt (vgl. Abbildung 11).
 - Dunkelgraue Säule: Zunächst wird hier der jeweilige i) Regelsatz und die durchschnittlichen anerkannten Kosten der Unterkunft in dem unteren Teil der Säule zusammengefasst. Sofern relevant umfasst dies auch den Mehrbedarf für Alleinerziehung. In dem zweiten Teil der Säule werden weitere Leistungen hinzugerechnet. Auch wenn es sich hier nicht um monetäre Leistungen handelt, die „auf dem Giro-Konto“ sichtbar werden, so sind es doch geldwerte Leistungen, die die betroffenen Haushalte monetär konkret entlasten. Hier werden ii) durchschnittliche Gebührenübernahme für Kindertagesstätten, durchschnittliche Beträge für BuT-Leistungen⁵² und ein geldwerter Vorteil durch den Nürnberg-Pass⁵³ summiert.
 - Hellgraue Säule: Die hellgraue Säule entspricht in den ersten beiden Säulenabschnitten der dunkelgrauen Säule. Hinzu kommt jedoch ein dritter Teil, in dem SGB II-Freibeträge durch erzielte Einkommen mitgezählt werden. Am unteren Ende der Säule ist jeweils eingetragen, wie viel Prozent der Bedarfsgemeinschaften dies betrifft.

⁵² durchschnittliche Aufwendungen je Leistungsberechtigter/n

⁵³ hier: durchschnittlicher geldwerter Vorteil durch Vergünstigungen bei VAG

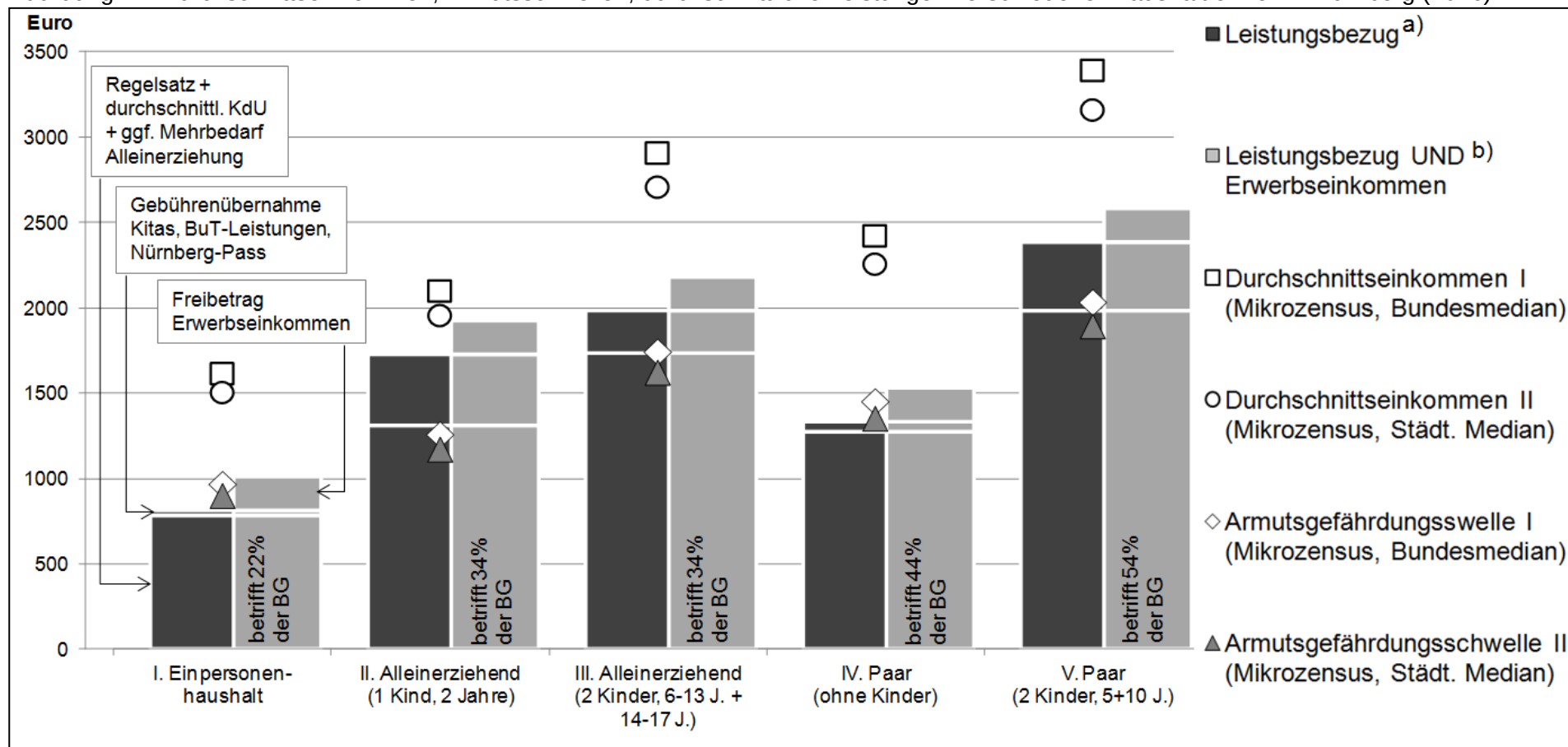
Die Ergebnisse der Analysen zeigen:

- Von den in den Berechnungen berücksichtigten Haushaltskonstellationen fallen lediglich regelleistungsberechtigte Einpersonenhaushalte und Paare ohne Kinder unter Berücksichtigung der Regelsätze und der durchschnittlichen anerkannten KdU unter die definierten Armutsgefährdungsschwellen.
- Nimmt man die geldwerten Leistungen der Kita-Gebührenübernahme, BuT-Leistungen und des Nürnberg-Passes hinzu, so sind vor allem leistungsbeziehende Alleinerziehendenhaushalte und Paare mit Kindern oberhalb der Armutsgefährdungsschwelle zu finden. Dies allerdings immer unter der Annahme, dass die Leistungsberechtigten auch von den jeweiligen Leistungen (Kita-Gebührenübernahme, BuT-Leistungen, Nürnberg-Pass) Gebrauch machen!
- Berücksichtigt man zusätzlich Freibeträge durch Erwerbseinkommen, so haben alle dargestellten Haushaltskonstellationen eine Chance, sich jenseits der Armutsgefährdungsschwellen zu bewegen. Dies trifft immerhin – je nach Haushaltsform – für 22% bis 54% der Bedarfsgemeinschaften zu.

Die Ergebnisse dieser Berechnungen stehen zunächst teilweise im Widerspruch zu den Armutsgefährdungsquoten, wonach gerade Alleinerziehende und Familien mit Kindern besonders betroffen sind. Dieser Effekt entsteht zum einen durch die vergleichsweise geringe Gewichtung der Kinder bei der Armutsgefährdungsquote und die entsprechend hohen SGB II-Bedarfe für die Kosten der Unterkunft in Nürnberg. Weiterhin werden auch geldwerte Leistungen monetarisiert, die nicht „auf dem Konto“ der Leistungsberechtigten auftauchen und somit auch nicht in der Armutsgefährdungsquote berücksichtigt werden können. Außerdem sind methodische Effekte bei der Berechnung von Armutsgefährdungsquoten zu berücksichtigen (z. B. Stichprobenbefragung, Abfrage von Einkommensklassen statt tatsächlicher Einkommen). Es wird deutlich, dass die „Konzepte“ von Armutsgefährdungsquote und Leistungsbezug nicht unmittelbar miteinander vergleichbar sind.

Die Botschaft ist hier nicht, dass leistungsberechtigte Alleinerziehende und Haushalte mit Kindern in Nürnberg keine Armutsprobleme haben oder nicht arm seien. Im Gegenteil: Zentrale Aspekte wie Kostenbelastungen, Alltagsbewältigung, verfügbare Zeitbudgets und vor allem Teilhabe-Benachteiligungen werden hier nicht oder nur am Rande mit abgebildet. Hier stehen gerade leistungsberechtigte Haushalte mit Kindern – und besonders Alleinerziehende – vor häufig großen Herausforderungen, die auch weiterhin Unterstützung erfordern. Vielmehr wird deutlich, dass die Methode der Armutsgefährdungsquote inhaltlich zu kurz greift und den lokalen Gegebenheiten nicht gerecht wird. Wenngleich durch die Analysen deutlich wird, dass in Nürnberg gerade für armutsgefährdete Familien viel materielles Unterstützungspotenzial vorhanden ist, so ist unbestritten, dass sich leistungsbeziehende Haushalte in einem angespannten ökonomischen Rahmen – sprich: in Armutslagen – bewegen. Die Armutsgefährdungsquote bildet diese komplexe Realität nur unzureichend ab.

Abbildung 11: Durchschnittseinkommen, Armutsschwellen, durchschnittliche Leistungen verschiedener Haushaltformen in Nürnberg (2016)



Anmerkungen:

BG = Bedarfsgemeinschaften

a) Leistungsbezug umfasst i) Regelsatz SGB II, ii) sofern relevant Mehrbedarf Alleinerziehung, iii) durchschnittliche anerkannte KdU, iv) durchschnittliche Gebührenübernahme Kitas, v) BuT-Leistungen [durchschnittliche Aufwendungen je Leistungsberechtigter/n] vi) Nürnberg-Pass [hier: durchschnittlicher geldwerter Vorteil durch Vergünstigungen bei VAG]. Bei iv) – vi) jeweils Durchschnittswerte für BG, die Leistungen auch nutzen.

b) zusätzlich zu a) werden hier die durchschnittlichen SGB II-Freibeträge wg. Erwerbseinkommen zugerechnet. In den jeweiligen Säulen steht der Anteil der BG, die zusätzliche Erwerbseinkommen erzielen.

Quelle: Mikrozensus, SHA, J

Eine weitere Personengruppe, deren Einkommen sich oberhalb des definierten SGB II-Bedarfs bewegt, jedoch im Fall geringer Einkommen Leistungen bezieht, sind Empfänger/innen von Leistungen nach dem Wohngeldgesetz (WoGG). Wohngeld wird als Mietzuschuss (für Mieter/innen) oder als Lastenzuschuss (für Eigentümer/innen) geleistet. Ende 2016 haben 12.301 Personen in 4.690 Haushalten mit WoGG-Leistungen gelebt. Bei gut 45% der Haushalte handelte es sich um Haushalte mit 3 oder mehr Personen.

Die oben diskutierten Daten zu den Transferleistungsdichten führen vor dem Hintergrund der eingangs formulierten Kritik am Konzept und der mangelnden Aussagekraft der Armutsgefährdung auf regionaler Ebene zu der *Mindestsicherungsquote* als einem weiteren, von einigen Fachleuten bevorzugtem Konstrukt zum kommunalen Monitoring von Armutslagen.⁵⁴ Die Mindestsicherungsquote ist definiert als Anteil der leistungsbeziehenden Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung. Berücksichtigt werden SGB II - Leistungen (hier: Regelleistungsberechtigte), Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII, laufende Hilfen zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen nach dem SGB XII und Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.⁵⁵ Die Mindestsicherungsquote sei gerade für die kommunale Sozialberichterstattung ein wichtiger Indikator, wohingegen die Armutsgefährdungsquote eher für die Landes- und Bundesebene geeignet sei.⁵⁶ Auch der Arbeitskreis Armutsforschung, der Kritik an der Armutsgefährdungsquote zu entkräften versucht, betont den Vorzug der Mindestsicherungsquote als geeigneteren Indikator auf kommunaler Ebene:

„Insbesondere auf kommunaler Ebene, aber auch generell als Ergänzung zur relativen Einkommensarmut, ist es sinnvoll, in der Armutsberichterstattung ergänzend die Quote der Bezieher/innen von Grundsicherungsleistungen [...] zu betrachten (Mindestsicherungsquote). Diese gesetzlich festgelegte und verfassungsrechtlich überprüfbare „Armuts-grenze“ berücksichtigt insbesondere die individuell und regional sehr unterschiedlichen Wohnkosten der Haushalte, wodurch zumindest ein Teil der unterschiedlichen Lebenshaltungskosten Berücksichtigung findet. [...] Außerdem ist dieser Indikator kleinräumig verfügbar, im Gegensatz zu den Einkommensdaten.“⁵⁷

Die Mindestsicherungsquote belief sich für Nürnberg Ende 2016 auf 11,4%. D. h. 11,4% der Bevölkerung erhielten eine der o. g. Leistungen, das entspricht gut 60.500 Einwohner/innen und Einwohnern. Seit 2010 ist die Mindestsicherungsquote dabei relativ stabil. Kleinere Schwankungen sind zu beobachten.⁵⁸ Am höchsten war sie in dem betrachteten Zeitraum Ende 2015 (12,0%) und am geringsten 2012 (10,5%).

Das Wichtigste zusammengefasst:

- ➔ Der Bezug von Transferleistungen fällt in Nürnberg im Vergleich der Großstädte positiv aus. Die Transferleistungsdichte in Nürnberg beläuft sich Ende 2016 auf 104 gegenüber einem Großstadt-Durchschnitt von 131. D. h. je 1.000 Einwohner/innen haben Ende 2016 in Nürnberg 104 Personen Leistungen nach SGB II (Regelleistungsberechtigte) und SGB XII (Hilfen zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung außerhalb von Einrichtungen).
- ➔ Transferleistungsdichten und/oder Mindestsicherungsquoten sind für die Armutsdiskussion auf kommunaler Ebene besser geeignet als Armutsgefährdungsquoten.
- ➔ Ein Vergleich der Daten zur Armutsgefährdung und der Transferleistungsdichten legt zunächst den Schluss nahe, dass es zu einer gewissen Entkoppelung von Armutsgefährdung und Leistungsbezug gekommen ist, wonach es Menschen jenseits der Leistungsberechtigung gibt, die nur über Einkommen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle verfügen. Ein Vergleich ist jedoch schwierig, da beide Indikatoren auf unter-

⁵⁴ Vgl. u. a. https://www.it.nrw.de/statistik/querschnittsveroeffentlichungen/Statistik_kompakt/Archiv_2017/ausgabe8_2017/ (Abrufdatum: 24.01.2018); Cremer 2016, S. 60ff.; Bauer et al. 2015, S. 140

⁵⁵ Munz-König 2013, S. 124

⁵⁶ Ebd., S. 131

⁵⁷ Arbeitskreis Armutsforschung 2017, S. 154f.

⁵⁸ 2010 = 11,1%; 2011 = 10,6%; 2012 = 10,5%; 2013 = 10,8%; 2014 = 11,2%; 2015 = 12,0 %; 2016 = 11,4%

schiedlichen Konzepten und Quellen beruhen.

- ➔ Eine Berechnung für typische Haushaltskonstellationen zeigt, dass in Nürnberg vor allem Haushalte mit Kindern im Leistungsbezug die Chance haben, überhalb der rechnerischen Armutsgefährdungsschwellen zu liegen.
- ➔ Die Botschaft ist nicht, dass leistungsberechtigte Haushalte mit Kindern in Nürnberg keine Armutsprobleme haben. Im Gegenteil: Kostenbelastungen, Alltagsbewältigung, verfügbare Zeitbudgets und vor allem Teilhabe-Benachteiligungen werden hier nicht oder nur in Teilen mit abgebildet. Hier stehen gerade leistungsberechtigte Haushalte mit Kindern vor häufig großen Herausforderungen, die auch weiterhin v. a. kommunale Unterstützung erfordern. Allerdings wird auch deutlich, dass in Nürnberg gerade für armutsgefährdete Familien bereits viel Potenzial für eine materielle Unterstützung vorhanden ist.

➔ **Schulden und Insolvenzen**

Die Armutsgefährdungsquote bezieht sich auf laufende Einkommen. Armutsphänomene können somit unterschätzt werden, wenn bspw. zwar (über)durchschnittliche Einkommen erzielt werden, jedoch Überschuldungssituationen vorliegen. Der *SchuldnerAtlas 2017* von Creditreform⁵⁹ trägt hierzu Daten auf Ebene der kreisfreien Städte zusammen.

- Für Nürnberg wird 2017 eine Schuldnerquote der über 18-Jährigen in Höhe von knapp 12% aufgeführt. Damit liegt Nürnberg im Großstadtvergleich im Mittelfeld (Anhang 11). Die höchste Schuldnerquote hat Duisburg (17,1) die niedrigste München (8,9).
- Nürnberg gehört auch im Zeitvergleich nicht zu den Großstädten mit den höchsten Schuldnerquoten. Allerdings ist Nürnberg im direkten Vergleich der Jahre 2012 und 2017 die Großstadt mit dem höchsten Zuwachs der Schuldnerquote (+1,84 Prozentpunkte) und liegt knapp vor dem Zuwachs von Duisburg (+1,82 Prozentpunkte).

Die Insolvenzstatistik zeigt, dass 2016 in Nürnberg 439 Insolvenzverfahren für Verbraucher beantragt wurden. Die Betrachtung der Jahre 2009 bis 2016 zeigt für alle Großstädte immer wieder Wellenbewegungen. Vor allem seit 2010 ist auch in Nürnberg eine abnehmende Dynamik der beantragten Insolvenzverfahren von Verbrauchern zu konstatieren, wenngleich der Trend zur Abnahme in mehreren Großstädten deutlicher ist. Eine Berechnung der voraussichtlichen durchschnittlichen Forderungen je beantragter Verbraucherinsolvenz zeigt ebenfalls gewisse Wellenbewegungen der durchschnittlichen Forderungshöhen. Zuletzt nimmt Nürnberg hier im Jahr 2016 mit einer rechnerischen Durchschnittsforderung von 59.700 Euro je beantragter Verbraucherinsolvenz knapp hinter Düsseldorf (60.800 Euro) einen Spitzenplatz ein (vgl. Anhang 12).

Das Wichtigste zusammengefasst:

- ➔ Die Schuldnerquote in Nürnberg ist im Großstadtvergleich durchschnittlich, weist jedoch die höchste Zuwachsrate auf. Damit kommt eine weitere Facette von Armut in die Diskussion, die durch die Armutsgefährdungsquote nicht abgebildet wird.
- ➔ Die Abnahme der Verbraucherinsolvenzen ist in Nürnberg im Großstadtvergleich geringer.

⁵⁹ <https://www.creditreform-nuernberg.de/aktuelles/wirtschaftsforschung/schuldneratlas-deutschland.html> (Abrufdatum: 16.01.2018)

→ (Aus)Bildung und Qualifizierung

Unter der Annahme, dass eine höhere Qualifikation mit der Einkommenshöhe korreliert, ist die Frage interessant, wie sich die Qualifikationsanforderungen in Nürnberg entwickelt haben. Im Juni 2017 zeigt sich für Nürnberg folgendes Bild:

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Qualifikationsanforderungen in Nürnberg (Juni 2017, Wohnortprinzip):

- ohne berufl. Ausbildungsabschluss: 14,8%
- mit anerkanntem Berufsabschluss: 52,4%
- mit akadem. Abschluss: 20,2%
- Ausbildung unbekannt: 12,5%

Nürnberg hat im Großstadtvergleich den drittgrößten Anteil Beschäftigter ohne beruflichen Ausbildungsabschluss und den viertniedrigsten Akademikeranteil unter den Beschäftigten. Interessant ist auch, dass der Akademikeranteil in Nürnberg von Ende 2013 bis Mitte 2017 im Vergleich der Großstädte leicht unterdurchschnittlich gewachsen ist (vgl. Anhang 13).

Ein Blick auf die Statistik der allgemeinbildenden Schulen zeigt, dass Nürnberg im Großstadtvergleich im letztverfügbaren Auswertungsjahr 2015 den niedrigsten Anteil an Schulabgängern mit Hochschulreife (31%) und den höchsten Anteil an Abgängern mit Haupt-/Mittelschulabschluss vorweist (22%). Bei den Schulabgängern ohne Haupt-/Mittelschulabschluss hat Nürnberg mit gut 7% im Vergleich der 15 Großstädte einen durchschnittlichen Anteil. Das formelle Bildungsniveau in Nürnberg liegt – beim Vergleich aller Abschlüsse – unter dem einiger anderer Großstädte. Weiter oben wurde deutlich, dass Personen mit niedrigem Qualifikationsniveau/ohne Schul- und/oder Ausbildungsabschluss besonders von (Einkommens)Armutsgefährdung betroffen sind. Allerdings muss auch diese Beobachtung differenziert betrachtet und vor dem Hintergrund des lokalen/regionalen Arbeitsmarktes eingeordnet werden. So weist München nach Nürnberg die zweitniedrigsten Anteile an Abgängern mit Hochschulreife (33%) und die zweithöchsten Anteile an Abgängern mit Haupt-/ Mittelschulabschluss auf (20%), obwohl München als die Großstadt mit der niedrigsten Armutsgefährdungsquote gilt (Anhang 14). Grundsätzlich ist beim Städtevergleich der Schulabschlüsse zu beachten, dass (Schul)Bildung Ländersache ist und somit auch Länderunterschiede zum Tragen kommen, die sich auch in interkommunale Vergleichsmöglichkeiten von Bildungsstatistiken niederschlagen. Kommunale Steuerungsmöglichkeiten sind hier begrenzt.

Sowohl Anhang 15, als auch in detaillierterer Ausführung der vierte Bildungsbericht der Stadt Nürnberg zeigen, dass in den letzten Jahren in Nürnberg das formelle Bildungsniveau zugenommen hat. So haben sich auf der einen Seite die Anteile der Abgänger/innen ohne Abschluss und mit Mittelschulabschluss verringert, die Anteile der Abgänger/innen mit mittleren Abschlüssen und der allgemeinen Hochschulreife dagegen erhöht.⁶⁰

Das Wichtigste zusammengefasst:

- Hohe formelle (Aus)Bildungsabschlüsse verringern die Wahrscheinlichkeit, von Armut betroffen zu sein.
- Nürnberg hat im Großstadtvergleich im Juni 2017 den drittgrößten Anteil Beschäftigter ohne beruflichen Ausbildungsabschluss (14,8%) und den viertniedrigsten Akademikeranteil (20,2%) unter den Beschäftigten.
- Das formelle Bildungsniveau in Nürnberg hat in den letzten Jahren spürbar zugenommen.

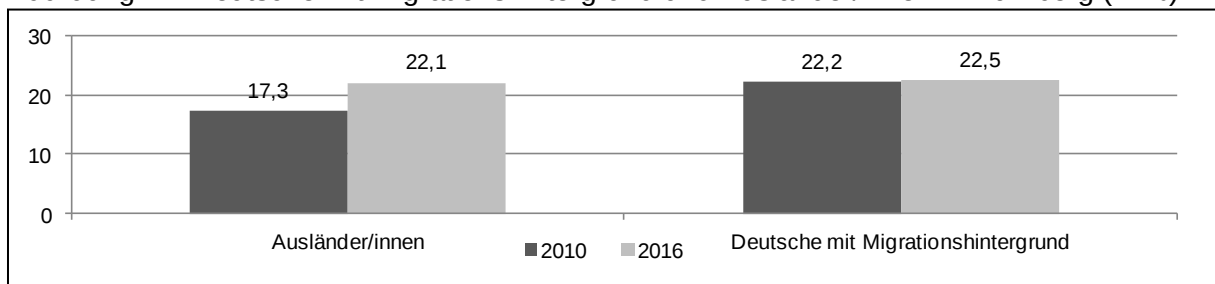
⁶⁰ Stadt Nürnberg, Bürgermeisteramt/Bildungsbüro 2017, S. 91f.

→ Soziodemografie

Nürnberg ist in den vergangenen Jahren – ähnlich wie andere Großstädte auch – stark gewachsen und wird aller Voraussicht nach auch in den kommenden Jahren weiter wachsen,⁶¹ allerdings hat sich die Zusammensetzung mit Blick auf die prozentuale Verteilung von Altersgruppen seit dem Jahr 2000 praktisch nicht geändert. Eine veränderte Altersstruktur ist somit (zunächst) kein wesentlicher Faktor für eine gestiegene Armutsgefährdung. Auch die Fluchtmigration der letzten Jahre kann den Anstieg der Armutsgefährdung bisher nicht wesentlich erklären. Zum einen laufen die Befragungen des Mikrozensus ganzjährig, die hohen Flüchtlingszahlen kamen jedoch erst in der zweiten Jahreshälfte 2015 auf, zum anderen sind Geflüchtete auf Grund Ihrer Wohnsituation zunächst noch im Mikrozensus unterrepräsentiert.⁶² In künftigen Erhebungen werden nach den Jahren 2015/2016 die Geflüchteten methodisch auch Teil Grundgesamtheit, aus der sich Zufallsstichprobe des Mikrozensus generiert. Ob die Armutsgefährdungsquote sich dann in die eine oder andere Richtung verändert, hängt vor allem von der Arbeitsmarktintegration der Geflüchteten ab.

Als eine besonders von Armut gefährdete Gruppe gelten auch Ausländerinnen und Ausländer und Menschen mit Migrationshintergrund. Richtig ist, dass Nürnberg hohe und zunehmende Anteile ausländischer Bevölkerung und Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund hat. Abbildung 12 zeigt für Nürnberg, dass der Anteil an Deutschen mit Migrationshintergrund praktisch stabil bleibt, während der Ausländeranteil zugenommen hat.

Abbildung 12: Deutsche mit Migrationshintergrund und Ausländer/innen in Nürnberg (in %)



Quelle: StA, Einwohnermelderegister, Migrationshintergrund über MigraPro; eigene Berechnung

Ausländeranteile und Migrationshintergrund können zweifellos die Entwicklung von Armutsgefährdungsquoten beeinflussen. Gleichwohl sind es weniger Staatsangehörigkeit und Herkunft an sich, sondern vielmehr Bildungs- und Ausbildungsniveaus, die eine erfolgreiche Integration in Beschäftigung ermöglichen. Dass dies in Nürnberg offenbar vielfach gelingt, zeigt die Beschäftigungsquote von Ausländerinnen und Ausländern, die im Juni 2016 mit 50,5% nicht allzu weit unter der der Nürnberger Gesamtbevölkerung in Höhe von 59,4% liegt. Außerdem weist Nürnberg im Vergleich der Jahre 2013-2016 (Juni d. J.) von 14 verglichenen Großstädten jeweils die zweihöchste Beschäftigungsquote von Ausländerinnen und Ausländern auf. Im Juni 2016 hat nur München mit 56,2% eine höhere Beschäftigungsquote von Ausländerinnen und Ausländern. Die geringste Quote weist Essen mit 26,8% auf, der Durchschnitt beträgt 39,6%.

Vielfach diskutiert wird auch der Einfluss der Zuwanderung aus den osteuropäischen EU-Staaten und deren Arbeitsmarktintegration. Hohe Zuzugszahlen sind vor allem aus Bulgarien und Rumänien zu verzeichnen. Ende 2016 lebten 10.449 EU-Bürger aus Rumänien und 4.178 aus Bulgarien in Nürnberg. Das entspricht für Rumänien einer prozentualen Zunahme in Höhe von +257% gegenüber 2010 und für Bulgarien um +239% gegenüber 2010.⁶³ Die Zuzüge schlagen sich durchaus auch im Leistungsbezug nieder. Allerdings ist zu beach-

⁶¹ Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth 2016, S. 26ff.; Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth 2017a

⁶² „Die Stichprobe des Mikrozensus berücksichtigt nur die wohnberechtigte Bevölkerung in Gebäuden mit Wohnraum. Wohnen Personen in provisorisch errichteten Bauten, umgewandelten Gewerbeflächen, Hotels, Turnhallen oder Ähnliches, hat dieser Personenkreis keine Chance im Mikrozensus befragt zu werden. Ein wesentlicher Teil der nach Deutschland eingewanderten Schutzsuchenden ist daher im Mikrozensus untererfasst. Die Untererfassung war bereits 2015 gegeben, sodass die Angaben zu der ausländ. Bevölkerung auch für 2015 ebenfalls schwierig zu interpretieren sind.“ Statistisches Bundesamt 2017, S. 11

⁶³ Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth 2017b

ten, dass es zum einen komplexe Voraussetzungen zum Leistungsanspruch nach SGB II oder SGB XII für EU-Ausländer gibt, nach denen EU-Bürger keineswegs „ohne Umwege“ leistungsberechtigt sind. Des Weiteren ist mit der *Annäherung* aus Anhang 15 zu beobachten, dass gerade Personen aus den EU-2-Staaten (Bulgarien und Rumänien) prozentual deutlich größere Zuwachsraten in sozialversicherungspflichtiger und auch geringfügiger Beschäftigung als in Arbeitslosigkeit und Regelleistungsbezug nach SGB II vorweisen.

Ein weiterer soziodemografischer Aspekt ist die Entwicklung von Haushaltstypen, wie er in Tabelle 1 dargestellt wird. Prinzipiell ist festzuhalten, dass die Haushaltszusammensetzung für das Zustandekommen der Armutsgefährdungsquoten ein zentraler Faktor ist. Hintergrund sind die veranschlagten Bedarfsgewichte der Haushaltsmitglieder gemäß der neuen OECD-Skala (vgl. Anhang 1.1). Eine Veränderung der Haushaltszusammensetzungen (Zahl und v. a. Alter der Haushaltsmitglieder) und der Bedarfsgewichte der Haushaltsmitglieder kann die Armutsgefährdungsquoten deutlich erhöhen oder auch deutlich verringern.⁶⁴

Tabelle 1: Entwicklung ausgewählter Haushaltstypen in Nürnberg (2009-2015)

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	Entw. 09-16 in %
Privathaushalte	260.548	262.394	266.609	274.592	277.598	279.056	282.496	280.088	+7%
Einpersonenhaushalte	126.077	127.858	131.090	137.573	139.765	140.621	143.104	139.913	+11%
Mehrpersonenhaushalte ohne Kind(er)	87.753	87.774	88.616	89.667	89.987	89.975	90.442	91.004	+4%
Mehrpersonenhaushalte - Paar mit Kind(er)	34.998	34.906	35.113	35.479	35.919	36.728	37.198	37.683	+8%
Alleinerziehende	11.720	11.856	11.790	11.873	11.927	11.732	11.752	11.488	-2%

Quelle: StA; eigene Berechnung

Tabelle 1 zeigt, dass die Zahl der Einpersonenhaushalte im Berichtszeitraum überproportional gewachsen ist. Zwar gehören Einpersonenhaushalte im Vergleich zunächst nicht zu den Haushaltsformen mit der größten Armutsgefährdung, allerdings handelt es sich auf Grundlage der WoHaus-Daten um die Haushaltsform mit den prozentual geringsten Einkommenszuwächsen in den letzten Jahren (Tabelle 2).

Tabelle 2: Durchschnittliches monatliches Nettoeinkommen je Haushalt in Nürnberg (in Euro)

Haushalte mit ... Personen	2009	2011	2015	Entwicklung 2009-2015 in %	Entwicklung 2011-2015 in %
Insgesamt	2.150	2.200	2.400	12%	9%
1	1.600	1.650	1.800	13%	9%
2	2.400	2.600	2.850	19%	10%
3	2.600	2.750	3.100	19%	13%
4	2.950	3.100	3.550	20%	15%
5 und mehr	2.750	2.800	3.200	16%	14%

Quelle: StA 2010, S. 71; StA 2016, S. 67; WoHaus, berechnet aus den Mitten der Einkommensklassen und gerundet auf 50 Euro; eigene Berechnung

Mit der Zunahme von Einpersonenhaushalten rückt eine neue Facette in die Diskussion über Ungleichheit, die zutiefst privater Entscheidungsgegenstand ist. So entscheiden in hohem Maße auch Familienstand und Partnerwahl – vor allem durch zunehmende „Bildungshomogenie“⁶⁵ – darüber wer reich wird bzw. arm bleibt.⁶⁶

Studierende werden in der Debatte gerne als eine Zielgruppe herausgegriffen, um die methodischen Probleme der Armutsgefährdung zu verdeutlichen. Studierende sind durchaus auch von einem höheren Armutsrisiko betroffen, wenngleich für diese Zielgruppe eine Armutsdiskussion unter anderen Vorzeichen zu führen ist, da sie unter der Annahme eines Studienabschlusses die besten Voraussetzungen für künftig überdurchschnittliche Einkommen haben und somit die Gefahr einer dauerhaften Armutsgefährdung vergleichsweise gering ist und Studierende sich vermutlich selbst vielfach gar nicht als armutsgefährdet verstehen würden. Außerdem – so die Kritik – werde ihre zahlenmäßige Bedeutung überschätzt.

⁶⁴ Siehe dazu auch die eingangs erwähnte Studie der Ruhr-Uni-Bochum (Garbuszus et al. 2018).

⁶⁵ Bildungshomogenie bezeichnet Eheschließungen bzw. Lebenspartnerschaft zwischen Partnern mit gleichem Bildungsniveau.

⁶⁶ Niejahr 2017, Engelhardt/Skopez 2016

Tabelle 3 zeigt, dass die Gruppe der Studierenden in Nürnberg in den letzten Jahren gestiegen ist. Der Anstieg vom Semester 2011/12 bis 2015/16 war besonders hoch. Zum Vergleich: die Gesamtbevölkerung ist von 2005 bis 2015 um 7% gewachsen und allein von 2011 bis 2015 um 5%. Die Zunahme um gut 5.000 Studierende von 2011/12 bis 2015/16, spielt zweifelsohne mit in eine Zunahme der Armutsgefährdungsquote hinein. Als alleinige bzw. wesentliche Erklärung scheint die Größenordnung jedoch nicht ausreichend. Zu beachten ist außerdem, dass es bei den Studierenden keine Auskunft zum Wohnort gibt, sondern Studierendenzahlen der jeweiligen Hochschulen sind. Insofern handelt es sich hier lediglich um eine Annäherung. Eine solche Annäherung weist ebenfalls darauf hin, dass der Studierendenanteil in Nürnberg trotz der starken Zuwächse im Großstadtvergleich nach wie vor gering ist (Anhang 16).

Tabelle 3: Entwicklung der Studierendenzahlen in Nürnberg

	2005/06	2011/12	2015/16	Entwicklung 05/06 - 15/16 (in %)	Entwicklung 11/12 - 15/16 (in %)	Entwicklung 05/06 - 15/16 (absolut)	Entwicklung 11/12 - 15/16 (absolut)
Fachhochschulen	8.987	11.183	14.257	59%	27%	5.270	3.074
Kunsthochschulen	624	663	692	11%	4%	68	29
FAU (Standort N.)	6.669	7.470	9.662	45%	29%	2.993	2.192
Studierende gesamt	16.280	19.316	24.611	51%	27%	8.331	5.295

Quelle: Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth 2016, S. 111 ff.; eigene Berechnung

Das Wichtigste zusammengefasst:

- ➔ Soziodemografische Entwicklungen können sich auf Armutsphänomene und Armutsgefährdung auswirken. Ein Bevölkerungswachstum an sich reicht nicht zur Erklärung.
- ➔ Unterschiedliche Bevölkerungsgruppen gelten als unterschiedlich gefährdet. So weisen vor allem Personen mit Migrationshintergrund bzw. Nicht-Deutsche ein überdurchschnittliches Armutsrisiko auf. Allerdings: Die Beschäftigungsquote von Ausländerinnen und Ausländern liegt im Juni 2016 mit ca. 51% nicht allzu weit unter der Beschäftigungsquote der Gesamtbevölkerung (59%). Außerdem weist Nürnberg nach München unter den Großstädten die zweithöchste Beschäftigungsquote auf. Damit ist jedoch noch nichts über die Art der Beschäftigung und die erzielten Löhne und Gehälter gesagt.
- ➔ Die Fluchtmigration kann die Zunahme der Armutsgefährdungsquoten seit 2013 aus methodischen Gründen nicht erklären, da die Geflüchteten in den jeweiligen Erhebungen (noch) nicht erreicht werden.
- ➔ Die Zusammensetzung und Entwicklung der Privathaushalte ist für das Zustandekommen von Armutsgefährdungsquoten von zentraler Bedeutung. Hintergrund sind die veranschlagten Bedarfsgewichte der Haushaltsmitglieder.
- ➔ Die Zahl der Einpersonenhaushalte ist überproportional gewachsen. Zwar gilt diese Gruppe bisher nicht als besonders gefährdet, allerdings sind die prozentualen Einkommenszuwächse dieser Gruppe unterdurchschnittlich.
- ➔ Die Zunahme um gut 5.000 Studierende von 2011/12 bis 2015/16, spielt mit in eine Zunahme der Armutsgefährdung hinein. Studierende sind i. d. R. von einem höheren rechnerischen Armutsrisiko betroffen, wenngleich eine Armutsdiskussion hier unter anderen Vorzeichen zu führen ist, da Studierende die besten Voraussetzungen für künftig überdurchschnittliche Einkommen haben. Als alleinige Erklärung reicht die Größenordnung jedoch nicht aus. Außerdem gibt es bei den Studierenden keine Auskunft zum Wohnort. Insofern handelt es sich hier lediglich um eine Annäherung.

3.3 Grundsätzliche Entwicklung: Verfestigung von Armut

An dieser Stelle soll ein Aspekt ausgeführt werden, zu dem zwar keine spezifischen Nürnberger Daten vorliegen, der jedoch in seiner grundsätzlichen Bedeutung auch für Nürnberg von Bedeutung ist. Dabei geht es um das Phänomen einer zunehmenden Verfestigung von Armut wie es Groh-Samberg/Hertel (2015) beschreiben und Prof. Groh-Samberg auch im Rahmen der 4. Nürnberger Armutskonferenz 2017 vorgetragen hat.⁶⁷

Mit Hilfe von Längsschnittanalysen des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) berücksichtigen die Forscher zwei Aspekte, um die Verfestigung von Armut abzubilden. Zum einen geht es um die Kumulation von materiellen Problemlagen und zum anderen um die Dauer von Armutsphasen. Dazu werden zum einen die Haushaltsnettoeinkommen betrachtet, sowie die Lebenslagendimensionen Arbeitslosigkeit, Wohnsituation und Verfügbarkeit finanzieller Rücklagen. Von „verfestigter Armut“ wird dann gesprochen, wenn die Betroffenen für fünf Jahre am Stück über geringe Einkommen verfügen und gleichzeitig in mindestens zwei der genannten Lebenslagendimensionen benachteiligt sind. Die zentralen Ergebnisse der Analyse sind folgende Punkte:

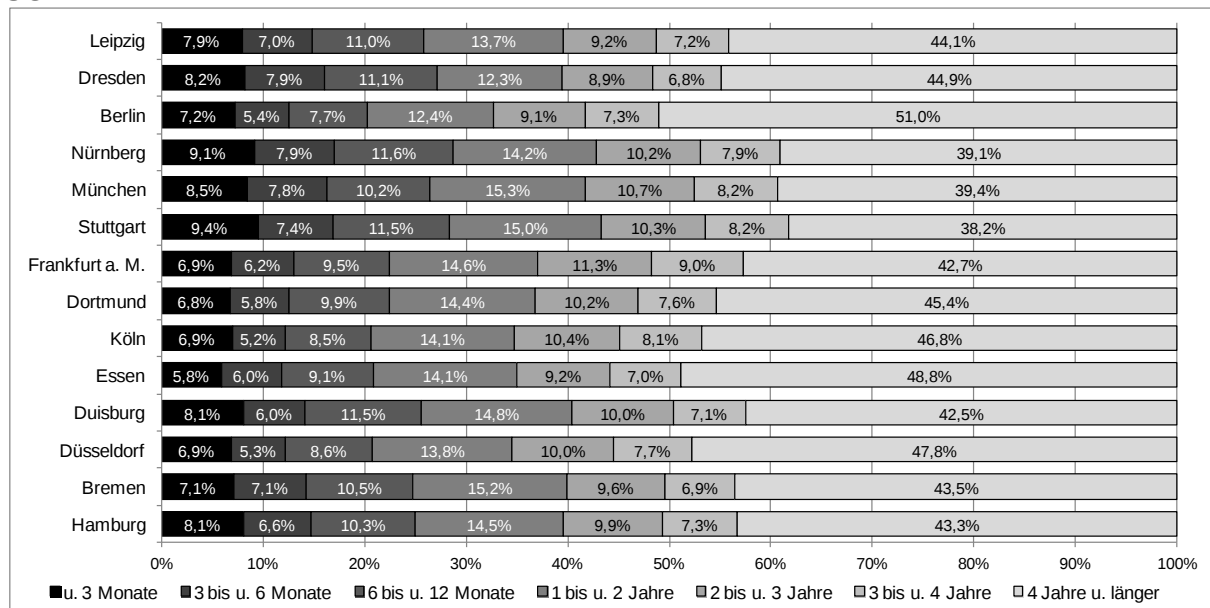
- Seit Ende der 1990er Jahre nimmt der Anteil der Personen, die sich mindestens fünf aufeinanderfolgende Jahre in verfestigter Armut befinden, kontinuierlich zu und beläuft sich in den letzten betrachteten Fünf-Jahres-Perioden in Westdeutschland auf 11% und in Ostdeutschland auf 15%.
- Die These, dass vorübergehende Armutsperioden zunehmen, kann nicht bestätigt werden.
- Die Zunahme des Anteils verfestigter Armut ist weniger durch Abstiege in verfestigte Armut zu erklären, sondern durch eine abnehmende Wahrscheinlichkeit aus verfestigter Armut herauszukommen, also durch weniger Aufstiege aus verfestigter Armut.
- Armut setzt sich in Biographien, Stadtteilen und Milieus fest.

Diese Erkenntnisse machen umso deutlicher, dass Armutsprävention frühzeitig ansetzen muss und dass Ausstiege aus dauerhafter Armut zunehmend schwer werden. Diese Erkenntnisse müssen bei der Weiterentwicklung von Maßnahmen berücksichtigt werden.

Einen Hinweis auf Ausstiegsschancen aus Armut in Nürnberg bieten Daten zum Bestand von Regelleistungsberechtigten nach der bisherigen Verweildauer im SGB II. Abbildung 13 zeigt, dass Nürnberg im Großstadtvergleich einerseits leicht überdurchschnittliche Anteile bei den Regelleistungsberechtigten mit einer bisher eher geringen Verweildauer von bis unter 6 Monaten vorweist. Unterdurchschnittlich, und nur von Stuttgart unterboten, sind die Bezugsdauern von 4 Jahren und mehr. Leicht überdurchschnittlich sind Verweildauern von 2 bis unter 4 Jahren. Setzt man die Abgänge von Regelleistungsberechtigten im SGB II im Dezember 2016 in Bezug zu den Bestandszahlen desselben Monats, so zeigt sich, dass in Nürnberg in den meisten dargestellten Verweildauern die Abgänge je 100 Personen im Bestand oberhalb der großstädtischen Durchschnittswerte angesiedelt sind und somit vergleichsweise hohe Abgangsdynamiken vorliegen (vgl. Anhang 17). Lediglich in der Kategorie „6 bis unter 12 Monate“ bewegt Nürnberg sich im Durchschnitt der Großstädte. Wenngleich Handlungsbedarf gerade bei Langzeitbeziehenden zweifellos besteht und bestehen bleibt, so verdichten sich mit diesen Zahlen die Hinweise, dass Nürnberg im Vergleich der Großstädte mit Blick auf Langzeitbezug durchaus solide Zahlen vorweist.

⁶⁷ https://www.nuernberg.de/imperia/md/sozialamt/dokumente/ako_2017_vortrag_groh-samberg.pdf (Abrufdatum: 24.01.2018)

Abbildung 13: Bestand Regelleistungsberechtigte Grundsicherung für Arbeitssuchende SGB II im Dezember 2016 (jeweils Anteile an Bestand gesamt) – nach Verweildauern im SGB II



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnung

Das Wichtigste zusammengefasst:

- ➔ Studien für Deutschland zeigen, dass seit Ende der 1990er Jahre der Anteil der Personen, die sich mindestens fünf aufeinanderfolgende Jahre in verfestigter Armut befinden kontinuierlich zunimmt. Er beläuft sich in der letzten betrachteten Fünf-Jahres-Periode in Westdeutschland auf 11% und in Ostdeutschland auf 15%.
- ➔ Die Zunahme des Anteils verfestigter Armut ist weniger durch Abstiege in verfestigte Armut zu erklären, sondern durch eine abnehmende Wahrscheinlichkeit aus verfestigter Armut herauszukommen, also durch weniger Aufstiege aus verfestigter Armut.

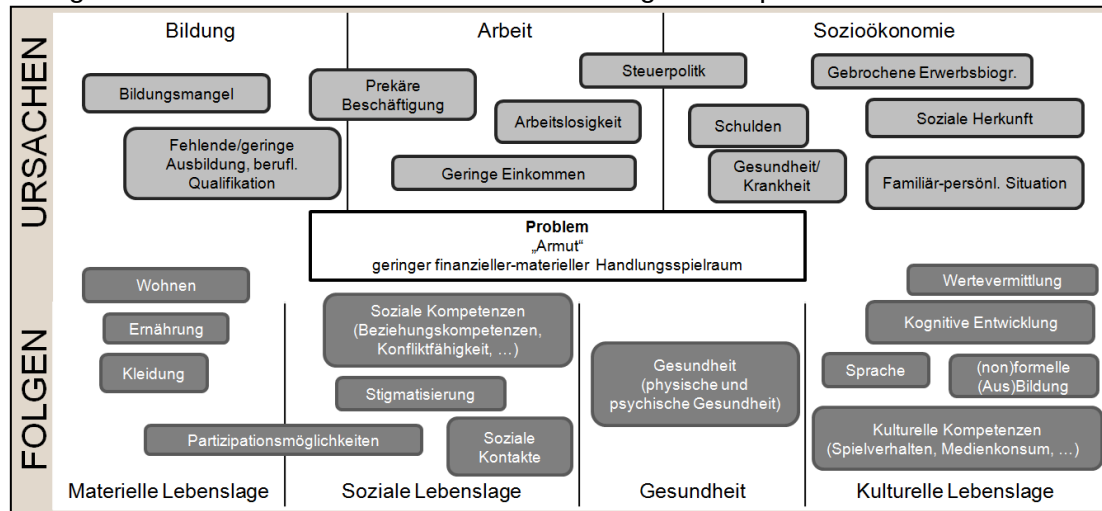
4 Armutsbekämpfung als kommunale Aufgabe

4.1 Kommunale Handlungsspielräume

Sowohl die möglichen Ursachen von Armut als auch die potenziellen Folgen sind vielfältig. Um zielgerichtet ansetzen und die kommunalen Handlungsspielräume bei Lösungsansätzen so gut wie möglich ausrichten zu können, ist zunächst eine Unterscheidung von Ursachenkomplexen auf der einen Seite und Folgewirkungen auf der anderen Seite nötig, wie sie schematisch in Abbildung 14 vorgenommen wird.

Im Mittelpunkt steht ein identifiziertes sozialpolitisches Problem, hier „Armut“ als ein geringer finanziell-materieller Handlungsspielraum. Ursachen für Armut können im Bereich Bildung, Arbeit und auch in sozioökonomischen Faktoren zu finden sein. Die Folgen von Armut können sich wiederum in unterschiedlichem Maße in verschiedenen Lebenslagen zeigen (materielle, soziale, gesundheitliche und kulturelle Lebenslage). Sowohl die Ursachen als auch die Folgen von Armut können wechselseitig zusammenhängen und sich mitunter gegenseitig verstärken. Des Weiteren handelt es sich nicht um deterministische Zusammenhänge. So sind Benachteiligungen der Teilhabe in den verschiedenen Lebenslagen auf Grund von Armut deutlich wahrscheinlicher, sie sind jedoch nicht zwingende Folge von Armut.

Abbildung 14: Schematischer Problem-Ursachen-Folgen-Komplex von Armut



Quelle: eigene Darstellung u. a. nach AWO 2012, Cremer 2016, Laubstein et al. 2016, Voges et al. 2003, Spannagel 2017

Um Probleme zu lösen, müssen Ursachen angegangen werden. Hier wird deutlich, dass es zahlreiche Ursachen gibt, bei denen die Kommune über wenig bis keine Handlungsspielräume verfügt. Zu nennen sind die Höhe der Markteinkommen, Umfang atypischer Beschäftigungsverhältnisse – abgesehen von den eigenen Möglichkeiten als Arbeitgeberin, private Überschuldungen, persönliche Krisen (z. B. Scheidungen), Krankheitsfälle (z. B. Unfälle), soziale Herkunft, Steuerpolitik oder eine Erhöhung der Regelsätze im SGB II und SGB XII. Allerdings gibt es durchaus Ursachen, bei denen es einen gewissen Spielraum der Kommune gibt, wie bspw. Bildung oder Qualifikation. Großen Handlungsspielraum hat die Kommune dahingegen bei der ebenfalls unverzichtbaren Bekämpfung von Armutsfolgen in Form von Benachteiligungen der Teilhabe in verschiedenen Lebenslagendimensionen. Die Kommune als die den Menschen nächste politische Ebene steht somit besonders in der Verantwortung Betroffenen Teilhabe zu ermöglichen und ihnen eine bessere Zukunft zu ermöglichen.

Die Kommune ...

- informiert umfassend über rechtliche Leistungsansprüche;
- schafft Teilhabeangebote, die nichts oder wenig kosten;
- bringt Angebotsinformationen zu den Betroffenen und den Akteuren Sozialer Arbeit;
- kümmert sich um die Vernetzung der Akteure;
- fördert deren Abstimmung;
- akquiriert und gibt Mittel für Projekte;
- unterstützt monetär, um Zugänge zu ermöglichen;

Das Wichtigste zusammengefasst:

- ➔ Nur wenige Ursachen für Armut liegen im kommunalen Handlungsspielraum. Dort wo die Kommune auf der ursächlichen Seite handeln kann (z. T. Bildung, Qualifikation), kann und soll das Engagement beibehalten und gefestigt werden.
- ➔ Großen Handlungsspielraum hat die Kommune bei der Bekämpfung von in Form von armutsbedingten Teilhabebenachteiligungen in verschiedenen Lebenslagen. Ermöglichung von Teilhabe ist kommunale Kernkompetenz, die auch wahrgenommen wird!
- ➔ Der Nürnberger Ansatz, Teilhabechancen zu erhöhen ist richtig (z. B. durch das Arbeitsprogramm gegen Kinderarmut, den Nürnberg-Pass und das Verfahren der BuT-Leistungen. Gleichwohl gibt es Potenziale, noch konsequenter zu agieren.
- ➔ Das Hauptaugenmerk soll nicht auf der Diskussion von Entwicklungen liegen, die außerhalb des kommunalen Einflussbereichs liegen (→ Einkommensentwicklung). Stattdessen muss es darum gehen, auch künftig den eigenen kommunalen Handlungsspielraum gezielt auszuschöpfen (→ Teilhabe in verschiedenen Lebenslagen).

4.2 Maßnahmen zur Armutsbekämpfung in Nürnberg

4.2.1 Zielgruppen

Eine Möglichkeit zur Identifikation von Handlungsansätzen zur Armutsbekämpfung ist die Herleitung anhand bestimmter, besonders betroffener Zielgruppen und deren Bedürfnisse.

→ Kinder und Jugendliche

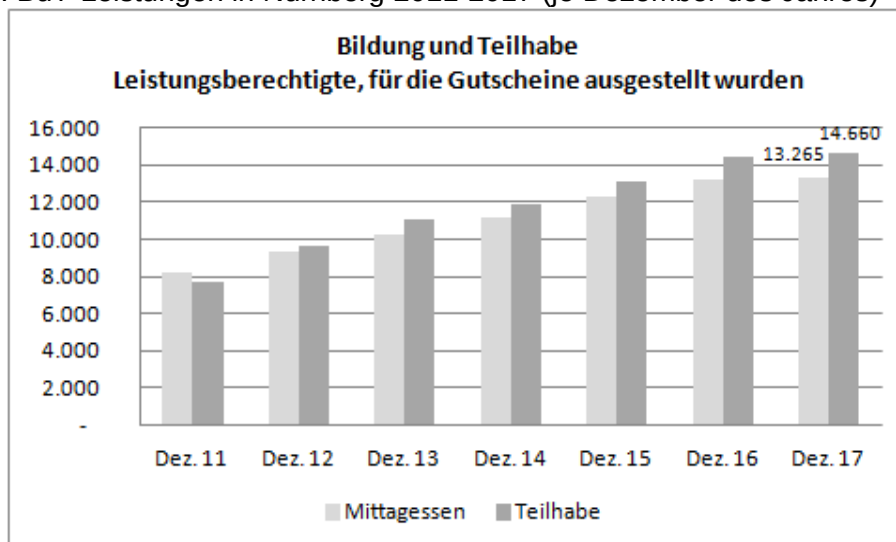
Es ist bekannt, dass Kinder und Jugendliche vom Armutsrisiko überproportional betroffen sind⁶⁸ und unter der Armutssituation in der Familie auch in besonderer Weise leiden. Insofern sind Maßnahmen, die geeignet sind, Armutsrisiko und Armutsfolgen bei Kindern und Jugendlichen zu mindern, im Rahmen der kommunalen Sozialpolitik von besonderer Priorität.

In der Stadt Nürnberg gibt es seit 2008 – und damit seit 10 Jahren – das Arbeitsprogramm gegen Kinderarmut, das innerhalb des Geschäftsbereichs des Referats für Jugend, Familie und Soziales vom Sozialamt entwickelt wurde und zu zahlreichen Maßnahmen, Aktivitäten und Schwerpunktsetzungen bei den für Kinder und Familien zuständigen Ämtern und bei den Wohlfahrtsverbänden geführt hat. Dieses Arbeitsprogramm als zentrales Maßnahmenpaket zur Unterstützung von Kindern und Jugendlichen wird aktuell neu aufgestellt bzw. weiterentwickelt. Es richtet sich naheliegender Weise in besonderem Maße auch – aber eben nicht nur an Kinder und Jugendliche aus leistungsbeziehenden Haushalten. Die Frage, ob und wie Zielgruppen stärker unterstützt werden können, die keine Leistungen beziehen, jedoch faktisch unter Armutsfolgen (z. B. in Form von Teilhabeeinschränkungen) leiden, ist grundsätzlich zu führen. Ein Bericht zur Weiterentwicklung des Arbeitsprogramms wird im Jugendhilfeausschuss im April 2018 vorgelegt werden. Daher wird an dieser Stelle nicht ausführlicher auf die Entwicklung von Kinderarmut eingegangen.

Als weiterer Handlungsansatz zugunsten von Kindern und Jugendlichen ist die Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets zu nennen. Es handelt sich zwar um eine Leistung, die vom Bund refinanziert wird, sehr entscheidend für die Wirkung des BuT-Pakets ist aber die Art und Weise der Umsetzung vor Ort. Hier hat sich die Stadt Nürnberg von Anfang an dafür entschieden, das Leistungspaket offensiv, niedrigschwellig und aus einer Hand anzubieten, mit dem Ziel, so vielen Kindern und Jugendlichen wie möglich die Hilfen einfach und unbürokratisch zur Verfügung zu stellen und Teilhabechancen zu ermöglichen. Die Reichweite der Leistungen aus dem BuT-Paket ist in Nürnberg im Vergleich mit anderen Städten in Bayern deutlich überdurchschnittlich, es werden über 80% der Leistungsberechtigten erreicht. Trotzdem sind weitere Aktionen zur Steigerung der Inanspruchnahme in Planung.

⁶⁸ Die SGB II-Hilfequote (leistungsberechtigte (LB) Kinder unter 18 Jahren je 100 Einwohner unter 18 Jahren) für die Altersgruppe der Kinder bis u. 18 Jahren beläuft sich in Nürnberg Ende 2016 auf 18,1%. Damit fallen die Hilfequoten für Kinder- und Jugendliche besonders hoch aus. Zum Vergleich: Der Anteil der Personen aller Altersgruppen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften an der Gesamtbevölkerung beläuft sich Ende 2016 auf 9,0%

Abbildung 15: BuT-Leistungen in Nürnberg 2011-2017 (je Dezember des Jahres)



Quelle: SHA

Zahlreiche Maßnahmen aus dem Leistungsspektrum des Jugendamtes haben Wirkungen, die auch und vor allem geeignet sind, Armut und deren Folgen zu bekämpfen. Frühkindliche Bildung ist ein wesentlicher erster Schritt, Chancengleichheit herzustellen und somit auch Armutsrisiken abzumildern. Weitere Beispiele sind die frühen Hilfen sowie zahlreiche weitere Aktivitäten der Kindertagesstätten und der offenen Jugendarbeit im Sinne einer „positiven Diskriminierung“. Die vielfältigen Ansatzpunkte und Handlungsspielräume auch und vor allem des Jugendamtes werden ausführlicher im Zuge des Berichts zur Weiterentwicklung des Arbeitsprogramms gegen Kinderarmut im Jugendhilfeausschuss im April 2018 thematisiert.

→ Alleinerziehende

Alleinerziehende gelten in den einschlägigen Studien regelmäßig als eine besonders armutsgefährdete Personengruppe. Tatsächlich kommen bei Alleinerziehenden nicht zwangsläufig, aber doch häufig mehrere Faktoren zusammen, die zu schwierigen Lebensumständen führen. Zu nennen sind niedrigere formelle Schul- oder Berufsabschlüsse, geringe Einkommen, krisenhafte Familienbiografien oder auch bedingt tragfähige persönliche Netzwerke.⁶⁹ Geringere Einkommen gehen dabei auch mit höheren Kostenbelastungen einher. Oft ist während der ersten Lebensjahre des Kindes oder der Kinder nur eine zeitlich eingeschränkte Berufstätigkeit möglich oder die Mutterschaft führt zum Abbruch einer Schul- oder Berufsausbildung. Nicht selten wählen alleinerziehende Mütter für eine bestimmte Zeit bewusst und freiwillig ein Leben im Hilfebezug, um ganz für die Kinder da sein zu können.

Die oben ausgeführten Analysen zeigen, dass die Stadt Nürnberg viel tut, um eine angespannte materielle Situation auch und gerade Alleinerziehender zu entlasten (Stichworte: Kita-Gebührenübernahme, BuT-Leistungen, Nürnberg-Pass), mit dem Ergebnis, dass Alleinerziehende bei Inanspruchnahme aller Leistungen durchaus Chancen haben, zumindest über der – an anderer Stelle errechneten und auf Konventionen beruhenden – monetären Armutsgefährdungsschwelle zu liegen. Dieser vermeintliche Widerspruch entsteht zum einen durch die entsprechend hohen SGB II-Bedarfe für die Kosten der Unterkunft in Nürnberg und zum anderen durch die vergleichsweise geringe Gewichtung der Kinder bei der Armutsgefährdungsquote. Damit ist jedoch noch nichts gesagt über Kostenbelastungen Alleinerziehender, über Qualifizierungschancen, angespannte Zeitbudgets und über Teilhabeeinschränkungen in weiteren Lebensbereichen (soziale, kulturelle, gesundheitliche Lebenslage). Hier sind auch weiterhin alle Anstrengungen geboten, Alleinerziehende zu unterstützen.

Für die Armutsprävention von Alleinerziehenden ist es wichtig, zum einen weiter die Vereinbarkeit von Kindererziehungszeit und Berufstätigkeit auf allen Ebenen zu fördern (Ausbau

⁶⁹ Vgl. Hammer 2017, S. 12

und bedarfsgerechte Öffnungszeiten von Kindertagesstätten, insbesondere Krippen und Horten, aber auch elterngerechte Arbeitszeiten), zum anderen flexible schulische und berufliche Ausbildungsangebote zu entwickeln und vorzuhalten, mit Kinderbetreuungsangeboten zu verschränken und Teilhabe – sowohl der Kinder wie der Elternteile – zu ermöglichen.

In diesem Bereich ist in Kooperation von Agentur und Jobcenter mit Leistungsanbietern wie der Noris Arbeit gGmbH in den letzten Jahren sehr viel geschehen. Angesichts der herausfordernden Alltagsbewältigung Alleinerziehender, die über rein monetäre Aspekte hinaus geht, bleibt es auch weiterhin eine vordringliche Aufgabe, sich um Alleinziehende zu kümmern.

Es sei auch darauf hingewiesen, dass der Begriff „Alleinerziehende“ selbst durchaus auch Gegenstand kontroverser Auseinandersetzungen ist. Im Kern geht es dabei um die Frage, ob Eltern nicht auch als alleinerziehend gelten (können), selbst wenn sie mit einem Partner/einer Partnerin zusammenleben. Entscheidender sei die Frage, wer sich um das Kind/die Kinder kümmere und nicht, wer noch mit im Haushalt lebe.⁷⁰ Auch an dieser Stelle ist somit ein differenzierter Blick geboten und es erscheint nicht ausreichend, errechnete Armutsgefährdungsquoten isoliert zu betrachten.

→ Kinderreiche Familien

Drei Kinder und mehr in einer Familie erhöhen das statistische Risiko, als Familie (zumindest in der Familienphase) von Armut bedroht oder betroffen zu sein. Wenn ein Elternteil zu Hause bleibt und der andere Elternteil nur durchschnittlich verdient führt das rechnerisch, aber auch im Familienalltag oft schon zu einer Armutssituation, die alleine vom Kindergeld nicht ausgeglichen wird. Wie bei den Alleinerziehenden gilt für Familien mit Kindern, dass die Stadt Nürnberg viel tut, um eine angespannte materielle Situation gerade von Familien zu entlasten (Stichworte: Kita-Gebührenübernahme, BuT-Leistungen, Nürnberg-Pass).

Auf kommunaler Ebene sind neben Anstrengungen materielle Problemlagen abzumildern ebenso alle familienunterstützenden Maßnahmen hilfreich, um den Armutsfolgen entgegenzuwirken. Konkrete Ansätze wie ein gut ausgebautes Tagesbetreuungssystem, aber auch sozialpolitische Projekte wie Kampagnen für eine kinderfreundliche Stadt und das Bündnis für Familie oder gut ausgebaute Beratungs- und Unterstützungsstrukturen (frühe Hilfen, Erziehungsberatung, Familienbildung, Elternkurse) und Angebote zur sozialen und kulturellen Teilhabe sind in Nürnberg Realität und werden weiter ausgebaut.

→ Langzeitarbeitslose

Auch wenn es seit 2010 gelungen ist, die Zahl der Langzeitarbeitslosen in Nürnberg zu senken (vgl. Abbildungen 5 und 6), ist ein Anteil von knapp 30 % an allen Arbeitslosen Anlass genug, weiterhin intensiv nachzudenken, wie dieser Gruppe geholfen werden kann. Dabei wird deutlich, dass die Kommune selbst im Rahmen des SGB II keine eigenen Stellschrauben hat (anders als zu früheren Zeiten, in denen das BSHG Maßnahmen zur Beschäftigung in kommunalen Programmen ermöglicht hat). Die Stadt Nürnberg fordert beharrlich vom Bund, in der Arbeitsverwaltung längerfristige und nachhaltige Beschäftigungsformen für Langzeitarbeitslose zu entwickeln, weil die Förderinstrumente, die das Jobcenter zur Verfügung hat, das in der Regel nicht können. Es bleibt abzuwarten, ob sich hier in nächster Zeit Änderungen ergeben.

→ Menschen mit Migrationshintergrund

Die höhere Armutsbetroffenheit von Menschen mit Migrationshintergrund ist eine in der Armutsforschung lang bekannte Tatsache (siehe auch Abschnitt 3.1). Sie ergibt sich aus einem häufig formell niedrigerem Bildungsniveau der Migrantengruppen, der daraus resultierenden weniger sicheren und weniger gut bezahlten Beschäftigung und der häufigeren Betroffenheit von Zeiten der Arbeitslosigkeit. Das schlechtere Bildungsniveau gilt nicht nur für die erste Generation von Zuwanderern, die ihre Bildung/Ausbildung noch im Herkunftsland absolviert haben, sondern auch für die zweite und teilweise noch für die dritte Generation, wie sich in den weiterführenden Schulen beobachten lässt.

⁷⁰ ebd.

Alle Maßnahmen, die die Bildungsteilhabe von Migrantenkindern fördern bzw. die Übergänge auf weiterführende Schulen und in die Berufsausbildung unterstützen, sind geeignet, den Zusammenhang zwischen Migrationshintergrund und Armutsbetroffenheit abzubauen. Auch der Ausbau der Jugendsozialarbeit an Schulen ist hier zu nennen, genauso wie Sprach- und Schülerförderung z.B. im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets.

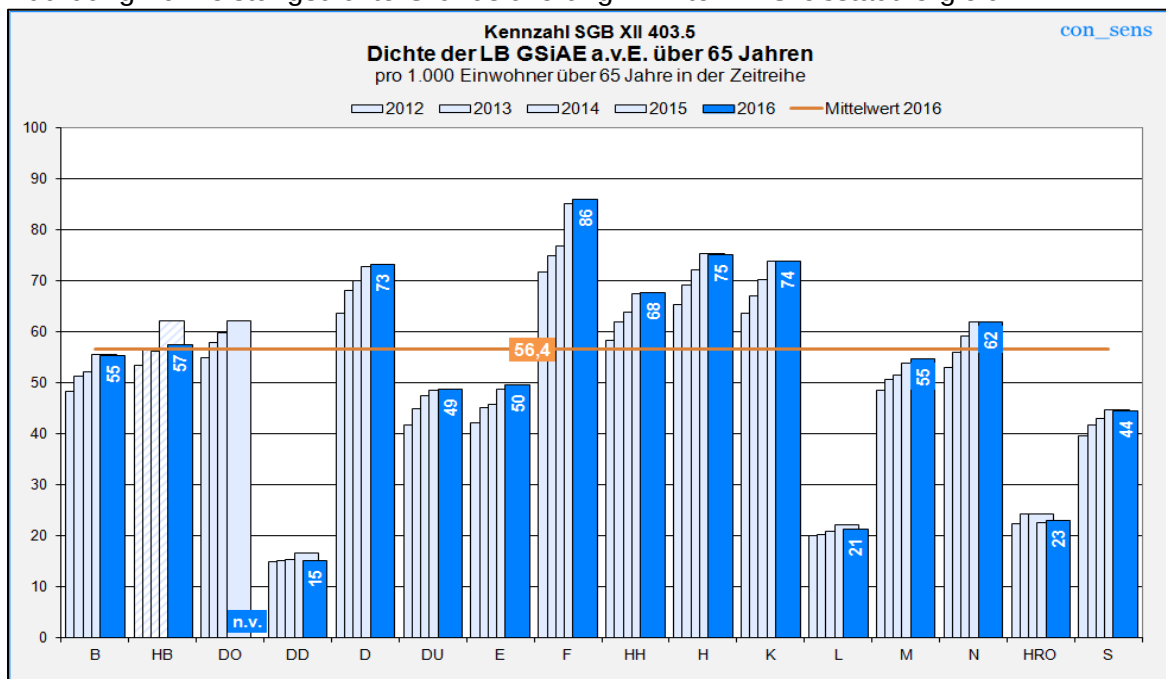
Eine weitere Zielgruppendifferenzierung ist somit auch hier erforderlich. So sind bei bereits länger in Nürnberg lebenden Menschen mit Migrationshintergrund andere Aktivitäten und Unterstützungsleistungen sinnvoll und nötig, als bspw. bei der EU-Zuwanderung der letzten Jahre oder auch der Fluchtmigration v. a. seit dem Jahr 2015. Gerade bei der letztgenannten Personengruppe muss es um frühzeitige Unterstützung bei Integrationsbemühungen gehen, um die Fehler vergangener Jahrzehnte nicht zu wiederholen.

→ Von Altersarmut Betroffene

In der Diskussion um Armut in Deutschland wird auch immer wieder die Entwicklung der Altersarmut angesprochen. Tatsächlich ist ein wichtiger Indikator für Altersarmut, die Zahl der Empfänger von Grundsicherung im Alter (Leistungen nach dem SGB XII, 4. Kapitel), die in den letzten zehn Jahren fast ohne Unterbrechung von Jahr zu Jahr angestiegen sind, mit Wachstumsraten von 4 bis 6 %. Aktuell sind 6.700 Personen über 65 Jahren im Bezug dieser Leistung (Stand Dezember 2017). Mit Blick auf die Leistungsdichte rangiert Nürnberg inzwischen etwas oberhalb des großstädtischen Mittelwerts (vgl. Abbildung 16).

Im Vergleich mit den SGB II-Empfängerzahlen ist Altersarmut derzeit, von speziellen Gruppen abgesehen, kein drängendes Problem. Der Problemdruck wird aber stetig wachsen. Dies hängt insbesondere mit vergangenen Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt zusammen und infolgedessen mit niedrigen Rentenanwartschaften. Besonders bedroht sind Personen mit diskontinuierlichen Erwerbsbiografien (v. a. Frauen), Geringqualifizierte, Alleinerziehende und Menschen mit Migrationshintergrund.

Abbildung 16: Leistungsdichte Grundsicherung im Alter im Großstadtvergleich



Quelle: con_sens 2017

Somit wird die Zahl der Menschen zunehmen, die sich keine auskömmliche Rente erarbeiten konnten, mit ihrer Rente deshalb unter der Armutsgrenze liegen und Anspruch auf ergänzende Leistungen nach dem vierten Kapitel des SGB XII haben.

Besonders betroffen sind hierbei auch Migranten, die in den letzten Jahren – z.B. aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion (Spätaussiedler und Kontingentflüchtlinge) – zugezogen sind und die aus dem Herkunftsland nur einen unzureichenden Rentenanspruch mitbringen und in Deutschland nicht mehr lange genug gearbeitet haben, um hier einen ausreichenden Anspruch zu erwerben. Der hohe Anteil an Hilfeempfängern mit Migrationshintergrund im 4. Kapitel des SGB XII verweist auf die besondere Problemlage dieser Gruppe.

Kommunen sind immer stärker mit den Folgen von Altersarmut konfrontiert, können aber die Einkommensarmut der Betroffenen nicht unmittelbar beeinflussen. Dennoch gibt es verschiedene Möglichkeiten, die Lebenssituation armutsgefährdeter älterer Menschen vor Ort zu verbessern. So sorgt eine differenzierte kommunale Sozial- und Seniorenpolitik für verstärkte Beratungs- und Unterstützungsangebote für ältere Menschen, die von Armut betroffen oder bedroht sind.

Mit dem Nürnberg-Pass existiert eine gute Möglichkeit, finanzielle Einschränkungen teilweise zu kompensieren. Ende 2017 verfügten 53.376 Personen über den Nürnberg-Pass, davon 6.295 Personen im Alter ab 65 Jahren. Das entspricht knapp 12% der Nürnberg-Pass-Inhaber/innen (Ende 2012 waren es noch 10%).

Stadtweite Angebote wie der sozialpädagogische Fachdienst, die Energieberatung, der ehrenamtliche Besuchsdienst, die Beratung zur Wohnanpassung sind auch und gerade für ältere Menschen mit wenig Geld ebenfalls interessant und hilfreich.

In Nürnberg wird darüber hinaus der Ansatz verfolgt, Teilhabe durch quartiersorientierte Angebote der Seniorenarbeit zu sichern. Die Nürnberger Seniorennetzwerke sind keine spezifischen Instrumente für die Armutsprävention oder für die Organisation von Angeboten für alte Menschen in Armut. Durch ihre Organisationsstruktur und Arbeitsweise stellen sie aber eine geeignete Methode dar, um insbesondere alte Menschen in schwierigen sozialen Lebenssituationen zu erreichen und gezielte Angebote umzusetzen. Kleinräumige quartiersorientierte Organisation, Trägervernetzung und trägerübergreifende Kommunikation erleichtern den Zugang zu alten Menschen in schwierigen sozialen Lagen, die aufgrund „verschämter Armut“ kaum in der Öffentlichkeit oder in öffentlichen Einrichtungen der Altenarbeit erscheinen. Durch Bündelung von Ressourcen unterschiedlicher Träger können günstige Angebote gestaltet werden. Die kleinräumige Organisation ermöglicht die gezielte Konzentration von Angeboten in Stadtteilen oder Wohnquartieren mit sozialen Brennpunkten und einem hohen Anteil von alten Menschen in Armut.

Das Wichtigste zusammengefasst:

- ➔ Das kommunale Engagement in Nürnberg zur Bekämpfung und Prävention von Armut ist vielseitig. Der Ansatz, gezielt die Teilhabechancen verschiedener Zielgruppen zu erhöhen, ist der Richtige.
- ➔ Das seit zehn Jahren etablierte und bundesweit beachtete Arbeitsprogramm gegen Kinderarmut wird aktuell weiterentwickelt.
- ➔ Zahl und Reichweite der Leistungen aus dem BuT-Paket haben sich in den letzten Jahren erhöht. Weitere Aktionen zur Steigerung der Inanspruchnahme sind geplant.
- ➔ Auch der Ausbau und eine „positive Diskriminierung“ von Regelstrukturen (z. B. Kindertagesstätten, offene Jugendarbeit etc.) – im Sinne einer gezielten Ausstattung von Einrichtungen in besonders betroffenen Stadtteilen – sind geeignet, vor allem betroffene Familien und Kinder zu unterstützen.
- ➔ Es gibt vielfältige und bewährte Beratungsangebote, die jedoch mit Blick auf Wirkungen und Strukturen kontinuierlich zu reflektieren sind.
- ➔ Armutsphänomene bei älteren Menschen werden zunehmen. Bereits jetzt rangiert die Nürnberger Leistungsdichte der Empfänger/innen von Grundsicherung im Alter leicht über dem Durchschnitt der Großstädte. Stadtweite Angebote wie der Nürnberg-Pass, der sozialpädagogische Fachdienst, Energieberatung, Besuchsdienste oder Beratung

zur Wohnungsanpassung sind auch und gerade für betroffene Ältere interessant. Teilhabe soll durch quartiersorientierte Angebote der Seniorenarbeit gesichert werden.

- ➔ Eine kritische Reflexion soll sich auch auf die Fragen beziehen, ob und wie Zielgruppen stärker unterstützt werden können, die keine Leistungen beziehen, jedoch faktisch unter Armutsfolgen (z. B. in Form von Teilhabeeinschränkungen) leiden. Das Arbeitsprogramm gegen Kinderarmut ist ein Positivbeispiel für einen solchen Ansatz, da es sich nicht ausschließlich auf Leistungsberechtigte bezieht.

4.2.2 Handlungsfelder und -ansätze

Eine andere Möglichkeit, Maßnahmen zur Armutsprävention und –bekämpfung zu generieren und zu verorten, ist eine Gliederung nach Handlungsfeldern, auch nach politischen Handlungsfeldern (Ressorts) und nach methodischen Ansätzen. Solche „Handlungsfelder“ sind dabei Bereiche, bei denen es durchaus besonders häufig, aber eben nicht ausschließlich um die Unterstützung armutsgefährdeter Personen geht. Wenn das so ist, dann ist in den skizzierten Feldern auch eine *Armutssensibilisierung* der beteiligten Organisationen und Akteure eine Daueraufgabe. Einige besonders relevante Felder sollen kurz skizziert werden:

➔ Bildung

Die Zuständigkeiten für Bildung sind in unserer Stadt auf verschiedene kommunale und staatliche Stellen verteilt. Für die frühkindliche Bildung in Krippe und Kindergarten ist es das Referat für Jugend, Familie und Soziales/Jugendamt im Verbund mit den freien Trägern. Für die Grund- und Mittelschulen sowie einen Teil der weiterführenden Schulen das Bayerische Kultusministerium. Für die städtischen weiterführenden Schulen und die beruflichen Schulen die Stadt Nürnberg, Geschäftsbereich des 3. BM. Für die Hochschulen wieder das Kultusministerium. Dazu kommen private und konfessionelle Schul- und Hochschulträger und für die Erwachsenenbildung der Bildungscampus und die Träger der beruflichen Weiterbildung.

Die Bedeutung der Bildung für die Armutsprävention und –bekämpfung ist unbestritten. Bildung ist sowohl auf der Ursachenseite für Armutsrisiken zu sehen, als auch in Form mangelnder Bildungschancen eine potenzielle Folge von Armutslagen (vgl. Abbildung 14). Gute (Aus)Bildung ermöglicht eine erfolgreiche und stabile Berufsbiographie, die der beste Schutz vor Armut ist. Alle Maßnahmen, die geeignet sind, Bildungserfolge zu sichern und weiter zu verbreiten, sind gewissermaßen der Königsweg in Sachen Armutsprävention.

Die Ansatzpunkte sind zahlreich. Sie beginnen bei der Qualitätssicherung und -verbesserung in Krippe und Kindergarten, gehen über die Koordination durch das Bildungsbüro bis hin zum Ausbau des Hochschulstandorts Nürnberg, um nur einige zu nennen. Auch der quantitative und qualitative Kita-Ausbau in Nürnberg sind in diesem Zusammenhang zu nennen.

➔ Wohnen

Wohnen und Wohnraum ist für die Nürnberger Bevölkerung ein zentrales Thema. Das Auffinden von erschwinglichem Wohnraum ist seit Jahren schwieriger geworden. Es wurde deutlich, dass die Kosten für das Wohnen einen Faktor der Armutsgefährdung darstellen, weil hohe und steigende Wohnungskosten einen wachsenden Teil des Nettoeinkommens abschöpfen und so der finanzielle Spielraum mehr und mehr eingeengt wird (Kap. 2.1).

Die Versorgung mit Wohnraum ist in der Stadt Nürnberg eine zentrale politische Herausforderung, das gilt noch mehr für die Versorgung des „ärmeren Teils“ der Nürnberger Bevölkerung mit erschwinglichem Wohnraum. Die Lösung des Problems wird in den nächsten Jahren das Referat für Jugend, Familie und Soziales und das Sozialamt stark beschäftigen, wobei deutlich gemacht werden muss, dass Lösungen nur im Zusammenwirken mehrerer Ressorts (Wohnen und Wirtschaft, Stadtentwicklung und Bau) und in Kooperation mit der Wohnungswirtschaft oder auch neuen Akteuren in dem Handlungsfeld erreicht werden können.

Im Geschäftsbereich Ref. V werden derzeit verschiedene Konzepte verfolgt, zur Versorgung von obdachlosen Haushalten, zur Akquise und Vermittlung von Wohnraum für Flüchtlinge, aber auch in Kooperation mit Ref. VII zur Aktivierung von Potenzialen in der Fläche und auf dem Markt, damit neue Wohnmöglichkeiten auch im preiswerten Sektor geschaffen werden. Das Ausweisen von 30 % öffentlich geförderten Wohnungen in neuen Wohnungsbauprojekten ist ein wichtiger und erprobter Baustein in diesem Handlungsfeld.

→ Kommunale Wirtschaftsförderung

Wie unter 3.1 dargestellt, sind kommunale Möglichkeiten, in das Wirtschaftsgeschehen einzugreifen bzw. Einfluss auszuüben, eher gering. Lohn- und Gehaltsgefüge, konjunkturelle Lage, aber auch Entscheidungen in den Unternehmenszentralen sind aus kommunaler Sicht externe Faktoren und setzen den Rahmen, innerhalb dessen die Kommune sich bewegt.

Dieser Bericht beschreibt Armutsgefährdung in Nürnberg und die Möglichkeiten, darauf zu reagieren, aus der Sicht der kommunalen Sozialpolitik und Sozialverwaltung. Dennoch soll hier der Hinweis auf kommunale Wirtschaftsförderung nicht fehlen. Eine erfolgreiche Standortpolitik, die Ansiedlung stabiler und vor allem auch beschäftigungs- und arbeitskraftintensiver Unternehmen, eine Nachfrage aus der Wirtschaft nach ganz unterschiedlich qualifiziertem Personal sind ganz sicher Faktoren, die Armut bekämpfen. Nur dort, wo hochqualifizierte Arbeitsplätze angeboten werden, können sie auch nachgefragt werden. Gleichsam bleibt auch ein gewisses Angebot weniger qualifizierter Arbeitsplätze durchaus wünschenswert, um Menschen mit geringerer formeller Bildung berufliche Perspektiven bieten zu können.

Aufgrund der Analyse der Armutsbetroffenheit in diesem Papier kann man davon ausgehen, dass eine gute Mischung der Branchen und des benötigten Qualifikationsniveaus des Personals in Nürnberg wichtig ist.

→ Arbeitsmarktintegration

Die Vergangenheit hat gezeigt, dass Maßnahmen im Bereich der Arbeitsmarktintegration und auch die Planung dieses Handlungsfelds auf kommunaler Ebene immer dann besonders erfolgreich verlaufen, wenn sie im Rahmen von Kooperationen städtischer Dienststellen mit dem Jobcenter und der Agentur erfolgen. Auch der Einbezug der Noris Arbeit gGmbH hat sich bewährt, z. B. bei den Maßnahmen zur beruflichen Integration von Flüchtlingen.

Es ist sehr wichtig, dass diese Kooperationen fortgeführt und ausgebaut werden und dass die Schnittstellen zwischen den städtischen Ämtern und Jobcenter und Agentur für Arbeit „gepflegt“ und weiter verbessert werden.

→ Sozialräumlicher Ansatz

Die dargestellten Befunde und Ansätze beziehen sich schwerpunktmäßig auf die Gesamtstadt. Armutslagen unterscheiden sich jedoch nicht nur nach Bevölkerungsgruppen, sondern auch nach Sozialräumen („sozialräumliche Armutsschere“). Armut wird vor allem vor Ort, in der Nachbarschaft, im Quartier erlebt.

„In [...] benachteiligten Stadtgebieten gehören häufig Arbeitslosigkeit und materielle Not zum Alltag. Dabei machen die Bewohner die Erfahrung, dass nicht nur sie, sondern auch ihre Nachbarn und die anderen Bewohner des Quartiers betroffen sind. Transferleistungen sind selbstverständlich und Sozialhilfekarrieren nicht unüblich. Wenn sich Armut, Arbeitslosigkeit und ein niedriges Bildungsniveau konzentrieren, hat dies negative Folgen für die Bewohner dieser benachteiligten Quartiere in den verschiedenen Lebenslagen und -phasen.“⁷¹

Auch in Nürnberg gibt es bekannterweise deutliche Unterschiede zwischen verschiedenen Stadtteilen, wie es bspw. durch die kürzlich vom Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth aktualisierten Sozialraumtypen deutlich wird (vgl. Anhang 18). Es gibt die eher reicheren Stadtteile in lockerer Bebauung und mit Kindern mit guten Bildungsab-

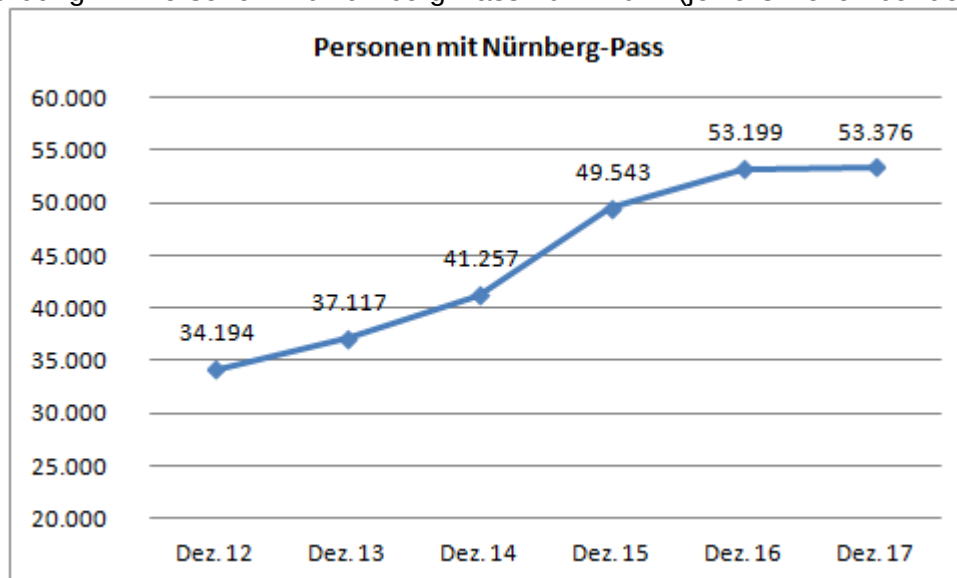
⁷¹ FSA 2017, S. 15

schließen und es gibt die eher ärmeren Stadtteile, oft hochverdichtet und Kindern mit nur geringen Bildungsabschlüssen. Die Erkenntnis einer sozialräumlichen Dimension von Armut und Benachteiligung ist in Nürnberg nicht neu; sozialraumorientierte Arbeit hat in Nürnberg eine gute Tradition. Für verschiedene andere Aufgaben haben sich sozialräumliche Ansätze, die sich auf ein Stadtquartier beziehen, sehr bewährt – für Stadtteilentwicklung, Stadterneuerung, Entwicklung von Ressourcen und Standards für Kinder, Jugendliche und Familien, räumliche Planung u.v.m. Ein besonders prägnantes Beispiel sind die fünf Stadtteile der Stadtteilkoordination. Es ist kein Zufall, dass die Stadtteilkordinationen in Stadtteilen mit vergleichsweise auffälligen Armutslagen aktiv sind. Stadtteilkoordination ist auch und vor allem Armutsprävention und Armutsbekämpfung. Sozialräumliche Ansätze sollen auch künftig in der Armutsbekämpfung und -prävention Berücksichtigung finden.

→ Vergünstigungen im Alltag – Soziale und kulturelle Teilhabe ermöglichen

Der Nürnberg-Pass ist eine Marke im Alltag der Nürnberger Stadtgesellschaft, einer der ältesten „Sozialpässe“ in der Republik und ein herausragendes Beispiel für die kommunale Kernkompetenz in Sachen Armutsbekämpfung: nämlich der Ermöglichung von Teilhabe! Er ermöglicht seinen Besitzern eine ganze Reihe von Vergünstigungen im Alltag, v.a. bei Eintrittspreisen (Bäder, Theater, Museen, Konzerte) und – das ist die wichtigste Vergünstigung aus der Sicht der Nutzer – das Nürnberg-Pass-Monatsticket zum Preis von 31,70 Euro mit Ausschlusszeiten von 6:00 bis 8:00 Uhr. Auch wenn der Nürnberg-Pass keinen Haushalt aus der Armut befreit, ist er doch ein starkes Signal der Stadt, dass auch ganz handfeste, unmittelbar spürbare Hilfen organisiert werden und dass die Betroffenen nicht ignoriert werden und am gesellschaftlichen Leben teilhaben sollen. Das Instrument Nürnberg-Pass soll weiter beibehalten und hinsichtlich der Leistungen ausgebaut werden.

Abbildung 17: Personen mit Nürnberg-Pass 2012-2017 (jeweils Dezember des Jahres)



Quelle: SHA

Zu nennen ist auch das „KulturTicketNürnberg“, das im Jahr 2015 auf Initiative des Kulturreferats, des Referats für Jugend, Familie und Soziales der Stadt Nürnberg, der Staatstheaters Nürnberg und der Bürgerstiftung Nürnberg ins Leben gerufen wurde. Im Rahmen des Projekts vermittelt die Bürgerstiftung Nürnberg Restkarten kultureller Veranstaltungen an Inhaberinnen und Inhaber des Nürnberg-Passes.

→ EnergieSchuldenPrävention (ESP)

Das Sozialamt der Stadt Nürnberg bietet mit der EnergieSchuldenPrävention ein kostenloses Angebot für Empfängerinnen und Empfänger von Sozialleistungen und Geringverdienern. Die durch eine Begleitforschung ermittelten Einsparpotenziale liegen sowohl bei Strom- als auch Heizkosten bei durchschnittlich jeweils 130 € pro Jahr und Haushalt.

Das Wichtigste zusammengefasst:

- ➔ Auch in einer Systematisierung nach Handlungsfeldern wird deutlich, dass die Stadt Nürnberg zur Armutsprävention und Armutsbekämpfung viel tut.
- ➔ Zu nennen sind aus dem Geschäftsbereich Ref. V heraus unter anderem:
 - frühkindliche Bildung: quantitativer und qualitativer Ausbau der Kindertagesstätten
 - Konzepte zur Versorgung von obdachlosen Haushalten, zur Akquise und Vermittlung von Wohnraum für Geflüchtete, aber auch in Kooperation mit Ref. VII zur Aktivierung von Potenzialen in der Fläche und auf dem Markt, damit neue Wohnmöglichkeiten auch im preiswerten Sektor geschaffen werden.
 - Das Ausweisen von 30 % öffentlich geförderten Wohnungen in neuen Wohnungsbauprojekten.
 - Kooperationen im Bereich Arbeitsmarktintegration zwischen Bundesagentur für Arbeit, JobCenter und Noris Arbeit gGmbH
 - Sozialraumorientierte Arbeit: u. a. Stadtteilkoordination und Seniorenentzwerke
 - Ermöglichung sozialer und kultureller Teilhabe, vor allem durch den Nürnberg-Pass
 - EnergieSchuldenPrävention

5 Zusammenfassung – in Form häufig gestellter Fragen

Wie kann die Entwicklung der Armutsgefährdung alles in allem auf den Punkt gebracht werden?

- ➔ Wenn Ende 2016 gut 60.500 Nürnbergerinnen und Nürnberger Leistungen beziehen,⁷² dann gibt es allein vor dem Hintergrund dieser Zahl weiterhin und ohne Zweifel großen Handlungsbedarf!
- ➔ Unterdurchschnittliche und sinkende Transferleistungsdichten lassen jedoch – anders als die Entwicklung der Armutsgefährdungsquote suggeriert – nicht den Schluss zu, dass die Armut in Nürnberg im Großstadtvergleich besonders hoch ist und überdurchschnittlich steigt.
- ➔ Ein Anstieg der sogenannten *Armutsgefährdungsquote* verweist nicht auf einen vermeintlichen Anstieg der Armut, sondern auf eine gestiegene Einkommensungleichheit und ggf. eine unterdurchschnittliche Einkommensentwicklung. Diese kann gepaart mit einer ungünstigen Kostentwicklung zweifelsohne problematisch sein – doch Kostenbelastungen werden durch Armutsgefährdungsquoten nicht abgebildet.
- ➔ Armut ist ein vielschichtiges Phänomen und sollte daher auch differenziert dargestellt werden. Ein Blick nur auf die Armutsgefährdungsquote wird dem nicht gerecht. Ebenso verstellen einseitig vermittelte Bilder von Armut den Blick für die unterschiedlichen Dimensionen und ihre Vielschichtigkeit.
- ➔ Der kommunale Handlungsspielraum bei der Bekämpfung von Armutsursachen ist beschränkt. Kommunale Kernkompetenz ist die Bekämpfung von Armutsfolgen und die Ermöglichung von Teilhabe.

Wie ist die Armutsgefährdungsquote einzuordnen?

- ➔ Armut ist *ein* Ausdruck sozialer Ungleichheit.
- ➔ Wenn in modernen Gesellschaften von Armut die Rede ist, dann liegt dem ein relativer Armutsbegriff zu Grunde. Das bedeutet, dass Armut im Sinne eines solchen relativen Verständnisses nicht verschwindet, sondern sich verändert. Nur bei völliger Einkommensgleichheit würde es keine Armutsgefährdung geben. Daraus folgt, dass es den Betroffenen bei steigenden Armutsgefährdungsquoten *finanziell* nicht zwingend schlechter gehen muss. So steigen etwa die Beträge der Armutsgefährdungsschwellen von Jahr zu Jahr. Lag die Schwelle für einen Einpersonenhaushalt im Jahr 2016 bei einem Betrag von 969 Euro, so waren es beispielsweise 2015 noch 942 und 2012 noch 870 Euro (jeweils nach Daten des Mikrozensus).
- ➔ Armut ist mehrdimensional und geht über monetären Mangel hinaus.
- ➔ Die öffentliche Diskussion ist häufig lediglich auf einen Ausschnitt von Armut beschränkt, nämlich der Entwicklung von Einkommensarmut.
- ➔ Das Konzept zur Armutsmessung gibt es nicht. Alle Konzepte haben Vor- und Nachteile.
- ➔ Die Armutsgefährdungsquote misst nicht Armut, sondern Einkommensungleichheit.
- ➔ Die Einkommensungleichheit in Nürnberg ist – gemessen am gesamtdeutschen Durchschnittseinkommen – hoch. Demnach gelten laut Mikrozensus im Jahr 2016 23% der Nürnberger Bevölkerung als „armutsgefährdet“. D. h. 23% verfügen über weniger als 60% des mittleren Einkommens auf Bundesebene. Gemessen am Nürnberger Durchschnittseinkommen ist die Ungleichheit geringer (2016 = 19%). Für einen Einpersonen-

⁷² Berücksichtigt werden SGB II - Leistungen (hier: Regelleistungsberechtigte), Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII, laufende Hilfen zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen nach dem SGB XII und Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

haushalt beläuft sich die Armutsgefährdungsschwelle laut Mikrozensus 2016 auf 969 Euro. Für einen vierköpfigen Haushalt (Paar mit zwei Kindern unter 14 Jahren) auf 2.035 Euro.

- ➔ Zahlreiche armutsrelevante Phänomene (z. B. Schulden, Vermögen, Kostenentwicklung, Teilhabe, ...) werden durch die Armutsgefährdungsquote nicht abgebildet. Sie muss somit in der Diskussion zumindest um weitere Daten ergänzt werden.
- ➔ Ein wichtiger Faktor in der Diskussion um Kostenbelastungen ist auch in Nürnberg das Thema Wohnen. Verfügbare Daten weisen auf folgende Punkte hin:
 - Der mittlere Mietpreis ist in Nürnberg auf Durchschnittsniveau der Großstädte, jedoch mit einer überdurchschnittlichen prozentualen Zunahme in den letzten Jahren.
 - Die Kaufpreise für Immobilien sind nahe am großstädtischen Durchschnitt mit einer leicht unterdurchschnittlichen Zunahme. Überdurchschnittlich ist jedoch die Entwicklung der Kaufwerte für baureifes Land.
 - Die prozentuale Zunahme der Belastung des Einkommens durch Wohnkosten war von 2014 bis 2017 in Nürnberg überdurchschnittlich. Ein gutes Fünftel des Einkommens muss in Nürnberg für Wohnzwecke aufgebracht werden.
- ➔ Es handelt sich um eine monetäre Perspektive. Nicht-monetäre Problemlagen werden nicht abgebildet. Wären monetäre Probleme von heute auf morgen gelöst, dann wären nicht-monetäre Folgen von Armut – nämlich mangelnde Teilhabe, Bildungschancen, Stigmatisierungen etc. – nicht auf Anhieb gleichermaßen gelöst.
- ➔ Die Armutsgefährdungsquote basiert auf Haushaltsbefragungen. Die Nutzbarkeit auf der kommunalen Ebene gilt in der Literatur als eingeschränkt.
- ➔ Für die kommunale Beobachtung von Armutslagen gelten in der Literatur andere Indikatoren wie Transferleistungsdichte und Mindestsicherungsquote als geeigneter.

Wenn die Armutsgefährdungsquote eigentlich ein „Einkommensungleichheitsmaß“ ist, wie kann die Entwicklung erklärt werden?

- ➔ Nürnberg liegt im Großstadtvergleich zwar im Mittelfeld der Einkommensentwicklung, allerdings mit einer unterdurchschnittlichen Zunahme in den letzten Jahren, was sich auf die Entwicklung von Armutsgefährdungsquoten – v. a. gemessen am Bundesmedian – auswirken kann.
- ➔ Die Arbeitsmarktdaten in Nürnberg entwickeln sich in den letzten Jahren positiv – auch im Großstadtvergleich. Sowohl Arbeitslosen-, Unterbeschäftigungs- und anteilige Langzeitarbeitslosenquote als auch der Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen sind abnehmend und im Vergleich gering. Die Beschäftigungsquote ist hoch und steigt.
- ➔ Der Beschäftigungszuwachs der letzten Jahre ist vor allem auf eine Zunahme an Teilzeitbeschäftigung zurückzuführen.
- ➔ Teilzeitbeschäftigung führt zu geringeren Einkommen und kann die Höhe von Armutsgefährdungsquoten beeinflussen. Es liegen jedoch nur unzureichende Daten zur Frage des tatsächlichen Beschäftigungsumfangs vor und dazu, ob und inwiefern der Teilzeitumfang gewollt/nicht gewollt ist.
- ➔ Die ausschließlich geringfügige Beschäftigung hat in Nürnberg von Juni 2014 bis Juni 2017 um -7,3% Prozent abgenommen. Die Anteile Erwerbstätiger mit befristeten Arbeitsverträgen haben von 2013 bis 2016 von 10% auf knapp 7% abgenommen (2010 waren es noch ca. 13%). Diese beiden Indikatoren atypischer Beschäftigung bieten weiterhin Anlass kritisch zu diskutieren, wie weitere Verbesserungen erreicht werden können. Die Entwicklung der Daten weist hier jedoch nicht auf eine unmittelbare Erklärung für eine gestiegene Armutsgefährdung hin.

- ➔ Im Juni 2017 wurden für Nürnberg laut Bundesagentur für Arbeit ca. 15.300 Personen im Bereich Arbeitnehmerüberlassung gezählt. Zwar spricht durchaus etwas dafür, dass eine Zunahme der Arbeitnehmerüberlassung sich auch auf die Entwicklung von Löhnen und Gehältern auswirkt, allerdings zählt in der Statistik der Firmensitz des Unternehmens und nicht der Einsatz-/Wohnort des überlassenen Arbeitnehmers. Insofern kann dieser Indikator für atypische Beschäftigung für die Stadt Nürnberg nur eingeschränkt interpretiert werden, auch wenn ein gewisser Einfluss plausibel ist.
- ➔ Eine These lautet, dass die Komplexität von Erwerbsarbeit durch Arbeitsmarktstatistiken zunehmend nicht mehr erfasst wird. Dies gilt u. a. für Phänomene wie Scheinselbstständigkeit, Schwarzarbeit, crowd-work, digitale Tageslöhner und Clickwork.
- ➔ Die Zahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (ELB) im SGB II nimmt in Nürnberg in den letzten Jahren – mit Schwankungen – leicht ab. Die prozentuale Abnahme in Nürnberg ist im Großstadtvergleich überdurchschnittlich. Erwerbsarmut in diesem Sinne ist zweifelsohne weiterhin sehr ernst zu nehmen und muss auch durch kommunale Aktivitäten bekämpft werden. Sie muss jedoch differenziert analysiert werden.
- ➔ Wenn Arbeitslosigkeit und Beschäftigungsquoten positiv ausfallen, Einkommen und damit letztlich auch die Armutsgefährdungsquote jedoch ungünstiger, dann liegt es nahe, eine Erklärung in der Branchenstruktur des Nürnberger Arbeitsmarktes und den dort erzielten Löhnen und Gehältern zu suchen. Hier deutet sich eine von mehreren Erklärungen für die Entwicklung der Einkommen und somit auch der Armutsgefährdungsquoten an. Allerdings erlauben die verfügbaren Daten nur eine Annäherung. Es zeichnet sich ab, dass der Zuwachs der Beschäftigtenzahlen von Juni 2013 bis Juni 2017 zu einem guten Drittel durch drei Wirtschaftszweige mit üblicherweise eher niedrigen durchschnittlichen Bruttomonatsverdiensten erfolgt („Verkehr und Lagerei“, „Gastgewerbe“, „sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen“). Hier besteht weiterer Forschungsbedarf.

Spielen soziodemografische Faktoren eine Rolle bei der Zunahme einer Armutsgefährdung?

- ➔ Soziodemografische Entwicklungen können sich auf Armutsphänomene und Armutsgefährdung auswirken. Ein Bevölkerungswachstum an sich reicht nicht zur Erklärung.
- ➔ Unterschiedliche Bevölkerungsgruppen gelten als unterschiedlich gefährdet. So weisen vor allem Personen mit Migrationshintergrund und Nicht-Deutsche ein überdurchschnittliches Armutsrisiko auf. Allerdings: Die Beschäftigungsquote von Ausländerinnen und Ausländern liegt im Juni 2016 mit ca. 51% nicht allzu weit unter der Beschäftigungsquote der Gesamtbevölkerung (59%). Außerdem weist Nürnberg nach München unter den Großstädten die zweithöchste Beschäftigungsquote auf. Damit ist jedoch noch nichts über die Art der Beschäftigung und der erzielten Löhne und Gehälter gesagt.
- ➔ Die Fluchtmigration kann die Zunahme der Armutsgefährdungsquoten seit 2013 nicht erklären, da Geflüchtete in den jeweiligen Erhebungen (noch) nicht erreicht wurden.
- ➔ Die Zusammensetzung und Entwicklung der Privathaushalte ist für das Zustandekommen von Armutsgefährdungsquoten von zentraler Bedeutung. Hintergrund sind die veranschlagten Bedarfsgewichte der Haushaltsmitglieder.
- ➔ Die Zahl der Einpersonenhaushalte ist überproportional gewachsen. Zwar gilt diese Gruppe bisher nicht als besonders gefährdet, allerdings sind die prozentualen Einkommenszuwächse dieser Gruppe unterdurchschnittlich.
- ➔ Die Zunahme um gut 5.000 Studierende von 2011/12 bis 2015/16, spielt mit in eine Zunahme der Armutsgefährdung hinein. Studierende sind i. d. R. von einem höheren realen Armutsrisiko betroffen, wenngleich eine Armutsdiskussion hier unter anderen Vorzeichen zu führen ist, da Studierende die besten Voraussetzungen für künftig überdurchschnittliche Einkommen haben. Als alleinige Erklärung reicht die Größenordnung

jedoch nicht aus. Außerdem gibt es bei den Studierenden keine Auskunft zum Wohnort. Insofern handelt es sich hier lediglich um eine Annäherung.

Spiegelt sich eine gestiegene Armutsgefährdungsquote in steigendem Leistungsbezug?

- ➔ Der Bezug von Transferleistungen fällt in Nürnberg im Vergleich der Großstädte durchaus positiv aus. Die Transferleistungsdichte in Nürnberg beläuft sich Ende 2016 auf 104 gegenüber einem Großstadtdurchschnitt von 131. D. h. je 1.000 Einwohner/innen haben Ende 2016 in Nürnberg 104 Personen Leistungen nach SGB II (Regelleistungsberechtigte) und SGB XII (Hilfen zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung außerhalb von Einrichtungen).
- ➔ Wenngleich es keine Hinweise darauf gibt, dass eine Nichtinanspruchnahme rechtlich zustehender Leistungsansprüche („verdeckte“ bzw. „verschämte Armut“) in Nürnberg ein größeres Problem darstellt, so muss das gelten, was auch in den vergangenen Jahren bereits handlungsleitend war: durch umfangreiche Information und Beratung die Menschen über ihre Leistungsansprüche aufklären und dafür zu sorgen, dass sie ihre rechtlichen Ansprüche auch nutzen.
- ➔ Eine Nutzung von Transferleistungsdichten und/oder Mindestsicherungsquote sind für die Armutsdiskussion auf kommunaler Ebene besser geeignet als Armutsgefährdungsquoten. Sie sollten mindestens als Ergänzung genutzt werden.
- ➔ Die Kriterien nach denen Personen als armutsgefährdet gelten und nach denen sie leistungsberechtigt sind, sind methodisch nicht unmittelbar vergleichbar. Insofern ist es schwierig, pauschal von einer Entkoppelung von Leistungsbezug und Armutsgefährdung zu sprechen. Es kann armutsgefährdete Personen geben, die nicht leistungsberechtigt sind, wie es leistungsberechtigte Personen geben kann, die mit der Summe ihrer Leistungen oberhalb einer rechnerischen Armutsgefährdungsschwelle liegen.
- ➔ Eine Berechnung für typische Haushaltskonstellationen zeigt, dass in Nürnberg – unter der Annahme einer Inanspruchnahme aller Leistungsansprüche – vor allem Haushalte mit Kindern im Leistungsbezug die Chance haben, oberhalb der rechnerischen Armutsgefährdungsschwellen zu liegen.
- ➔ Die Botschaft ist nicht, dass leistungsberechtigte Haushalte mit Kindern in Nürnberg keine Armutsprobleme haben. Im Gegenteil: Kostenbelastungen, Alltagsbewältigung, verfügbare Zeitbudgets und vor allem Teilhabe-Benachteiligungen werden hier nicht oder nur in Teilen mit abgebildet. Hier stehen gerade leistungsberechtigte Haushalte mit Kindern vor häufig großen Herausforderungen, die auch weiterhin v. a. kommunale Unterstützung erfordern. Allerdings wird auch deutlich, dass in Nürnberg gerade für armutsgefährdete Familien bereits viel Potenzial auch für eine materielle Unterstützung vorhanden ist.
- ➔ Die Schuldnerquote in Nürnberg ist im Großstadtvergleich durchschnittlich, weist jedoch die höchste Zuwachsrate auf. Die Abnahme der Verbraucherinsolvenzen ist in anderen Großstädten deutlicher als in Nürnberg. Damit kommen weitere Facetten von Armut in die Diskussion, die durch die Armutsgefährdungsquote nicht abgebildet werden.

Wie kann eine Alternative zum Konzept der Armutsgefährdungsquote aussehen?

- ➔ Folgt man der einschlägigen Literatur, so erscheint die Armutsgefährdungsquote für eine kommunale Beobachtung von Armutslagen nur eingeschränkt nutzbar.
- ➔ Ein einzelner Indikator, der der Komplexität von Armut gerecht wird, erscheint nicht in Sicht. Daher schlagen wir vor, ein Set einer überschaubaren Anzahl an armutsrelevanten Indikatoren zu entwickeln und zum Gegenstand regelmäßiger Berichterstattung zu machen. Ein solches Indikatorenset sollte soweit wie möglich verschiedene Dimensio-

nen abbilden. Verschiedene Indikatoren haben unterschiedliche Stärken und Schwächen, so dass nur in der Gesamtschau eine Interpretation und ein Ringen um Lösungen angemessen erscheint. Viele der naheliegenden Indikatoren liegen ohnehin vor, sollen jedoch künftig gebündelt werden. Einige erste Diskussionspunkte sind die folgenden:

- Armutsgefährdungsquote: Die Armutsgefährdungsquote soll weiter Gegenstand der Diskussion bleiben. Jedoch i) als das was sie eigentlich ist, nämlich als Einkommensungleichheitsmaß und ii) nicht solitär, sondern durch weitere Indikatoren ergänzt werden.
 - Kaufkraftarmut: Prüfung der Möglichkeit einer Weiterentwicklung der Armutsgefährdungsquote zu einer relativen Kaufkraftarmutsquote auf kommunaler Ebene. So würde die Kostenperspektive mit in den Blick genommen.
 - Arbeitsmarktindikatoren (Arbeitslosenquote, Unterbeschäftigungsquote, Langzeitarbeitslosigkeit, Beschäftigungsquote, Anteile befristeter Erwerbstätigkeit, ...)
 - Leistungsbezug (Transferleistungsdichte/Mindestsicherungsquote, Nürnberg-Pass, BuT-Leistungen, ...)
 - Schuldenquoten
 - Verbraucherinsolvenzen
 - Einkommen (verfügbares Einkommen, durchschnittliche Bruttostundenlöhne)
 - ...
- Die Nutzung eines entsprechenden Indikatorensets ist ein Plädoyer für einen differenzierten Blick. Der verkürzte Blick auf nur einen Indikator wird der Komplexität und damit vor allem auch den Betroffenen nicht gerecht.
- Im Übrigen setzen auch der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung genauso wie die EU auf einen mehrdimensionalen Indikatorenansatz: *„Armut ist ein gesellschaftliches Phänomen mit vielen Facetten. Sie ist im Wesentlichen ein Mangel an Mitteln und Möglichkeiten das Leben zu gestalten. Als komplexes Phänomen entzieht sie sich einer einfachen und eindeutigen Messung.“*⁷³

Was tut die Stadt Nürnberg gegen Armut und Armutsgefährdung?

- Zentrale Stellschrauben zur Verhinderung von Armut liegen außerhalb kommunalen Spielraums (erzielte Markteinkommen, Umfang atypischer Beschäftigungsverhältnisse – abgesehen von den eigenen Möglichkeiten als Arbeitgeberin –, private Überschuldungen, persönliche Krisen wie z. B. Scheidungen, Krankheitsfälle/Unfälle, soziale Herkunft, Steuerpolitik oder auch eine Erhöhung der Regelsätze im SGB II und SGB XII).
- Gleichwohl gibt es viel, was die Kommune tun kann. Bei der Bekämpfung von Armut muss zwischen der Bekämpfung von Ursachen und Folgen von Armut unterschieden werden.
- Auf der ursächlichen Seite nutzt Nürnberg seinen kommunalen Handlungsspielraum im Bereich Bildung (z. B. quantitativer und qualitativer Kita-Ausbau), Ausbildung und Qualifikation (z. B. Perspektiven für Familien, Berufsorientierungsprogramm etc.) und Arbeitslosigkeit (z. B. Jugendberufsagentur, Arbeitsgelegenheiten, ErFolG, Focus Arbeit etc.). Das Engagement in diesen Bereichen soll beibehalten und gefestigt werden.
- Kommunale Kernkompetenz sind die Abmilderung von Armutsfolgen und die Ermöglichung von Teilhabe. Der Nürnberger Ansatz, Teilhabechancen zu erhöhen ist daher richtig. Zentrale Punkte sind hier z. B. das Arbeitsprogramm gegen Kinderarmut, der Nürnberg-Pass und das Verfahren der BuT-Leistungen. Gleichwohl gibt es Potenziale, noch konsequenter zu agieren.

⁷³ <http://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/DE/Indikatoren/Armut/armut.html;jsessionid=D22E356B55C335D8D7991F044CCDD5B4> (Abrufdatum: 21.02.2018); Die EU nutzt die sogenannten Laeken-Indikatoren.

→ Die Stadt Nürnberg

- informiert umfassend über rechtliche Leistungsansprüche;
- schafft Teilhabe-Angebote, die den Nutzern nichts oder wenig kosten und somit deren Geldbeutel entlasten (z. B. Nürnberg-Pass, BuT-Leistungen);
- bringt die Informationen zu diesen Angeboten zu den Betroffenen und/oder den Akteuren der Sozialen Arbeit;
- kümmert sich um die Vernetzung der Akteure (z. B. durch Stadtteil-Netzwerke oder das Netz gegen Armut);
- fördert deren Abstimmung;
- akquiriert und gibt Mittel für Projekte;
- unterstützt monetär, um Zugänge zu ermöglichen.

Es gibt vielfältige und bewährte Beratungsangebote, die jedoch mit Blick auf Wirkungen und Strukturen kontinuierlich zu reflektieren sind.

- Die Berechnung für exemplarische Fallkonstellationen hat gezeigt, dass die Stadt Nürnberg viel tut, um eine angespannte materielle Situation betroffener über die bundesweit geltenden Ansprüche hinaus – soweit es möglich ist – zu entlasten (Stichworte: Kita-Gebührenübernahme, Nürnberg-Pass, EnergieSchuldenPrävention, KulturTicketNürnberg).
- Eine kritische Reflexion soll sich auch auf die Fragen beziehen, ob und wie Zielgruppen stärker unterstützt werden können, die keine Leistungen beziehen, jedoch faktisch unter Armutsfolgen (z. B. in Form von Teilhabeeinschränkungen) leiden. Das Arbeitsprogramm gegen Kinderarmut ist ein Positivbeispiel für einen solchen Ansatz.
- Auf kommunaler Ebene sind neben Anstrengungen materielle Problemlagen abzumildern ebenso Investitionen in Regelstrukturen zu nennen. Dieser Ansatz einer „positiven Diskriminierung“ im Sinne einer gezielten Ausstattung von Einrichtungen in besonders betroffenen Stadtteilen, ist richtig.
- Auch eine künftig noch stärkere Armutssensibilisierung der Regeldienste ist Aufgabe. Viele städtische Angebote stehen nicht nur armen Menschen zur Verfügung, sie stehen aber eben auch armen Menschen zur Verfügung, die häufig besondere und multiple Unterstützungsbedarfe vorweisen.
- Kinder und Jugendliche sind besonders häufig von Armut betroffenen. Dieser Zielgruppe soll weiterhin eine besondere strategische Aufmerksamkeit gelten. Viele der genannten Aktivitäten richten sich vor allem an Kinder bzw. Familien mit Kindern. Seit 2008 gibt es bereits das Arbeitsprogramm gegen Kinderarmut. Gegenwärtig wird das Arbeitsprogramm gegen Kinderarmut zu einem Arbeitsprogramm gegen Kinder- und Jugendarmut weiterentwickelt. Dort werden Aktivitäten gebündelt und Schwerpunkte gesetzt. Eine ausführliche Berichterstattung erfolgt im Jugendhilfeausschuss im April 2018.
- Eine Armutssensibilisierung der (Fach)Öffentlichkeit findet in Nürnberg auch in Form der seit 2007 stattfindenden Armutskonferenzen statt, die nicht nur einen Beitrag zum Ringen um Lösungen zur Armutsbekämpfung und –prävention sind, sondern Armutsphänomene in Nürnberg auch bewusst sichtbar machen.
- Eine bereits praktizierte sozialräumliche Perspektive der Armutsbekämpfung soll beibehalten und gefestigt werden. Armut zeigt sich vor allem in den Stadtteilen. Die Linderung und nach Möglichkeit auch die Verhinderung von Armut sind in den Stadtteilnetzwerken Themen von zentraler Bedeutung. Es spricht einiges dafür, die gut funktionierende Vernetzung in diesen Stadtteilen zu nutzen, um Angebote armutspräventiver Maßnahmen nicht nur bekannt zu machen und stadtteilbezogen anzupassen, sondern auch im Sinne eines sozialräumlichen Konzeptes aufeinander abzustimmen. Daher soll auch die Stadtteilkoordination in die Diskussionen und Weiterentwicklung von Maßnahmen zur Armutsprävention und Armutsbekämpfung weiter eingebunden werden.

Anhang

Anhang 1.1: Definition Armutsgefährdungsquote und exemplarische Armutsgefährdungsschwellen

Die Armutsgefährdungsquote ist ein Indikator zur Messung relativer Einkommensarmut und wird definiert als der Anteil der Personen, deren Äquivalenzeinkommen weniger als 60% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung (in Privathaushalten) beträgt.

Die Armutsmessung basiert auf dem Äquivalenzeinkommen. Das Äquivalenzeinkommen ist ein bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen je Haushaltsmitglied, das ermittelt wird, indem das Haushaltsnettoeinkommen durch die Summe der Bedarfsgewichte der im Haushalt lebenden Personen geteilt wird. Nach EU-Standard wird zur Bedarfsgewichtung die neue OECD-Skala verwendet. Danach wird der ersten erwachsenen Person im Haushalt das Bedarfsgewicht = 1 zugeordnet, für die weiteren Haushaltsmitglieder werden Gewichte von < 1 eingesetzt (0,5 für jede weitere Personen im Alter von 14 und mehr Jahren und 0,3 für jede weitere Personen im Alter von unter 14 Jahren), weil angenommen wird, dass sich durch gemeinsames Wirtschaften Einsparungen erreichen lassen.

Quellen: <http://www.amtliche-sozialberichterstattung.de/glossar.html#Aequivalenzeinkommen> (Abrufdatum: 20.12.2017); IT.NRW 2009

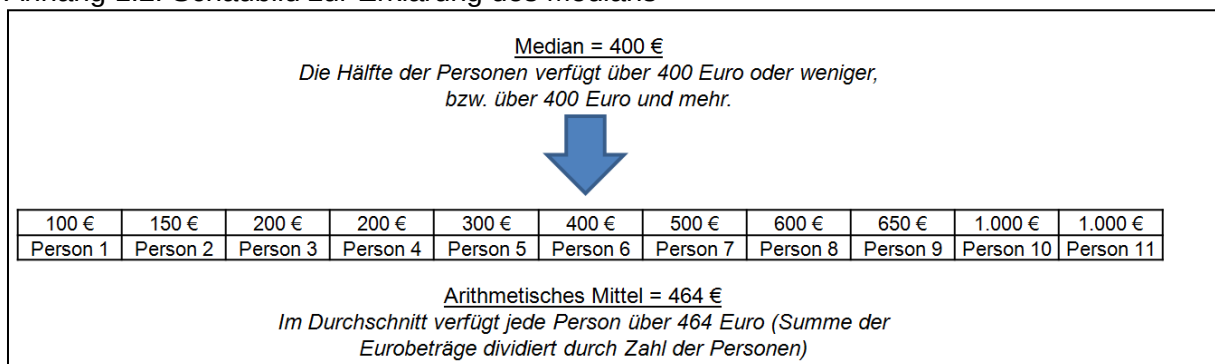
Armutsgefährdungsschwellen ausgewählter Haushaltstypen (auf Grundlage des Bundesmedians, Mikrozensus) im Jahr 2016

Haushaltstyp	Armutsgefährdungsschwelle in Euro
1 Person	969
Paar	1.454
Alleinerziehend 1 Kind u 6	1.260
Alleinerziehend 2 Kinder (6-13+14-17)	1.744
Paar 1 Kind u 6	1.744
Paar 1 Kind 14-17 J.	1.938
Paar 2 Kinder u 6 J.	2.035
Paar 2 Kinder (6-13 J.+14-17 J.)	2.229
Paar 3 Kinder (2 u 6 J.; 1 6-13 J.)	2.326
Paar 3 Kinder (1 u 6 J.; 1 6-13 J., 1 14-17 J.)	2.519

Quelle: Mikrozensus, www.amtliche-sozialberichterstattung.de/Tabellen/Excel/A2%20Schwellen.xlsx (Abrufdatum: 20.12.2017); Berechnung von exemplarischen haushaltsformen durch SHA.

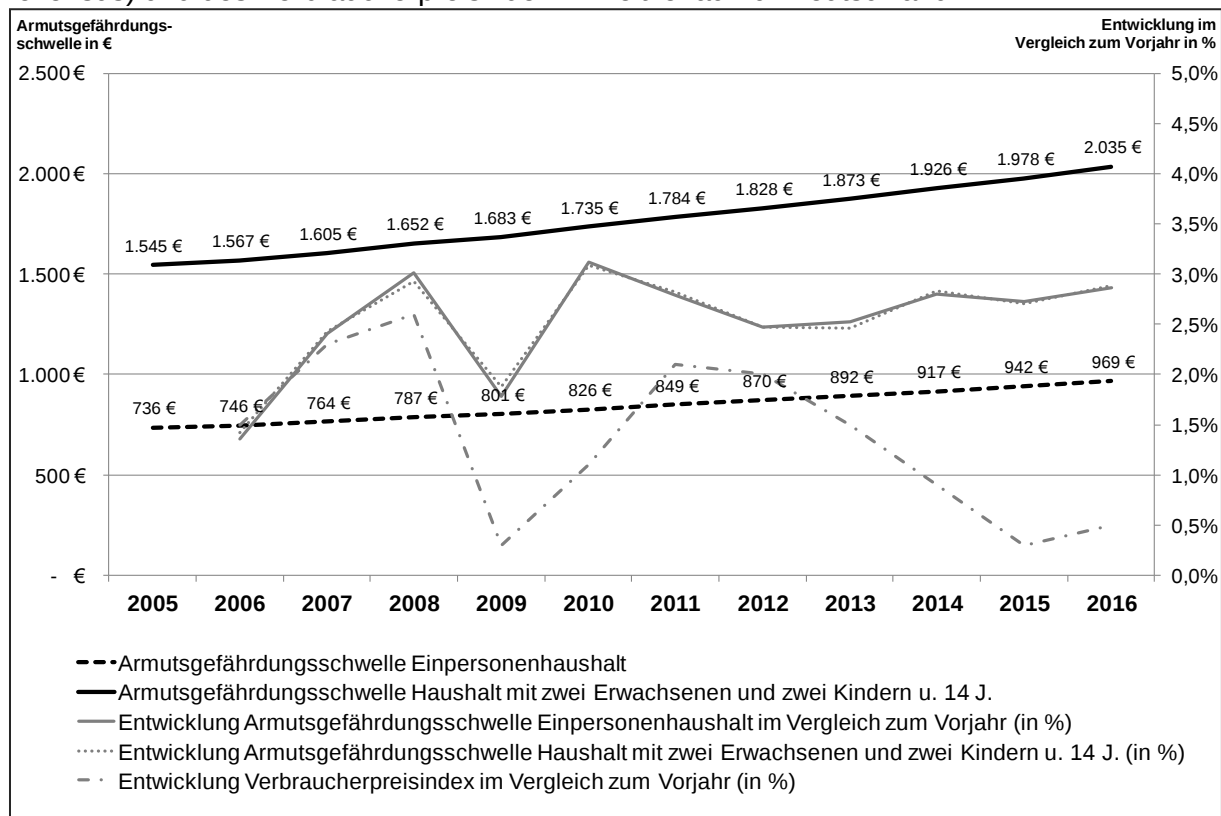
Anmerkung: Die hier aufgeführten Armutsgefährdungsschwellen weichen von StA-Veröffentlichungen ab, da zum einen bei der Erhebung von WoHaus-Daten und Mikrozensus-Daten methodische Unterschiede zu beachten sind und da StA sich jeweils auf den städtischen Median bezieht.

Anhang 1.2: Schaubild zur Erklärung des Medians



Quelle: eigene Darstellung

Anhang 1.3: Entwicklung ausgewählter Armutsgefährdungsschwellen (Bundesmedian, Mikrozensus) und des Verbraucherpreisindex im Zeitverlauf für Deutschland



Quelle: www.amtliche-sozialberichterstattung.de/Tabellen_Excel/A2%20Schwellen.xlsx (Abrufdatum: 20.12.2017); Statistisches Bundesamt; eigene Berechnung

Anhang 2: Armutsgefährdungsquoten auf Basis des Mikrozensus im Zeit- und Großstadtvergleich

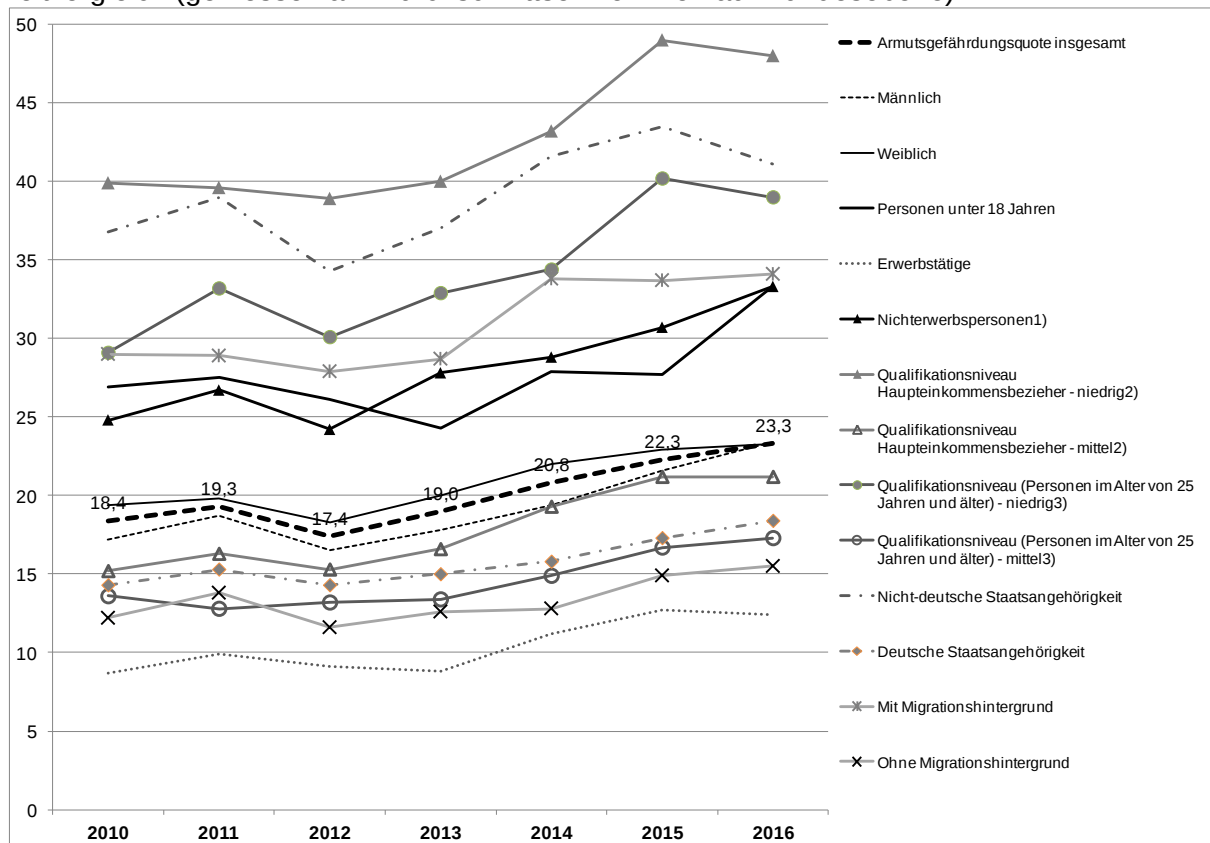
Städte in der Bundesrepublik	Jahr											
	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
	gemessen am Bundesmedian											
Berlin	19,7	17,0	17,5	18,7	19,0	19,2	20,6	20,8	21,4	20,0	22,4	19,4
Bremen	21,4	18,3	18,1	22,0	19,5	20,5	20,9	22,0	23,0	22,5	23,1	20,9
Dortmund	18,6	20,2	20,5	21,3	22,2	23,0	23,5	25,4	25,0	23,5	25,7	24,2
Dresden	20,7	20,2	22,5	21,5	19,3	19,6	19,4	19,8	18,5	19,4	20,0	17,7
Duisburg	17,0	16,2	22,2	19,2	22,9	21,5	23,2	24,6	24,3	24,8	26,6	22,8
Düsseldorf	13,8	14,6	15,7	13,8	14,1	15,4	18,7	17,2	16,7	17,7	18,3	16,6
Essen	17,7	13,9	12,6	16,3	16,8	17,8	19,4	19,7	20,6	20,8	21,0	21,2
Frankfurt am Main	13,7	13,6	12,7	13,7	14,7	13,8	16,0	15,5	14,7	14,7	14,2	16,6
Hamburg	15,7	14,3	14,1	13,1	14,0	13,3	14,7	14,8	16,9	15,6	15,7	14,9
Hannover	21,0	19,8	20,5	22,2	21,6	21,3	22,1	21,8	20,8	19,6	22,3	22,0
Köln	18,0	16,1	16,9	16,8	17,4	17,3	19,6	20,2	21,5	20,5	19,6	20,0
Leipzig	23,9	23,6	25,3	27,0	27,2	26,4	24,5	25,4	25,1	24,1	25,1	22,4
München	10,9	9,8	10,8	9,8	10,9	10,7	11,5	11,2	10,3	9,4	9,6	10,0
Nürnberg	18,1	17,3	18,9	17,3	17,8	18,4	19,3	17,4	19,0	20,8	22,3	23,3
Stuttgart	13,0	13,6	13,2	14,2	14,7	13,9	14,9	13,3	15,2	16,1	14,8	13,8

Städte in der Bundesrepublik	Jahr											
	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
	<i>gemessen am jeweiligen Landesmedian</i>											
Berlin	16,1	13,3	13,9	14,3	14,1	14,2	15,5	15,2	15,0	14,1	15,3	16,6
Bremen	16,6	12,0	14,1	17,8	15,5	17,0	16,2	17,4	17,3	16,0	16,5	16,7
Dortmund	18,8	20,3	20,3	21,2	21,8	22,1	22,5	24,1	23,1	22,0	24,1	23,0
Dresden	16,5	15,2	16,8	15,6	13,8	14,3	13,2	13,0	12,0	13,0	14,9	13,0
Duisburg	17,3	16,3	22,0	19,1	22,5	20,6	22,2	23,4	22,8	23,2	25,3	21,5
Düsseldorf	13,9	14,7	15,5	13,8	13,8	14,8	17,8	16,3	15,8	16,4	17,1	15,5
Essen	17,9	14,0	12,6	16,2	16,5	17,1	18,7	18,8	19,1	19,5	19,8	20,0
Frankfurt am Main	16,4	16,6	15,7	16,1	17,3	16,5	18,9	18,6	17,1	17,2	16,2	18,3
Hamburg	17,4	16,7	16,8	16,1	18,0	17,4	17,9	17,6	18,7	18,0	19,0	18,3
Hannover	20,6	18,5	19,6	20,8	20,8	20,2	21,6	21,2	20,5	19,1	21,7	21,2
Köln	18,2	16,2	16,7	16,7	17,1	16,6	18,8	19,2	20,4	19,3	18,5	18,9
Leipzig	17,8	17,8	18,5	20,7	20,7	18,7	16,8	17,6	17,8	16,0	18,2	17,3
München	13,1	12,0	13,2	12,2	13,0	13,6	14,1	13,9	12,9	12,3	12,7	12,4
Nürnberg	21,7	20,5	22,2	21,1	21,6	22,2	23,1	21,7	23,7	25,3	26,1	27,5
Stuttgart	16,5	16,7	17,1	17,9	18,3	17,4	19,2	16,8	19,0	19,7	18,7	17,5

Städte in der Bundesrepublik	Jahr											
	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
	<i>gemessen am Median der jeweiligen Großstadt</i>											
Berlin	16,1	13,3	13,9	14,3	14,1	14,2	15,5	15,2	15,0	14,1	15,3	16,6
Bremen	17,3	13,3	14,6	18,1	16,7	17,1	17,3	17,8	18,3	17,0	17,9	18,7
Dortmund	15,9	14,8	14,3	17,1	17,7	17,9	18,0	15,2	14,0	15,5	19,0	17,6
Dresden	18,4	16,8	18,3	17,1	16,3	16,6	15,9	16,2	16,0	15,4	16,5	16,0
Duisburg	13,6	13,7	16,4	13,8	14,4	13,9	14,2	14,1	13,9	14,8	17,9	14,8
Düsseldorf	16,9	17,8	16,8	16,2	16,5	18,6	20,5	19,7	18,2	20,5	20,0	21,6
Essen	17,6	14,0	14,4	17,7	17,4	17,5	19,1	18,6	19,4	18,7	19,2	19,8
Frankfurt am Main	17,9	17,7	16,7	17,8	18,1	17,6	19,5	20,3	19,0	17,9	18,2	20,2
Hamburg	17,4	16,7	16,8	16,1	18,0	17,4	17,9	17,6	18,7	18,0	19,0	18,3
Hannover	19,7	17,9	18,6	19,8	20,2	19,6	20,2	18,9	17,1	17,4	20,0	21,0
Köln	18,1	15,5	16,9	18,3	18,9	17,3	18,9	19,2	19,5	20,6	19,6	20,7
Leipzig	16,7	16,1	16,7	18,3	19,1	15,9	15,8	16,0	16,8	15,3	16,9	17,1
München	17,6	17,2	18,4	17,7	17,6	18,0	18,5	18,4	18,0	18,1	19,1	18,1
Nürnberg	17,7	16,6	17,4	16,8	16,4	17,9	18,0	17,3	17,9	19,3	20,6	19,2
Stuttgart	16,8	15,6	17,2	17,7	19,5	18,6	20,7	19,3	20,4	21,2	20,5	18,8

Quelle: Mikrozensus, <http://www.amtliche-sozialberichterstattung.de/A1armutsgefaehrungsquoten.html> (Abrufdatum: 11.01.2018)

Anhang 3: Armutsgefährdungsquoten ausgewählter Bevölkerungsgruppen in Nürnberg im zeitvergleich (gemessen am Durchschnittseinkommen auf Bundesebene)



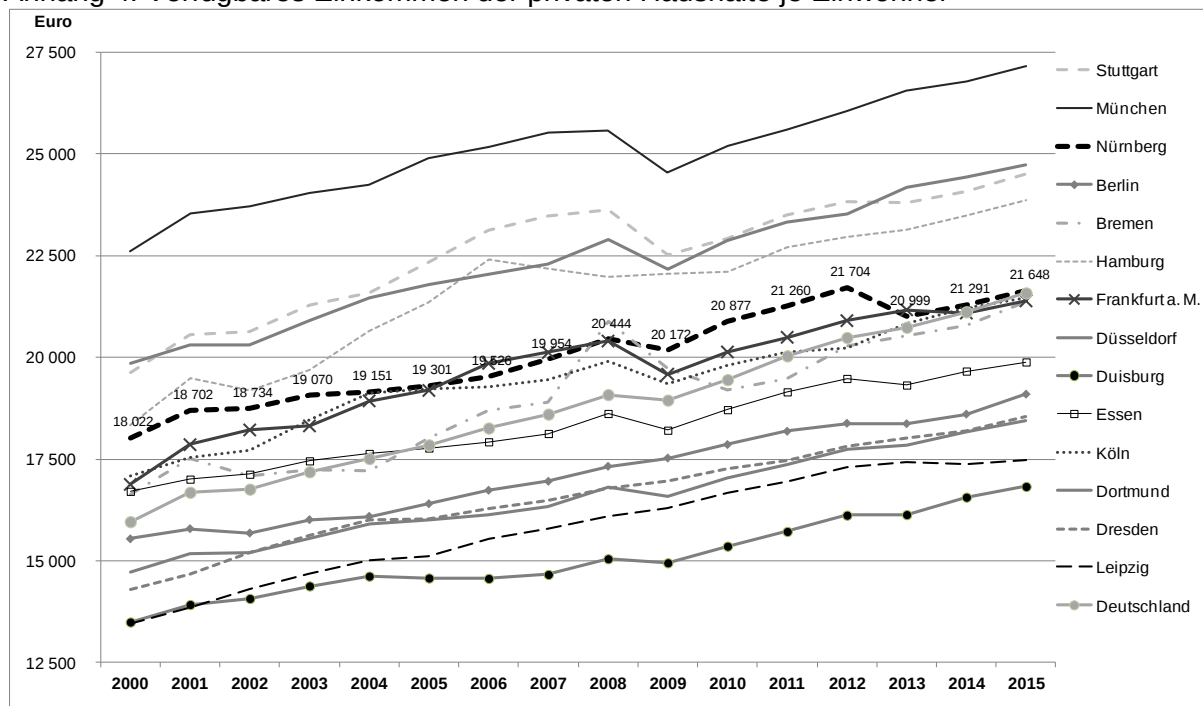
Quelle: Mikrozensus, Sonderauswertung IT.NRW, eigene Darstellung

1) Nichterwerbspers. sind Personen, die weder erwerbstätig noch erwerbslos sind. Hier: Rentner/-innen und Pensionäre/Pensionärinnen, Nichterwerbspersonen im Alter von u. 18 Jahren, sonstige Nichterwerbspersonen

2)/3) Das Qualifikationsniveau wird entsprechend der internationalen Standardklassifikation des Bildungswesens (ISCED, bis 2013 Fassung von 1997, ab 2014 Fassung 2011) bestimmt. Personen mit hohem Qualifikationsniveau können hier fallzahlenbedingt nicht ausgewiesen werden.

Allgemeine Anmerkung: Es gelten die unter Abschnitt 3 ausgeführten Einschränkungen zur regionalen Verwendbarkeit von Armutsgefährdungsquoten. Die Armutsgefährdungsquoten sind gegenüber stichprobenbedingten Schwankungen des Mittelwerts nicht sehr robust. Insbesondere wenn die Fallzahlen gering sind, können zufallsbedingten Schwankungen die Interpretation der Ergebnisse erschweren. Es sollten daher nur über einen längeren Zeitraum stabile Entwicklungen inhaltlich interpretiert werden. Durch Effekte der Umstellung auf eine neue Stichprobe sowie durch Sondereffekte im Kontext der Bevölkerungsentwicklung ist die Vergleichbarkeit der Mikrozensusergebnisse für das Berichtsjahr 2016 mit den Vorjahren eingeschränkt. Diese gilt insbesondere für Auswertungen auf regionaler Ebene!

Anhang 4: Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner



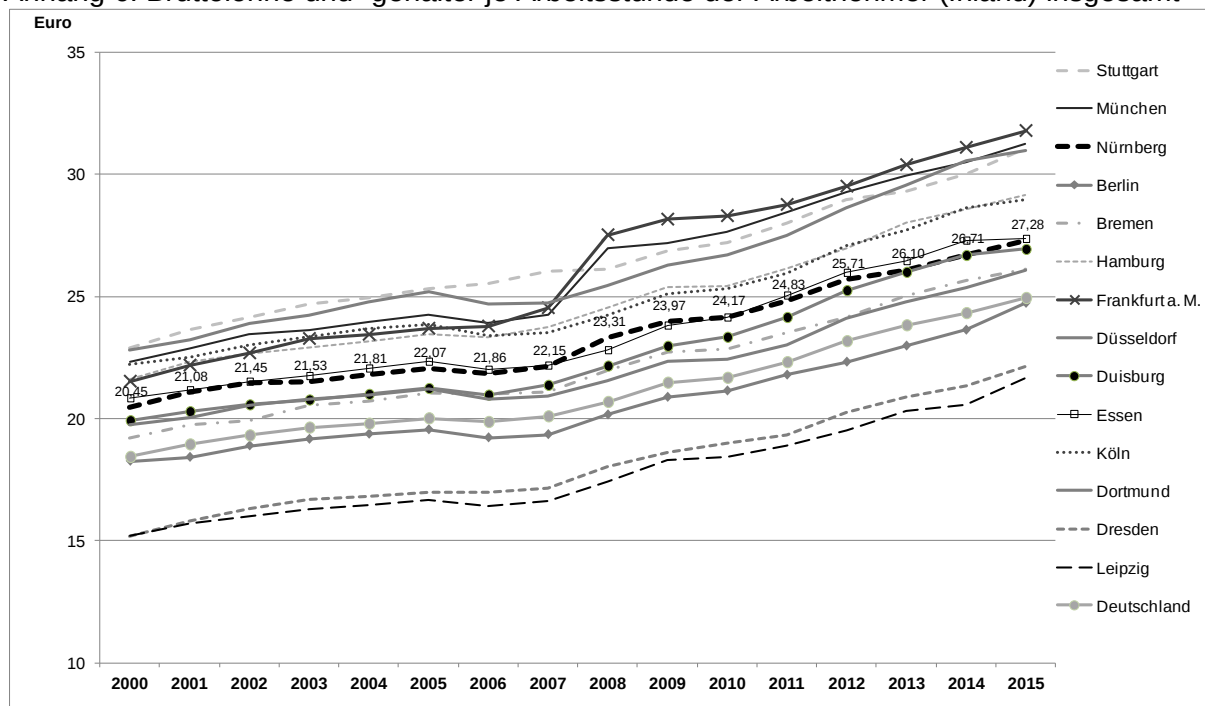
Quelle: Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder", Statistische Ämter des Bundes und der Länder; eigene Darstellung; Hannover ist hier nicht abgebildet, da sich die verfügbaren Daten auf die „Statistische Region Hannover“ beziehen.

Anhang 5: Prozentuale Entwicklung verfügbarer Einkommen und Bruttostundenlöhne

Entwicklung der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner 2000-2015 in % (Darstellung in absteigender Sortierung)		Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitsstunde der Arbeitnehmer (Inland) 2000-2015 in % (Darstellung in absteigender Sortierung)	
Deutschland	35,2%	Frankfurt a. M.	47,7%
Hamburg	30,2%	Dresden	46,1%
Leipzig	29,9%	Leipzig	42,2%
Dresden	29,7%	München	40,0%
Bremen	28,4%	Bremen	36,2%
Frankfurt a. M.	26,7%	Düsseldorf	35,8%
Köln	25,6%	Stuttgart	35,7%
Dortmund	25,3%	Berlin	35,4%
Stuttgart	24,9%	Deutschland	35,3%
Duisburg	24,7%	Duisburg	35,2%
Düsseldorf	24,6%	Hamburg	35,0%
Berlin	22,9%	Nürnberg	33,4%
München	20,2%	Dortmund	32,0%
Nürnberg	20,1%	Essen	31,3%
Essen	19,0%	Köln	30,4%

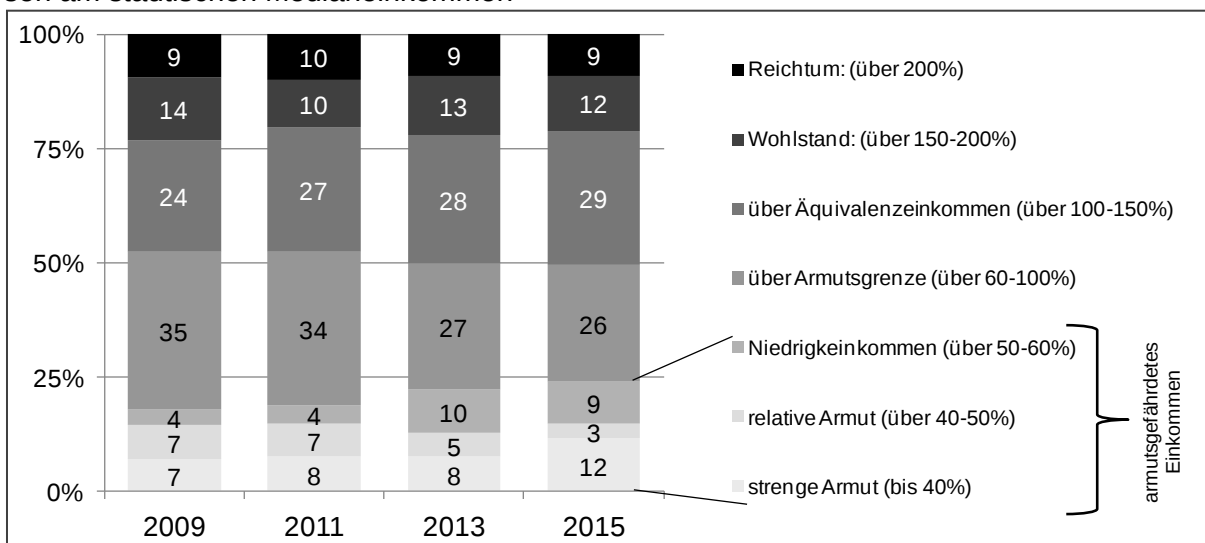
Quelle: Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder", Statistische Ämter des Bundes und der Länder; eigene Berechnung und Darstellung; Hannover ist hier nicht abgebildet, da sich die verfügbaren Daten auf die „Statistische Region Hannover“ beziehen.

Anhang 6: Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitsstunde der Arbeitnehmer (Inland) insgesamt



Quelle: Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder", Statistische Ämter des Bundes und der Länder; eigene Darstellung; Hannover ist hier nicht abgebildet, da sich die verfügbaren Daten auf die „Statistische Region Hannover“ beziehen.

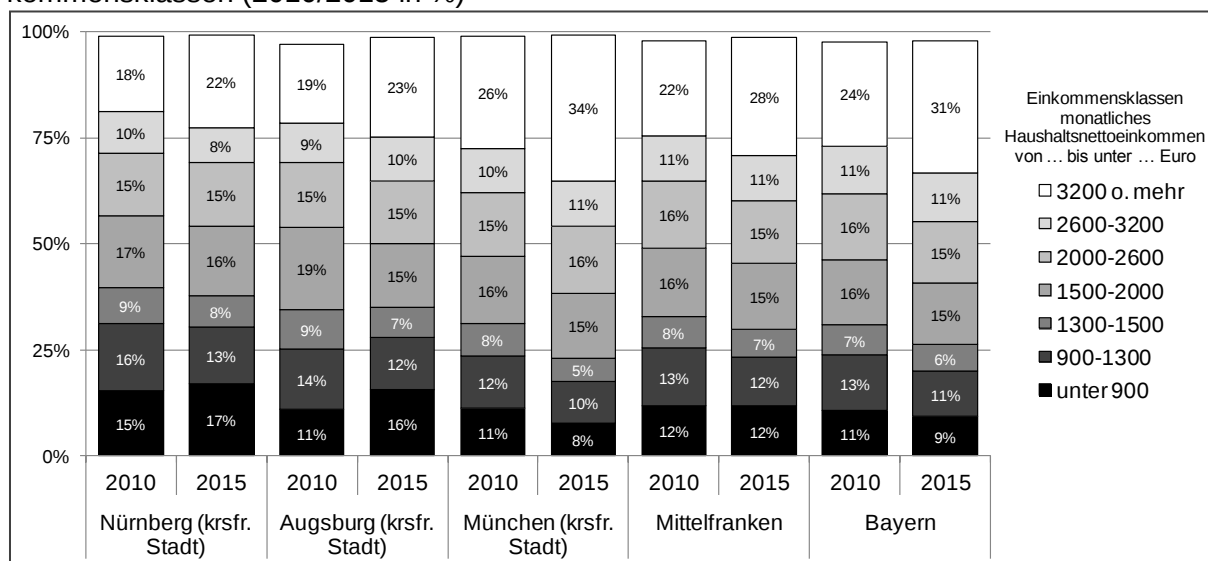
Anhang 7: Verteilung der Nürnberger Bevölkerung auf (Netto)Einkommensklassen - gemessen am städtischen Medianeinkommen



Anmerkung: Ausgewiesen sind jeweils die Bevölkerungsanteile verschiedener Einkommensklassen, gemessen am städtischen Median.

Quelle: WoHaus, StA, eigene Aufbereitung

Anhang 8: Privathaushalte im bayerischen Vergleich nach monatlichem Haushaltsnettoeinkommensklassen (2010/2015 in %)



Durch die Umstellung auf eine neue Stichprobe sowie durch Sondereffekte im Kontext der Bevölkerungsentwicklung ist die Vergleichbarkeit der Mikrozensusergebnisse für das Berichtsjahr 2016 mit den Vorjahren eingeschränkt. Daher werden hier die 2015er-Daten als Vergleich genutzt.

Quelle: Mikrozensus, Bayerisches Landesamt für Statistik, eigene Aufbereitung

Anhang 9: Entwicklung verschiedener Formen sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung

Entwicklung Beschäftigungsumfang (in %, Wohnortprinzip)

	Anteil in Vollzeit		Anteil in Teilzeit	
	Dez 13	Jun 17	Dez 13	Jun 17
Hamburg	72,3%	70,5%	26,9%	29,5%
Bremen	68,8%	67,4%	30,1%	32,6%
Düsseldorf	76,3%	75,1%	22,9%	24,9%
Duisburg	75,9%	73,6%	22,9%	26,4%
Essen	74,0%	72,5%	24,5%	27,5%
Köln	72,5%	70,8%	26,4%	29,2%
Dortmund	73,2%	71,2%	25,7%	28,8%
Frankfurt a. M.	73,4%	72,1%	26,0%	27,9%
Stuttgart	76,0%	74,9%	23,3%	25,1%
München	76,4%	75,0%	23,2%	25,0%
Nürnberg	73,7%	72,3%	25,5%	27,7%
Berlin	68,8%	66,6%	30,2%	33,4%
Dresden	73,5%	70,7%	25,6%	29,3%
Leipzig	72,5%	69,1%	26,7%	30,9%

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen

Entwicklung Zahl Teilzeitbeschäftigter (Dez. 2013-Jun 2017 in %, Wohnortprinzip)*

	Entwicklung
Hamburg	21,5%
Bremen	17,9%
Düsseldorf	19,9%
Duisburg	22,5%
Essen	20,0%
Köln	20,8%
Dortmund	22,0%
Frankfurt am Main	22,0%
Stuttgart	20,3%
München	22,1%
Nürnberg	20,1%
Berlin	27,1%
Dresden	23,9%
Leipzig	31,3%

*Auf Grund der Datenverfügbarkeit für Vergleichsdaten nach dem Wohnortprinzip wird hier ein anderer Vergleichszeitraum als in Abschnitt 3.2 aufgeführt (Dez. 2013-Jun. 2017, statt Jun. 2014-Jun.2017)

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen

Anhang 10: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort in Nürnberg

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort in Nürnberg nach ausgewählten Wirtschaftsabschnitten (nach Klassifikation WZ 2008)

		Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte			Durchschnittl. Bruttonomatsverdienste in Bayern im April 2014 in Euro (Median)*
		Jun 13	Jun 17	Entwicklung in %	
C	Verarbeitendes Gewerbe	49.030	47.726	-3%	3 356
F	Baugewerbe	8.088	10.253	27%	2 810
G	Handel, Instandhaltung, Reparatur von Kfz	36.710	37.007	1%	2 666
H	Verkehr und Lagerei	19.746	21.853	11%	2 479
I	Gastgewerbe	8.093	9.879	22%	1 954
J	Information und Kommunikation	19.815	23.736	20%	4 329
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	16.200	15.103	-7%	3 940
L,M	Immobilien, freiberufliche wissenschaftliche und technische Dienstleistungen	21.089	25.941	23%	3 750**
N	sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	31.351	37.030	18%	2 218
O, U	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung, Ext. Organisationen	16.717	19.129	14%	3 189***
P	Erziehung und Unterricht	5.747	6.968	21%	3 939
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	25.055	27.544	10%	2 822

*Durchschnittliche Bruttonomatsverdienste von Vollzeitbeschäftigten in Bayern im April 2014 (Median)

** durchschnittliche Bruttonomatsverdienste hier nur für M „, freiberufliche wissenschaftliche und technische Dienstleistungen“

*** durchschnittliche Bruttonomatsverdienste hier nicht für O „Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung“

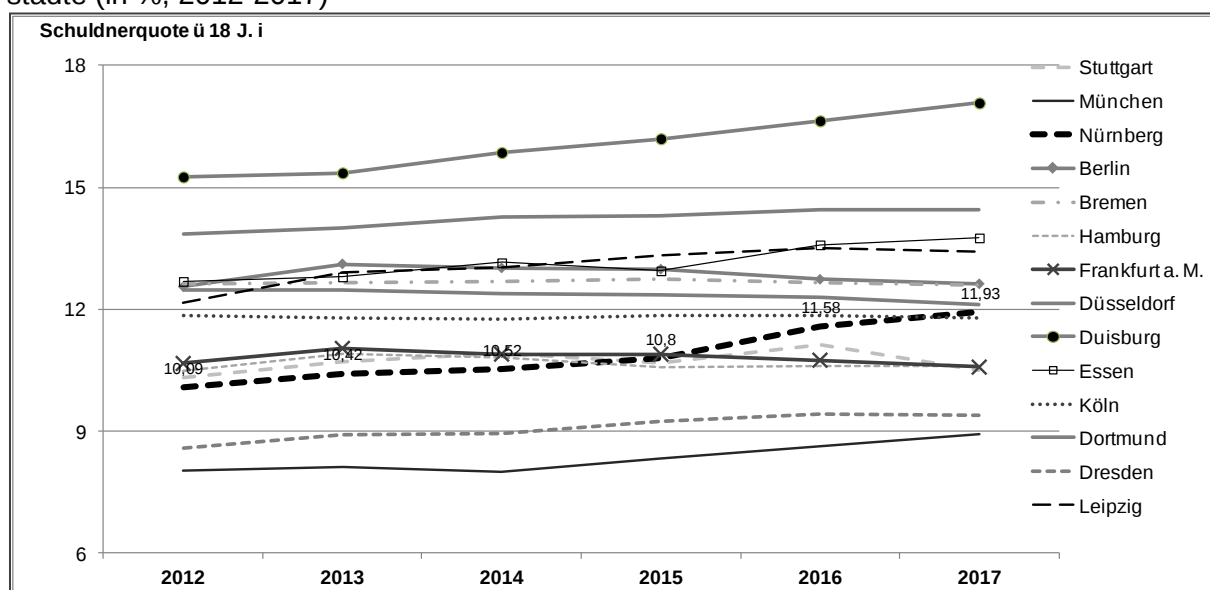
Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Bayerisches Landesamt für Statistik; eigene Berechnung

Anteile Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort in Nürnberg nach ausgewählten Wirtschaftsabschnitten (nach Klassifikation WZ 2008) an Beschäftigten insgesamt

		Anteile Jun 13	Anteile Jun 17	Diff. 13-17 (in Prozentpunkten)
A	Land-, Forstwirtschaft und Fischerei	0,4%	0,4%	0,0
B,D,E	Bergbau, Energie- und Wasserversorgung, Energiewirtschaft	1,5%	1,3%	-0,2
C	Verarbeitendes Gewerbe	17,5%	15,6%	-1,9
F	Baugewerbe	2,9%	3,4%	0,5
G	Handel, Instandhaltung, Reparatur von Kfz	13,1%	12,1%	-1,0
H	Verkehr und Lagerei	7,1%	7,1%	0,1
I	Gastgewerbe	2,9%	3,2%	0,3
J	Information und Kommunikation	7,1%	7,8%	0,7
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	5,8%	4,9%	-0,8
L,M	Immobilien, freiberufliche wiss. und technische Dienstleistungen	7,5%	8,5%	1,0
N	sonstige wirtschaftl. Dienstleistungen (o. Arbeitnehmerüberlassung)	6,5%	7,1%	0,6
782,783	Arbeitnehmerüberlassung	4,7%	5,0%	0,3
O, U	Öffentl. Verwaltung, Verteidigung, Soz.versicher., Ext. Organis.	6,0%	6,3%	0,3
P	Erziehung und Unterricht	2,1%	2,3%	0,2
86	Gesundheitswesen	6,1%	6,0%	-0,1
87,88	Heime und Sozialwesen	4,7%	5,1%	0,4

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; eigene Berechnung

Anhang 11: Überschuldung von Verbrauchern – Entwicklung der Schuldnerquoten der Großstädte (in %, 2012-2017)



Anmerkung: Die Schuldnerquoten beziehen sich auf Personen über 18 Jahren. Hannover ist hier nicht abgebildet, da nur Daten für die Region Hannover verfügbar sind.

Quelle: SchuldnerAtlas Deutschland 2017 Creditreform Wirtschaftsforschung; eigene Darstellung

Anhang 12: Entwicklung der Verbraucherinsolvenzen der Großstädte

Beantragte Insolvenzverfahren (Verbraucher) insges. - (Entwicklung Vgl. zum Vorjahr in %)

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Bremen	11%	-3%	-11%	-10%	2%	5%	-9%
Hamburg	8%	1%	-11%	-3%	-7%	-5%	-6%
Hannover	23%	-13%	-16%	-8%	-5%	-10%	-2%
Düsseldorf	1%	-11%	-5%	-4%	-9%	-10%	-6%
Duisburg	-4%	14%	0%	-3%	-6%	-13%	-6%
Essen	19%	7%	1%	6%	-31%	-8%	15%
Köln	14%	6%	-5%	-19%	2%	-3%	-12%
Dortmund	4%	-16%	0%	-5%	-18%	19%	-10%
Frankfurt a. M.	8%	1%	-18%	-12%	0%	-1%	-3%
Stuttgart	-9%	-15%	-24%	-8%	-19%	-4%	-1%
München	30%	0%	-2%	-20%	2%	-11%	-5%
Nürnberg	6%	18%	-10%	-3%	-6%	2%	-2%
Berlin	5%	-1%	-4%	-10%	-10%	-5%	1%
Dresden	6%	-16%	18%	-17%	-11%	7%	0%
Leipzig	-1%	-11%	-20%	-5%	-7%	-2%	-16%

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Insolvenzstatistik, eigene Berechnung

Voraussichtliche durchschnittl. Forderung je beantragter Verbraucherinsolvenz (in Tsd. Euro)

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Bremen	37,9	41,8	38,4	36,3	50,5	42,4	49,0	29,0
Hamburg	45,2	37,7	38,3	39,7	35,3	46,4	29,8	30,8
Hannover	49,8	39,1	37,8	33,2	28,1	38,1	32,5	29,6
Düsseldorf	54,4	58,1	53,6	55,0	54,5	51,0	78,7	60,8
Duisburg	67,3	62,4	63,4	72,6	57,3	77,5	50,7	48,9
Essen	56,6	58,7	51,1	51,8	48,6	52,6	84,1	50,4
Köln	54,7	65,2	58,2	57,7	64,6	52,1	66,8	46,6
Dortmund	44,9	55,8	62,1	61,8	56,0	47,4	58,1	46,8
Frankfurt a. M.	61,4	54,1	40,5	45,6	39,8	39,9	41,2	45,5
Stuttgart	50,5		51,9	50,8	43,5	48,9	58,8	42,6
München	55,2	71,3	51,9	54,7	51,5	52,1	51,4	59,5
Nürnberg	47,5	52,9	41,9	52,6	49,5	44,8	48,0	59,7
Berlin	54,5	53,5	49,5	50,5	52,4	54,8	48,5	52,6
Dresden	38,0	48,3	49,0	83,4	36,7	44,3	38,8	39,8
Leipzig	30,2	28,3	29,8	30,6	36,5	35,1	33,0	29,3

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Insolvenzstatistik, eigene Berechnung

Anhang 13: Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nach Qualifikationsanforderungen
Anteile an Beschäftigten insgesamt (Jun. 2017 in %, Wohnortprinzip)

	ohne berufl. Ausbildungsabschluss	mit anerkanntem Berufsabschluss*	mit akadem. Abschluss**	Ausbildung unbekannt
Hamburg	12,6%	48,0%	24,7%	14,7%
Bremen	14,1%	52,7%	20,4%	12,8%
Düsseldorf	12,5%	43,3%	29,1%	15,0%
Duisburg	17,7%	58,4%	10,1%	13,8%
Essen	14,0%	54,8%	18,2%	13,1%
Köln	14,5%	45,0%	26,9%	13,6%
Dortmund	14,9%	54,8%	17,1%	13,3%
Frankfurt a. M.	14,2%	36,9%	31,7%	17,2%
Stuttgart	14,6%	42,7%	33,6%	9,2%
München	11,8%	39,5%	35,7%	12,9%
Nürnberg	14,8%	52,4%	20,2%	12,5%
Berlin	11,1%	46,5%	26,9%	15,6%
Dresden	6,7%	56,5%	30,2%	6,6%
Leipzig	7,3%	57,1%	26,9%	8,7%
Durchschnitt Großstädte	12,9%	49,2%	25,1%	12,8%

*"mit anerkanntem Berufsabschluss" ist die Summe aus "mit anerkanntem Berufsabschluss" und "Meister-/Techniker-/gleichw. Fachschulabschluss" ** "mit akademischem Abschluss" ist die Summe aus "Bachelor", "Diplom/Magister/Master/ Staats-examen" und "Promotion"

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen

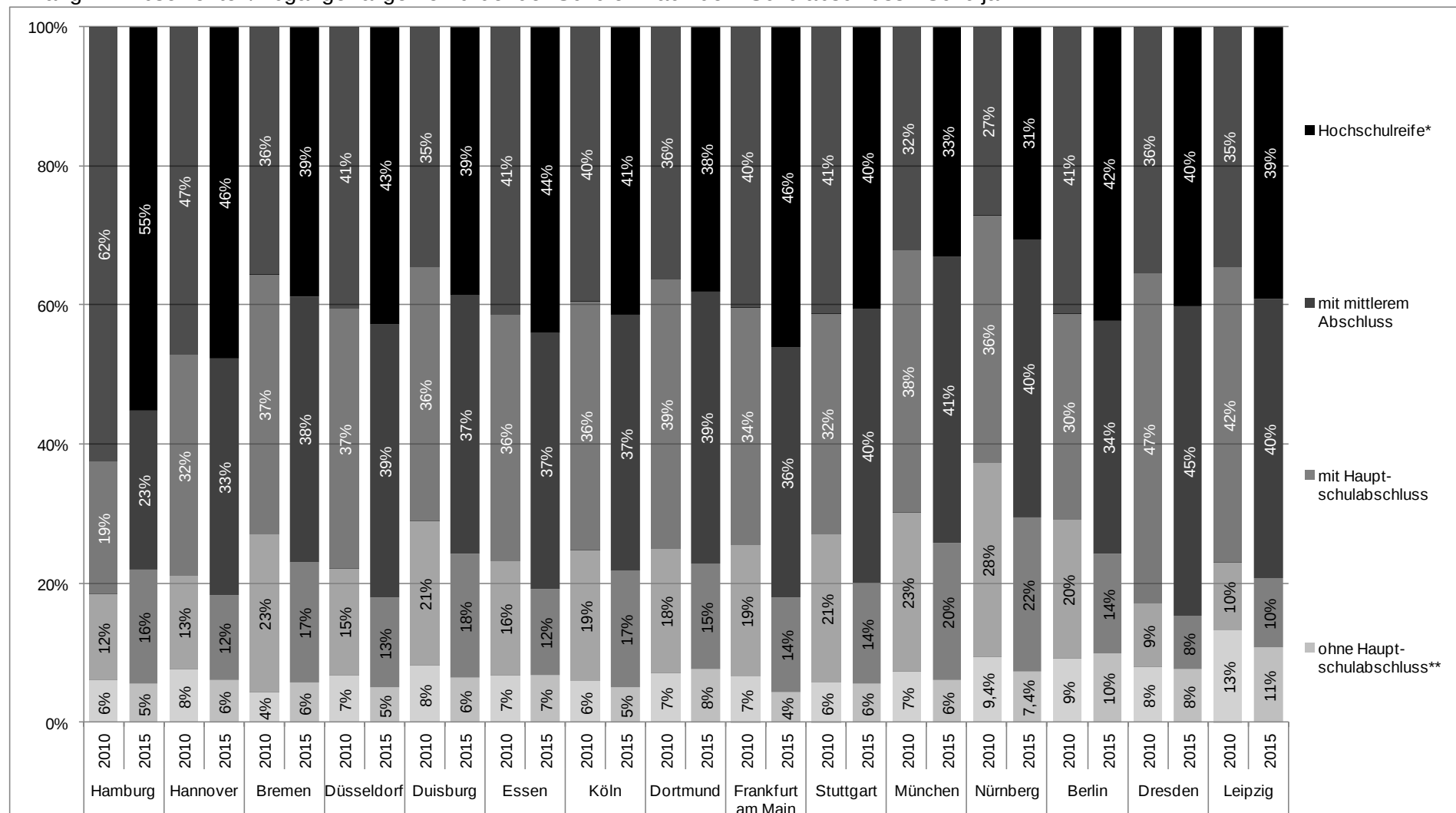
Entwicklung Beschäftigtenzahl (Dez. 2013 – Jun. 2017 in %, Wohnortprinzip)

	ohne berufl. Ausbildungsabschluss	mit anerkanntem Berufsabschluss*	mit akadem. Abschluss**	Ausbildung unbekannt
Hamburg	15,5%	9,1%	32,6%	-12,7%
Bremen	22,6%	9,2%	24,7%	-19,2%
Düsseldorf	10,7%	6,4%	31,5%	-7,8%
Duisburg	11,4%	6,5%	24,0%	-10,2%
Essen	18,1%	7,4%	25,1%	-19,1%
Köln	13,3%	7,8%	28,5%	-16,0%
Dortmund	22,4%	8,6%	28,5%	-16,0%
Frankfurt a. M.	15,5%	8,1%	33,0%	-2,9%
Stuttgart	9,1%	5,8%	32,4%	-11,4%
München	12,0%	8,3%	34,4%	-10,8%
Nürnberg	12,4%	9,8%	25,1%	-5,1%
Berlin	19,6%	10,9%	38,9%	-5,8%
Dresden	16,5%	6,8%	19,5%	-24,2%
Leipzig	25,5%	12,6%	27,8%	-19,0%
Durchschnitt Großstädte	16,0%	8,4%	29,0%	-12,9%

*"mit anerkanntem Berufsabschluss" ist die Summe aus "mit anerkanntem Berufsabschluss" und "Meister-/Techniker-/gleichw. Fachschulabschluss" ** "mit akademischem Abschluss" ist die Summe aus "Bachelor", "Diplom/Magister/Master/ Staats-examen" und "Promotion"

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen

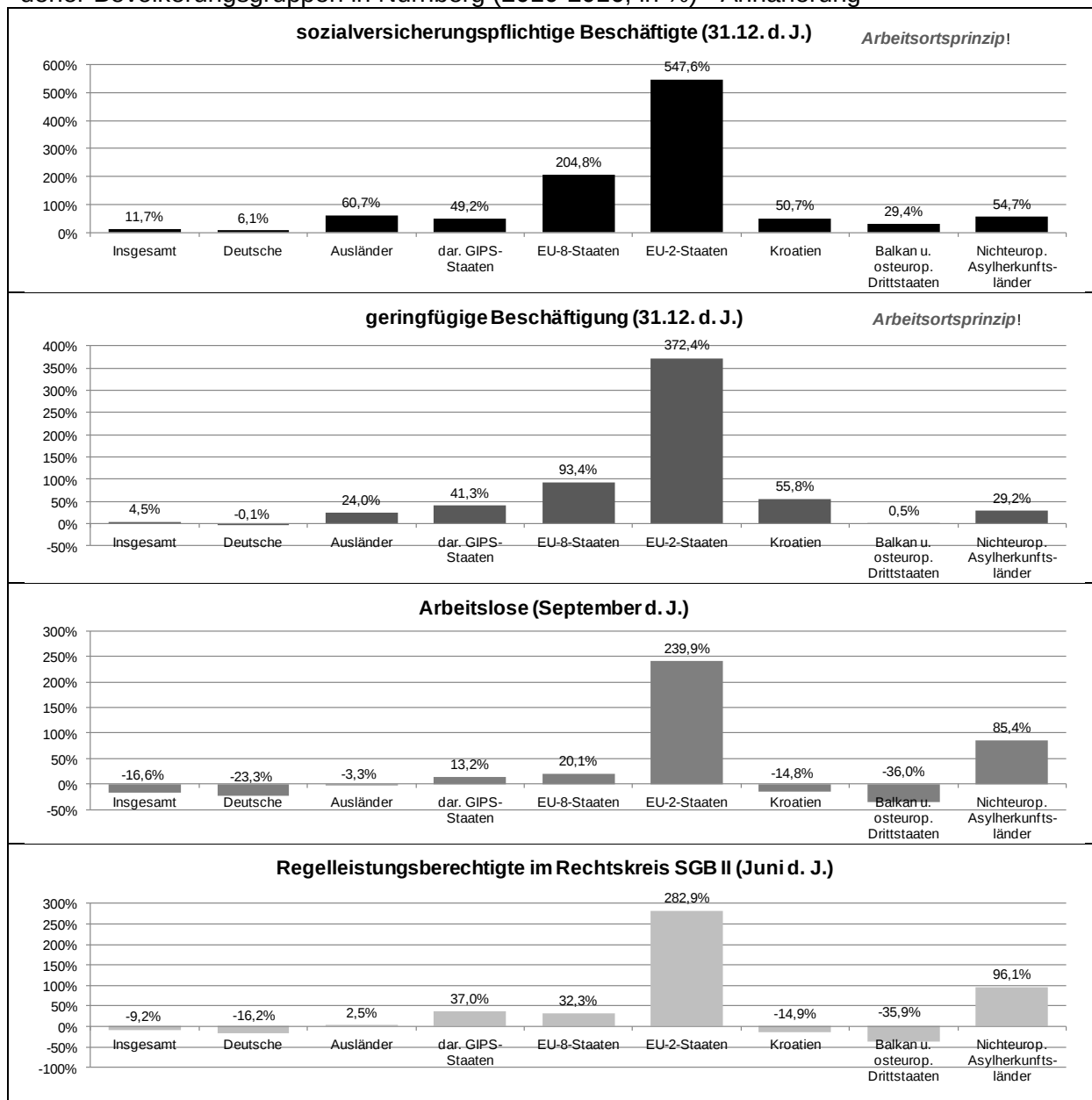
Anhang 14: Absolventen/Abgänger allgemeinbildender Schulen nach dem Schulabschluss - Schuljahr



*allgemeine Hochschulreife oder Fachhochschulreife ** Hierzu zählen Abgänger aus Haupt-/Volksschulen, Förderschulen, Schulen mit mehreren Bildungsgängen, Gesamtschulen ohne Hauptschulabschluss sowie Abgänger aus Klassen-/Jahrgangsstufe 7 und 8 (bei Ländern mit 10-jähriger Vollzeitschulpflicht auch aus Klassen-/Jahrgangsstufe 9) der Realschulen, Gymnasien, Freien Waldorfschulen und drei- und vierstufigen Wirtschaftsschulen, nach Ableistung der allgemeinen Vollzeitschulpflicht.

Quelle: Statistisches Ämter des Bundes und der Länder, Statistik der allgemeinbildenden Schulen, eigene Berechnungen

Anhang 15: Entwicklung von Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Leistungsbezug verschiedener Bevölkerungsgruppen in Nürnberg (2010-2016, in %) - Annäherung



GIPS-Staaten umfassen: Griechenland, Italien, Portugal und Spanien.

EU-8-Staaten umfassen: Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn, Estland, Lettland und Litauen.

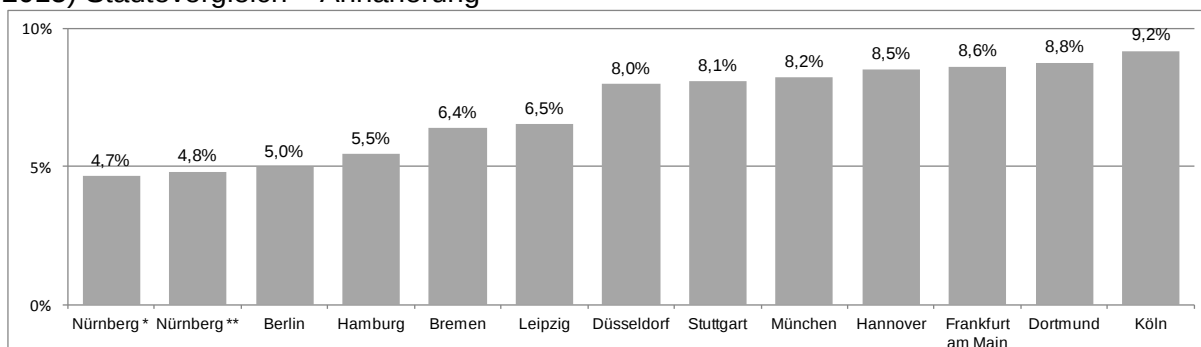
EU-2-Staaten umfassen: Bulgarien und Rumänien.

Balkan und osteuropäische Drittstaaten umfassen: Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Serbien, Russische Föderation und Ukraine.

Die nichteuropäischen Asylherkunftsländer umfassen: Afghanistan, Syrien, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan und Somalia.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Berechnung

Anhang 16: Anteil Studierende (Wintersemester 2015/2016) an Gesamtbevölkerung (Ende 2015) Städtevergleich – Annäherung



* Zu Grunde liegende Bevölkerungszahlen auf Basis des Melderegisters

** Zu Grunde liegende Bevölkerungszahlen auf Basis des Zensus

Zu beachten ist, dass es bei den Studierenden keine Auskunft zum Wohnort gibt, sondern lediglich Studierendenzahlen der jeweiligen Hochschulen in Bezug zur Gesamtbevölkerung gesetzt werden. Insofern handelt es sich hier lediglich um eine Annäherung.

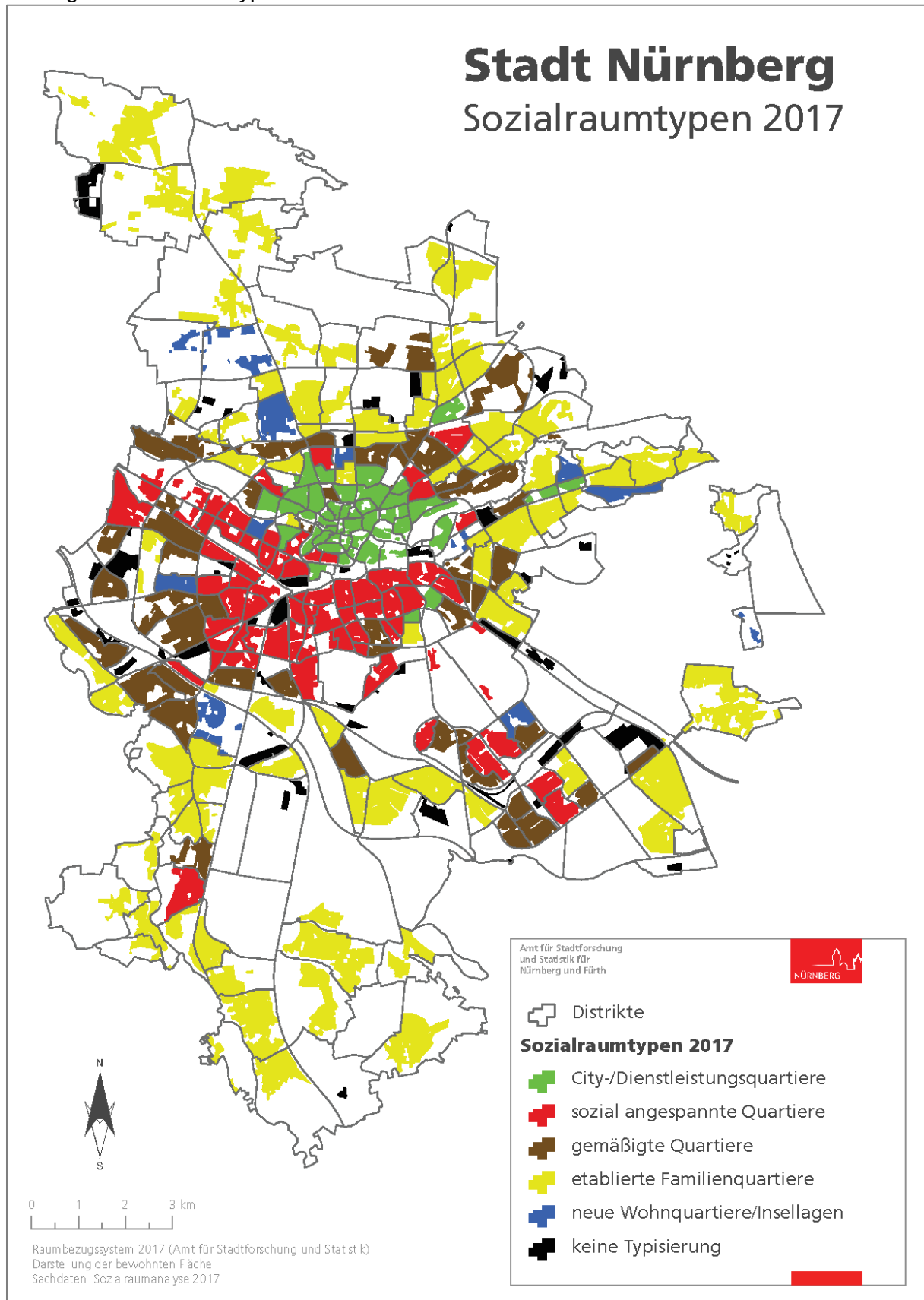
Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Statistisches Bundesamt 2016; Stadt Nürnberg/StA 2016, S. 111,f.; Stadt Leipzig Amt für Statistik und Wahlen; Duisburg und Essen sind nicht berücksichtigt, da der Hochschulstandort nicht getrennt ausgewiesen wird.

Anhang 17: Verhältnis Abgänge zu Bestand Regelleistungsberechtigte SGB II im Dezember 2016 (Abgänge je 100 Regelleistungsberechtigten im Bestand) -

	insgesamt	Verweildauer im SGB II						
		u. 3 Monate	3 bis u. 6 Monate	6 bis u. 12 Monate	1 bis u. 2 Jahre	2 bis u. 3 Jahre	3 bis u. 4 Jahre	4 Jahre u. länger
Hamburg	3,5	4,6	6,9	5,2	3,9	3,3	3,3	2,2
Bremen	2,1	3,7	3,3	3,0	2,2	1,9	2,2	1,3
Düsseldorf	2,8	4,3	5,3	4,3	3,0	3,0	2,4	1,9
Duisburg	3,0	3,6	5,7	4,6	3,8	3,4	2,6	1,8
Essen	2,2	3,3	3,3	3,7	2,4	2,7	2,1	1,6
Köln	3,0	4,5	5,5	5,0	3,7	3,3	2,1	2,0
Dortmund	3,1	5,0	5,6	4,8	3,5	3,1	2,6	2,0
Frankfurt a. M.	3,5	5,9	6,5	6,1	4,1	3,2	2,6	2,2
Stuttgart	3,6	5,2	5,8	6,1	4,4	3,1	2,6	1,9
München	3,8	6,4	6,1	6,0	4,3	3,5	3,3	2,2
Nürnberg	4,0	6,4	6,1	5,2	5,1	4,0	3,7	2,4
Berlin	3,1	5,1	6,6	5,6	3,7	3,1	2,8	2,0
Dresden	5,0	9,2	8,4	6,4	6,2	5,0	4,0	3,0
Leipzig	4,5	8,1	7,7	7,3	4,5	4,5	4,0	2,7
Durchschnitt Großstädte	3,4	5,4	5,9	5,2	3,9	3,4	2,9	2,1

Hier ohne Hannover, da nur „Region Hannover“ verfügbar.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Berechnung



Anmerkungen: Die Cluster werden aus 20 Indikatoren der Bereiche Soziodemografie, haushaltsformen, Leistungsbezug und Wohnsituation errechnet.

Literaturverzeichnis

- Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth (StA) (2010): Statistisches Jahrbuch der Stadt Nürnberg 2010. Nürnberg
- Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth (StA) (2013): Vortrag Sozialausschuss 26.04.2013: Armutsgefährdung in Nürnberg. Statistischer Sonderbericht S230b. Nürnberg
- Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth (StA) (2013): Umlandwanderung Pendlerverflechtung von Nürnberg und Fürth. Statistischer Monatsbericht für Juli 2017. M475. Nürnberg
- Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth (StA) (2016): Statistisches Jahrbuch der Stadt Nürnberg 2016. Nürnberg
- Arbeitskreis Armutsforschung (2017): Erklärung zum Armutsbegriff. In: Soziale Sicherheit 4/2017, S. 151-155
- AWO (2012): „Von alleine wächst sich nichts aus ...“ Lebenslagen von (armen) Kindern und Jugendlichen und gesellschaftliches Handeln bis zum Ende der Sekundarstufe I. Berlin
- Bauer, Thomas K./Gigerenzer, Gerd/Kärmer, Walter (2015): Wahr oder wahrscheinlich? Über Risiken und Nebenwirkungen der Unstatistik. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn
- Beste, Jonas (2017): Armut im Lebensverlauf. Messkonzepte in der Armutsforschung. IAB-Bibliothek 366. Nürnberg
- Burmester, Monika (2017): Armut. In: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (Hrsg.): Fachlexikon der Sozialen Arbeit. Baden-Baden, S. 58/59
- Consulting für Steuerung und soziale Entwicklung (con_sens) (2016): Benchmarking der 16 großen Großstädte. Leistungen nach dem SGB XII und dem SGB II 2015. Hamburg
- Consulting für Steuerung und soziale Entwicklung (con_sens) (2017): Benchmarking der 16 großen Großstädte. Monitoring zu den Leistungen des SGB XII und SGB II sowie des Asylbewerberleistungsgesetzes 2016. Hamburg
- Cremer, Georg (2016): Armut in Deutschland. Wer ist arm? Was läuft schief? Wie können wir handeln? Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn
- Dangschat, Jens S. (2017): Soziale Ungleichheit. In: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (Hrsg.): Fachlexikon der Sozialen Arbeit. Baden-Baden, S. 813/814
- Engelhardt, Henriette/Skopek, Jan (2016): Eheschließungen und Scheidungstrends in der Bevölkerungssoziologie. In: Niephaus, Yasemin/Kreyenfeld, Michaela/Sackmann, Reinhold (Hrsg.) (2016): Handbuch Bevölkerungssoziologie. Wiesbaden, S. 277-301
- Engels, Dietrich (2008): Lebenslagen. In: Maelicke, Bernd (Hrsg.): Lexikon der Sozialwirtschaft. Baden-Baden, S. 643-646
- Fachstelle für sozialraumorientierte Armutsbekämpfung (FSA) (2017): Armut im Sozialraum. FSA-Infogramm 08/2017. Gelsenkirchen
- Garbuszus, Jan Marvin/Ott, Notburga/Pehle, Sebastian/Werding, Martin (2018): Wie hat sich die Einkommenssituation von Familien entwickelt? Ein neues Messkonzept. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh
- Grabka, Markus M./Goebel, Jan (2017): Realeinkommen sind von 1991 bis 2014 im Durchschnitt gestiegen – erste Anzeichen für wieder zunehmende Einkommensungleichheit. In: DIW Wochenbericht 4/2017, S. 71-82
- Groh-Samberg, Olaf/Hertel, Florian R. (2015): Ende der Aufstiegsgesellschaft? In: APuZ 10/2015, S. 25-32

- Groh-Samberg, Olaf (2017): Armut und Armutspolitik in Deutschland. Vortrag auf der 4. Armutskonferenz Nürnberg
- Hammer, Veronika (2017): Alleinerziehende. In: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (Hrsg.): Fachlexikon der Sozialen Arbeit. Baden-Baden, S. 11/12
- Hill, Steven (2017): Die Start-up Illusion. Wie die Internet-Ökonomie unseren Sozialstaat ruiniert. München
- Hobmaier, Hermann (Hrsg.) (2014): Soziologie. Köln
- Holz, Gerda (2011): Ansätze kommunaler Armutsprävention – Erkenntnisse aus der AWO-ISS-Studie „Kinderarmut“. Aufsatz basierend auf einem Vortrag, der am 08.06.2011 auf dem 14. Deutschen Kinder- und Jugendhilfetag in Stuttgart gehalten wurde. Online verfügbar: http://www.jugendsozialarbeit.de/media/raw/VORTRAG_GERDA_HOLZ_ARMUTSPRAEVE NTION.pdf (Abrufdatum: 13.12.2017)
- Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW) (2009): Berechnung von Armutsgefährdungsquoten aus Basis des Mikrozensus. Düsseldorf
- Laubstein, Claudia/Holz, Gerda/Seddig, Nadine (2016): Armutsfolgen für Kinder und Jugendliche. Erkenntnisse aus empirischen Studien in Deutschland. Gütersloh
- Leimeister, Jan Marco/Durward, David/Zogaj, Shkodran (2016): Crowd Work in Deutschland. Eine empirische Studie zum Arbeitsumfeld auf externen Crowdsourcing-Plattformen. Study Nr. 323, Juli 2016, Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf
- Lüken, Stephan (2002): Zur Fortentwicklung des Systems der Erwerbstätigenstatistiken. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Wirtschaft und Statistik, 6/2002, S. 443-453
- Munz-König, Eva (2013): Armutsgefährdungsquote und Mindestsicherungsquote: Zwei Indikatoren zur Messung monetärer Armut. In: Sozialer Fortschritt 5/2013, S. 123-131
- Niehues, Judith (2017): Einkommensentwicklung, Ungleichheit und Armut. Ergebnisse unterschiedlicher Datensätze. IW-Trends 3/2017, Köln
- Niejahr, Elisabeth (2017): Arme Singles, reiche Paare. Wirtschaftswoche 46/3.11.2017, S. 70/71
- Nürnberger Nachrichten, 30.08.2017, S. 2, „Armutszeugnis für Nürnberg“
- Nürnberger Nachrichten, 19.02.2018, S. 9, „Nürnberg – ein Hort der Armut im reichen Bayern?“
- Nürnberg Zeitung, 28.11.2017, S. 12, „Mittelfranken verdient ganz gut“
- Rat der Europäischen Gemeinschaften (1985): Beschluss des Rates vom 19. Dezember 1984 über gezielte Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut auf Gemeinschaftsebene. In: Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, Nr. L 2, Brüssel, S. 24–25
- Röhl, Klaus-Heiner/Schröder, Christoph (2017): Regionale Armut in Deutschland. Risikogruppen erkennen, Politik neu ausrichten. IW-Analysen Nr. 113. Köln
- Schäfers, Bernhard (1998): Sozialstruktur und sozialer Wandel in Deutschland. Stuttgart
- Schneider, Hilmar (2018): Armut wird falsch gemessen. In: WirtschaftsWoche 4, S. 61
- Sen, Amartya (1984): Resources, Values and Development, Oxford
- Spannagel, Dorothee (2017): Menschen mit niedrigem sozioökonomischen Status – Armut und Teilhabe. In: Diehl, Elke (Hrsg.): Teilhabe für alle ?! Lebensrealitäten zwischen Diskriminierung und Partizipation. Bonn, S. 77-102
- Spannagel, Dorothee/Seikel, Daniel/Schulze Buschoff, Karin/Baumann, Helge (2017): Aktivierungspolitik und Erwerbsarmut. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler Stiftung (WSI) Report Nr. 36, Juli 2017

Stadt Nürnberg, Referat für Jugend, Familie und Soziales (2004): Sozialbericht der Stadt Nürnberg. Band I: Die soziale Lage in Nürnberg. Struktur und Entwicklung der Armut. Nürnberg

Stadt Nürnberg, Referat für Jugend, Familie und Soziales (2016): Orientierungsrahmen für eine nachhaltige Jugend-, Familien-, Bildungs- und Sozialpolitik in Nürnberg. Nürnberg

Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth (StA) (2016): Statistisches Jahrbuch der Stadt Nürnberg 2016. Nürnberg

Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth (StA) (2017a): Demographiebericht Nürnberg 2016. Teil II: Bevölkerungsvorausberechnung 2016 für Nürnberg. Nürnberg

Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth (StA) (2017b): EU-Zuwanderung nach Nürnberg und Fürth. Statistische Nachrichten für Nürnberg S255. Nürnberg

Stadt Nürnberg, Bürgermeisteramt/Bildungsbüro (2017): Bildung in Nürnberg 2017. Vierter Bildungsbericht der Stadt Nürnberg. Nürnberg

Statistisches Bundesamt (2016): Bildung und Kultur. Studierende an Hochschulen - Vorbericht. Wintersemester 2015/2016. Fachserie 11 Reihe 4.1. Wiesbaden

Statistisches Bundesamt (2017): Mikrozensus 2016. Qualitätsbericht. Wiesbaden

Süddeutsche Zeitung, 12.02.2016, S. 22, „Es wäre völlig abstrus, Kalkutta mit Deutschland zu vergleichen“

Tophoven, Silke/Wenzig, Claudia/Lietzmann, Torsten (2016). Kinder- und Armutslagen. Konzepte, aktuelle Zahlen und Forschungsstand. IAB-Forschungsbericht 11/2016. Nürnberg

Voges, Wolfgang/Jürgens, Olaf/Mauer, Andreas/Meyer, Eike (2003): Methoden und Grundlagen des Lebenslagenansatzes. Bremen

Wingerter, Christian (2009): Der Wandel der Erwerbsformen und seine Bedeutung für die Einkommenssituation Erwerbstätiger. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Wirtschaft und Statistik 11/2009, S. 1080-1098

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler Stiftung (WSI) (2017a): Armut und Einwanderung. Armutsrisiken nach Migrationsstatus und Alter – Eine Kurzauswertung aktueller Daten auf Basis des Mikrozensus. WSI Policy-Brief Nr. 12, 08/2017

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler Stiftung (WSI) (2017b): Atypische Beschäftigung in Nürnberg, kreisfreie Stadt. Datenbank „Atypische Beschäftigung“